

Jahresbericht 2010



Inhalt



Seite 4



Seite 26



Seite 44

Vorwort	1
Auf einen Blick	2
Globalisierung und Nachhaltigkeit	4
Europapolitik	16
Außen- und Sicherheitspolitik	20
Green New Deal – nachhaltiges Wirtschaften	26
Internationale Demokratieförderung	30
Gunda-Werner-Institut	41
Bildung, soziale Teilhabe und Aufstiegschancen	44
Nachwuchsförderung	48
Kunst und Kultur	52
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich	57
GreenCampus	59
Grüne Akademie	60
Archiv Grünes Gedächtnis	61
Gäste und Partner der Stiftung	62
Die Stiftung im neuen Haus	63
Stiftungsmanagement	64
Gremien	72
Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten	73
Adressen	76
Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung	79

Impressum ■ Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. ■ Redaktion: Susanne Dittrich, Bernd Rheinberg ■ Redaktionsassistent: Alexandra Wischnewski ■ Umschlag: Urban Futures 2050, Imagebild der gleichnamigen Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung. Grafik/Collage: Tobias Steinert, dataholic ■ Texte: Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Heinrich-Böll-Stiftung ■ Gestaltung: blotto, Berlin ■ Papier: Umweltfreundlich, chlorfrei gebleicht ■ Auflage 3.500 ■ Stand: 30. April 2011 ■ Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin ■ T 030-28534-0 ■ F 030-28534-109 ■ E info@boell.de ■ W www.boell.de

Was wir wollen

Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorantreiben, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen.

Wir stehen der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und arbeiten als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit weit über hundert Partnerprojekten in rund sechzig Ländern.

Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit 28 Auslandsbüros verfügen wir über eine weltweit vernetzte Struktur. Wir kooperieren mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland.

Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgen wir gerne und möchten andere anstiften mitzutun.

Fakten zur Stiftung

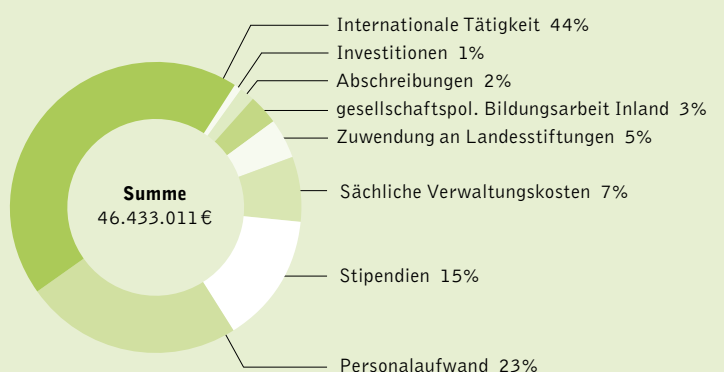
Mittelzuweisung

2006-2010



Mittelverwendung

2010



Heinrich-Böll-Stiftung weltweit



Afrika

- 1 Addis Abeba (Äthiopien)
- 2 Kapstadt (Südafrika)
- 3 Abujia (Nigeria)
- 4 Nairobi (Kenia)

Asien

- 5 Bangkok (Thailand)
- 6 Kabul (Afghanistan)
- 7 Lahore (Pakistan)
- 8 Neu Delhi (Indien)
- 9 Peking (China)
- 10 Phnom Penh (Kambodscha)

Europa

- 11 Belgrad (Serbien)
- 12 Berlin (Deutschland)
- 13 Brüssel (Belgien)
- 14 Istanbul (Türkei)
- 15 Kiew (Ukraine)
- 16 Prag (Tschechische Republik)
- 17 Sarajevo (Bosnien-Herzegowina)
- 18 Tbilisi (Georgien)
- 19 Warschau (Polen)
- 20 Zagreb (Kroatien)

Lateinamerika

- 21 Mexiko-Stadt (Mexiko)
- 22 Rio de Janeiro (Brasilien)
- 23 San Salvador (El Salvador)
- 24 Santiago de Chile (Chile)

Naher Osten

- 25 Beirut (Libanon)
- 26 Ramallah (Palästina)
- 27 Tel Aviv (Israel)

Nordamerika

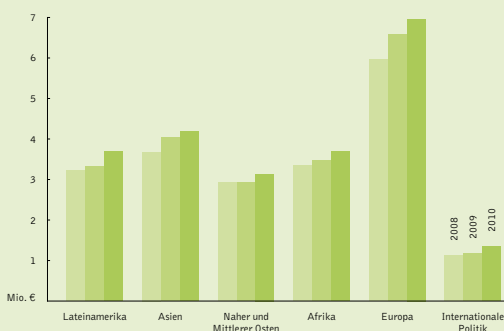
- 28 Washington (USA)

Russische Föderation

- 29 Moskau (Russland)

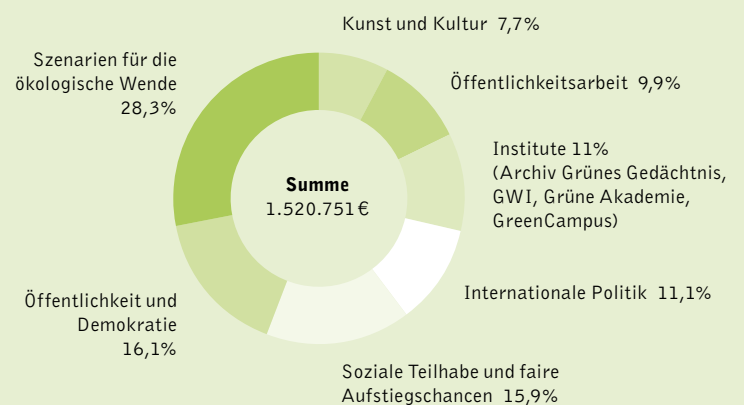
Internationale Zusammenarbeit

2008-2010



Politische Bildung Inland

2010



Vorwort



Ralf Fücks



Barbara Unmüßig

Derzeit fordern rasante Entwicklungen unsere Aufmerksamkeit: der Tsunami und die Reaktorkatastrophe in Japan, die politischen Umbrüche in Nordafrika und im Nahen Osten und nicht zuletzt der Aufschwung der Grünen, der sich in der Wahl des ersten grünen Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg manifestiert.

Das atomare Desaster in Fukushima führt uns vor Augen, dass die Atomenergie katastrophale Risiken in sich birgt. Jetzt werden der Ausstieg aus der Atomenergie und der forcierte Übergang zu regenerativen Energien in Deutschland neu verhandelt. Die Konzepte dazu liegen auf dem Tisch. Seit Jahren hat die Heinrich-Böll-Stiftung Expertise zur Auseinandersetzung mit dem «Mythos Atomkraft» aufgebaut, mit der wir uns in die Diskussion im In- und Ausland einmischen.

Der Übergang ins postfossile Zeitalter und in eine ressourcenschonende Wirtschaftsweise sind die Aufgabe der kommenden Jahrzehnte. Der Wohlstand von morgen basiert auf Ressourceneffizienz, erneuerbaren Energien und einer ökologischen Landwirtschaft. Dazu gehört auch eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik. Gleichzeitig geht es um soziale Teilhabe und faire Aufstiegschancen für alle – das ist der Grundgedanke eines Green New Deal, dem sich die Heinrich-Böll-Stiftung verpflichtet fühlt.

Die Demokratiebewegungen in Tunesien und Ägypten stehen für eine politische Wende, die hoffentlich unumkehrbar ist. Dagegen erfüllt uns die Entwicklung in Libyen, Syrien, im Jemen oder Bahrain mit großer Sorge. Wir werden unser Engagement in der südlichen Nachbarregion Europas verstärken. Unsere langjährige Demokratietarbeit bietet gute Voraussetzungen, auch die Umbrüche in der arabischen Welt konstruktiv zu unterstützen.

Als am 31. Oktober 2000 die Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit verabschiedet wurde, war dies ein historischer Durchbruch. Seither ist es völkerrechtlich verpflichtend geregelt, dass Frauen auf allen Ebenen – in Friedensprozessen, in der Sicherheitspolitik sowie bei der Konfliktbearbeitung vor Ort – angemessen zu beteiligen sind. Doch wie so oft mangelt es an der Umsetzung. Wir setzen uns für eine geschlechtersensible Außen- und Sicherheitspolitik ein und entwickeln neue Perspektiven.

Die Angebote unserer Weiterbildungsakademie «GreenCampus» erfreuen sich großer Nachfrage; sie reichen von standardisierten Bildungsangeboten für politisch Engagierte bis hin zu Strategieberatung und maßgeschneiderten Trainings. Auch in der Politik kommt es nicht nur auf gute Ideen, sondern auch auf praktisches Know-how an. Das wollen wir in Zusammenarbeit mit unseren Landesstiftungen vermitteln.

Das Wissen und das große Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist das Fundament für unsere erfolgreiche Arbeit. Sie wird bereichert durch vielfältiges ehrenamtliches Engagement: in den Fachbeiräten und Fachkommissionen, dem Frauenrat, dem Aufsichtsrat, der Mitgliederversammlung und der Grünen Akademie. Über 530 Mitglieder im Freundeskreis der Heinrich-Böll-Stiftung ermöglichen Projekte, die wir aus öffentlichen Mitteln nicht finanzieren können.

Ihnen allen gilt unsere Hochachtung und besonderer Dank.

Berlin, im April 2011

Ralf Fücks Barbara Unmüßig
Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung

Auf einen Blick

4 Globalisierung und Nachhaltigkeit

Eines unserer Ziele ist, die Welt ökologisch, nachhaltig und gerecht zu verändern. Wir schauen nicht nur auf die Ursachen von Krisen, sondern zeigen mit unseren weltweiten Partnerinnen und Partnern Auswege auf. Der Klimawandel, die Ernährungssicherheit sowie die Ressourcenpolitik sind Schwerpunkte unserer Arbeit. Im vergangenen Jahr standen u. a. die Themen Atomkraft, die Verleihung des Petra-Kelly-Preises, erneuerbare Energien und der Weltklimagipfel COP 16 in Cancún im Mittelpunkt.

16 Europapolitik

Die Euro-Krise schürt Ängste um ein Auseinanderbrechen der Währungsgemeinschaft. Die wankelmütige Politik der Europäischen Union sorgt zusätzlich für Irritationen. Als Stiftung haben wir eine Expertenkommission ins Leben gerufen, die sich mit der künftigen Entwicklung der Europäischen Union befassen wird. Wir verstehen uns als eine europäische Organisation, unterstützen den europäischen Einigungsprozess und entwickeln Visionen für ein zukunftsfähiges Europa. Im Jahr 2010 haben wir u. a. zu einer Konferenz zum Thema «Energiesicherheit, Klimaschutz und Innovation – Quo vadis EU?» eingeladen.

20 Außen- und Sicherheitspolitik

Die selbstbewussten Ansprüche der Schwellenländer und der relative Machtverlust der USA haben die neue multipolare Weltordnung weiter verfestigt. Mit unserem Engagement wollen wir dafür sorgen, dass die Europäische Union und die G20 in Zukunft eine tragende Rolle bei der Lösung von globalen Herausforderungen wie z. B. dem Klimawandel übernehmen können. Themenschwerpunkte und Projekte der Stiftung waren im Jahr 2010 u. a. die EU-Osterweiterung, der atomare Nichtverbreitungsvertrag (NVV), ein Annäherungsversuch im Konflikt zwischen Pakistan und Indien und die Frage, wie Frauen und Männer gemeinsam Frieden schaffen.

26 Green New Deal – nachhaltiges Wirtschaften

Unser derzeitiges Wirtschaften bedroht nicht nur Klima und Umwelt, sondern auch Wohlstand und Zivilisation. Um zukünftig den Wohlstand für alle Menschen weltweit zu ermöglichen, braucht es einen neuen Gesellschaftsvertrag. Wir unterstützten im Jahr 2010 diesen Prozess mit 30 bundesweiten Veranstaltungen zum Thema und der internationalen Konferenz «Die große Transformation – Greening the Economy».

30 Internationale Demokratieförderung

Der demokratische Aufbruch in vielen Ländern Nordafrikas und des Mittleren Ostens zeigt: Die Menschen sehnen sich nach Freiheit und Selbstbestimmung. Demokratische Prozesse zu fördern, gehört zum Kernmandat der Stiftung und ihrer Partner. Wir fördern den Aufbau demokratischer Institutionen und die politische Teilhabe von Männern und Frauen weltweit. Als Stiftung waren wir im Jahr 2010 auch mit Projekten in Pakistan, Afghanistan, Thailand, China, Georgien, Israel und Südafrika aktiv.

41 Gunda-Werner-Institut

Das Gunda-Werner-Institut bündelt Themen und aktuelle Fragestellungen rund um Geschlechterpolitik und fördert so die Auseinandersetzung um Feminismus und Geschlechterdemokratie. Im vergangenen Jahr wurde u. a. kontrovers über das grüne Männermanifest und über «Männerrechtler» online debattiert. Bei einem Green Ladies Lunch fiel der Startschuss für unsere vielfältigen Aktivitäten zur Frauenfußball WM 2011.

44 Bildung, soziale Teilhabe und Integration

Seit Jahren setzen wir uns für eine zukunftsfähige Bildungspolitik ein, die jedem unabhängig von seiner Herkunft die gleichen Bildungs- und damit Aufstiegschancen ermöglicht. Kernprojekte im Jahr 2010 waren u. a. eine Studie zum sozialen Auf- oder Abstieg in Deutschland, die Reihe «Was ist der deutsche Traum?» oder die internationale Fachkonferenz zur Situation hochqualifizierter Migrantinnen und Migranten in Europa.

48 Nachwuchsförderung

Köpfe für die Zukunft! Wie auch in den Vorjahren hat die Heinrich-Böll-Stiftung 2010 studierende und promovierende zukünftige Fach- und Führungskräfte gefördert, die in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft Verantwortung übernehmen. Mit der Förderung des internationalen Austauschs, des interkulturellen Dialogs und der Vernetzung leisten wir einen Beitrag zur internationalen Verständigung.

52 Kunst und Kultur

Wir fördern Kunst und Kultur als Ausdrucksgestaltung gesellschaftlicher Selbstverständigung. Wir unterstützen den interkulturellen Austausch zwischen Künstlerinnen und Künstlern, veranstalten Lesungen, Diskussionen und Seminare. Darüber hinaus widmen wir uns den Themen Wissensgesellschaft, freie Kultur und Rechte in Zeiten des Internets. Highlights des Jahres 2010 waren u. a. der feierliche Abschluss der 27-bändigen Kölner Ausgabe der Werke von Heinrich Böll, die Deutsch-Israelischen Literaturtage, die Fachtagung «netz:regeln» oder die Ausstellung «zur nachahmung empfohlen!».

57 Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

In vielen Ländern sind Künstler und Künstlerinnen durch ihren Einsatz für die Freiheit des Geistes Repressionen ausgesetzt. Mit unserem Stipendienprogramm im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich bieten wir die Möglichkeit, für einige Zeit ungestört und finanziell abgesichert arbeiten zu können. Im Jahr 2010 begrüßten wir Künstler und Künstlerinnen aus Asien, Afrika sowie Ost- und Südeuropa in Langenbroich.

59 GreenCampus – Weiterbildung, Politik, Management

Unter dem Dach von GreenCampus vereinen sich die Weiterbildungsangebote der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen im Bereich Politikmanagement. Ziel ist es, ehrenamtlich Aktiven und Profis das Rüstzeug für eine erfolgreiche politische Arbeit zu vermitteln. Wie im Vorjahr bot GreenCampus auch 2010 über 50 Bestellseminare, Workshops und ein 130 Stunden umfassendes Politikmanagement-Seminar an.

60 Die Grüne Akademie

Politisch interessierte Wissenschaftler/innen und an wissenschaftlichen Diskussionen interessierte Politiker/innen diskutieren im Rahmen der Grünen Akademie grundlegende gesellschaftliche Fragen. Im Jahr 2010 ging es vorrangig um die Auswirkungen des Klimawandels und die Frage: «Wie sollen wir leben?». Auch die künftige Rolle der Grünen bei der Umgestaltung der Gesellschaft wurde debattiert.

61 Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv dient der historischen Überlieferungen der Partei Bündnis'90/Die Grünen und sammelt Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Alle Unterlagen stehen der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung. Darüber hinaus veranstaltet das Archiv u. a. Gespräche mit Zeitzeugen und macht grüne Geschichte lebendig.

62 Gäste in der Stiftung

Jedes Jahr begrüßen wir prominente Gäste sowie internationale Partner und Partnerinnen in unserem Hause. Im Jahr 2010 waren es beispielsweise der ehemalige Stabschef des Weißen Hauses unter Bill Clinton, John Podesta, der einen Vortrag über «Nachhaltiges Wachstum» hielt, sowie die Trägerin des Petra-Kelly-Preises Marianne Fritzen, der mit dem Hannah-Arendt-Preis ausgezeichnete Philosoph François Jullien und Urvashi Butalia, Verlegerin aus Indien.

64 Stiftungsmanagement

Die Heinrich-Böll-Stiftung finanziert sich fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Im Jahr 2010 standen uns rund 46,5 Millionen Euro zur Verfügung. Knapp die Hälfte wurde für Projekte der internationalen Zusammenarbeit verwendet. Die Verausgabung unserer Mittel wird alljährlich von einem Wirtschaftsprüfer geprüft.



Foto: dpa

Die Welt verändern: ökologisch, nachhaltig und gerecht

Der Klimawandel, die Ressourcen- und Welternährungskrise – das sind Themen, mit denen sich die Heinrich-Böll-Stiftung seit langem auseinandersetzt. Wir schmieden Allianzen mit all jenen, die die ökologische Transformation vorantreiben: für den Ausstieg aus der fossilen Weltwirtschaft, für eine Ressourcen schonende, effiziente Entwicklung und für eine globale Agrarwende. Und wir unterstützen weltweit Partnerinnen und Partner, die nach Auswegen aus den Krisen und nach Alternativen zum gegenwärtigen Wachstumsmodell suchen.

Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern stemmen wir uns gegen eine Renaissance der Atomkraft und gegen die Ausbeutung von Ressourcen zu Lasten der Menschen und der Umwelt.

Wir mischen uns ein in politische Entscheidungsprozesse – lokal, national und international. Ein «Klima der Gerechtigkeit» muss nach wie vor global ausgehandelt werden. Für Erfolge braucht es aber Initiativen und politischen Druck von unten. Dafür bilden wir mit einer Vielzahl von Partnerinnen und Partnern ein breites Netzwerk auf allen Ebenen und zu den verschiedenen öko-sozialen Herausforderungen.

Atomkraft: Ein Mythos ist am Ende

Fast wäre die nukleare Katastrophe im ukrainischen Tschernobyl in Vergessenheit geraten. Doch dann ereignete sich im japanischen Fukushima ein Atomunfall, der die enormen Risiken der Atomkraft der Welt erneut vor Augen führte. Der Super-GAU von Fukushima macht klar: Diese Technologie ist nicht beherrschbar und unverantwortlich. Findet nun endlich ein unumkehrbarer Lernprozess überall auf der Welt statt? Stoppen Regierungen nun endlich den weiteren Ausbau der Atomenergie oder steigen erst gar nicht ein?

Die Heinrich-Böll-Stiftung begleitet seit ihren Anfängen den Widerstand gegen die Atomkraft. Wir fördern die atomkritische Debatte weltweit und unterstützen lokale Initiativen und Expertise. Argumente und Fakten liefern wir zum Beispiel in unseren Publikationen – zuletzt in unserer aktualisierten und erweiterten Neuauflage des Bandes «Mythos Atomkraft – warum der nukleare Pfad ein Irrweg ist». Diese Publikation wird derzeit in 12 Sprachen übersetzt. Steve Thomas korrigiert in seinem Beitrag den Mythos der konkurrenzlos günstigen Strompreise und benennt die Faktoren, die die offenen und verdeckten Kosten eines Atomkraftwerkes bestimmen. Sein Fazit: Kein privatwirtschaftlich geführtes Unternehmen wagt heute den Neubau eines Atomkraftwerkes ohne staatliche Subventionen und Bürgschaften. Mycle Schneider und Antony Froggatt analysieren in ihrem Text, ob eine Energiewende Effizienz, erneuerbare Energien und Atomkraft braucht oder ob Atomkraft einen solchen Strukturwandel sogar behindert. Ottfried Nassauer zeigt, wie technologisch eng die militärische und zivile Nutzung der Kerntechnik verwandt sind: Reaktorprogramme können nicht erweitert werden, ohne dabei auch die Technik zur Produktion von Atomwaffen weiterzuverbreiten.



Mythos Atomkraft. Warum der nukleare Pfad ein Irrweg ist
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung.
Berlin 2010, 216 Seiten



Mycle Schneider, Träger des Alternativen Nobelpreises und Mitautor von «Mythos Atomkraft» Foto: Stephan Röhl

Weltweit ist Widerspruch gegen Atomkraft gefordert

Ob in Polen oder Italien, ob in Thailand oder Jordanien: Hier geht es darum, dass Länder erst gar nicht in diese tödliche Technologie einsteigen. Mit Aufklärung und politischer Intervention könnte dies gelingen. In China oder Brasilien geht es darum, die Milliarden Investitionen von der Atomwirtschaft in erneuerbare Energien und Energieeffizienz umzulenken.

Beispiel Polen:

In Polen gibt es derzeit noch keine Atomkraftwerke. Atomkraft gilt in der polnischen Politik allerdings als Lösung für Fragen der Energiesicherheit und als Beitrag zum Klimaschutz. Die Meinung der Bevölkerung ist hingegen geteilt. Laut Umfragen aus den vergangenen zwei Jahren sind zwischen 42 und 48 Prozent für die Einführung der Atomkraft, 38–50 Prozent dagegen. Einbezogen in energiepolitische Entscheidungen werden die Bürger und Bürgerinnen allerdings nicht. Unser Büro in Warschau konzentrierte sich 2010 darauf, die Gesellschaft für diese zentralen Zukunftsfragen zu sensibilisieren. Dazu gehören öffentliche Veranstaltungen, die entgegen der einseitig positiven Darstellung in Politik und Medien auch Atomkritiker zu Wort kommen lassen. Dass das Interesse an Information groß ist, zeigte die Podiumsdiskussion «Kern des Problems. Atomkraft und nachhaltige Entwicklung» im Rahmen des 7. Planete Doc Review Filmfestivals im Mai 2010 in Warschau. Im Anschluss an die Präsentation des Films «Into Eternity» über Onkalo, das erste atomare Endlager, das in Finnland gebaut wird, diskutierten u. a. der Regisseur des Films, Michael Madsen, der Leiter der Energieabteilung im polnischen Wirtschaftsministerium, Mirosław Lewiński, und der Vorsitzende des Ökologischen Vereins Eko-Unia, Radosław Gawlik, über die Chancen und Risiken, die mit der Einführung der Atomkraft in Polen



Podiumsdiskussion in Warschau über die Chancen und Risiken der Einführung der Atomkraft Foto: Tomasz Kawka

Mythen der Atomkraft. Wie uns die Energielobby hinters Licht führt

Von Gerd Rosenkranz. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung im oekom Verlag

2. Auflage, München 2011, 112 Seiten, 8,95 Euro



Arabische Ausgabe von «Mythos Atomkraft»

Weitere Sprachen: Polnisch, Englisch, Deutsch, Chinesisch, Arabisch, Russisch, Tschechisch, Spanisch, Italienisch, Thai

verbunden sind. Die Diskussion war eine der seltenen Gelegenheiten, unterschiedliche Meinungen und Argumente zu hören und die Entwicklung der Atomkraft in Polen kritisch zu hinterfragen.

Beispiel arabischer Raum:

Auch in der arabischen Welt wird die «Renaissance der Atomenergie» zunehmend debattiert. Die Vereinigten Arabischen Emirate scheinen bei der Umsetzung nationaler Atomprogramme am weitesten fortgeschritten zu sein. Eine kritische öffentliche Auseinandersetzung mit Nuklearenergie und ihren Gefahren bleibt in den meisten arabischen Ländern jedoch aus. Ebenso wenig werden die Bürgerinnen und Bürger an energiepolitischen Zukunftsentscheidungen beteiligt. Unser Büro in Ramallah versucht, die kritische Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Nuklearenergie in der Region anzukurbeln. Dazu ließ es im Jahr 2010 das Buch «Mythen der Atomkraft. Wie uns die Energielobby hinters Licht führt» von Gerd Rosenkranz ins Arabische übersetzen. Das Buch wurde im Frühjahr von der Heinrich-Böll-Stiftung im Münchner oekom Verlag herausgegeben und ist nun schon in zweiter Auflage erschienen.

Klima- und Energiepolitik

Wir engagieren uns überall auf der Welt für einen Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft. Er ist Voraussetzung dafür, den Klimawandel zu stoppen. Vor allem die armen und ärmsten Bevölkerungsgruppen in Schwellen- und Entwicklungsländern sind vom Klimawandel betroffen. «Klima der Gerechtigkeit» ist und bleibt der Leitgedanke unserer nationalen wie internationalen Klimaaktivitäten. In vielen Ländern ist Aufklärung zu den Folgen des Klimawandels nötig, aber auch Expertise, um sich kundig einmischen zu können, wenn es um Strategien zur Vermeidung des Klimawandels geht oder um Politiken zur Anpassung. Ein Topthema in vielen Entwicklungsländern, vor allem auch für die künftige Landwirtschaftspolitik. In und von der Landwirtschaft leben nach wie vor Milliarden von Menschen. Vor allem Kleinbauern und -bäuerinnen sind besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen. Sie brauchen Alternativen und tatkräftige Unterstützung – heute! Zivilgesellschaft braucht Kapazitäten zur Einmischung und muss sich vernetzen, will sie schlagkräftig sein.

Deutschlandweit demonstrierten im März 2011 Menschen gegen Atomkraft – auch dem bayrischen Werk Isar 1 (rechts) wurden Sicherheitsmängel bestätigt. Fotos: picture-alliance/Lajos-Eric Balogh (links), picture alliance/Rolf Kosecki (rechts)



Petra-Kelly-Preis 2010 an Marianne Fritzen

Marianne Fritzen ist eine Symbolfigur des Widerstands gegen das Atomlager in Gorleben. Seit über 30 Jahren ist sie in der Anti-Atom-Bewegung aktiv. Mit dem Petra-Kelly-Preis wurde dieses langjährige Engagement nun gewürdigt. In der Begründung der Stiftung heißt es: «Die Entscheidung, Marianne Fritzen den Preis zu verleihen, ist vor allem eine Würdigung ihrer politischen Biographie als jahrzehntelange Vorkämpferin gegen die Atomenergie, als Symbol des gewaltfreien Widerstands und eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses in der Region. Gleichzeitig wollen wir mit dem Preis auch die neu erstarkte Anti-AKW-Bewegung auszeichnen. Der Kampf gegen das Gefahrenpotenzial der Atomenergie wie gegen die Atomrüstung war ein Kernanliegen von Petra Kelly, das nach wie vor hoch aktuell ist.»

Die Heinrich-Böll-Stiftung verleiht den mit 10.000 Euro dotierten Petra-Kelly-Preis seit 1998 alle zwei Jahre an Personen oder Gruppen, die sich in herausragender Weise für die Achtung der universellen Menschenrechte, für gewaltfreie Konfliktlösungen oder den Schutz der natürlichen Umwelt einsetzen.



Marianne Fritzen (links) und Barbara Unmüßig (rechts) beim Festakt zur Petra-Kelly-Preis-Verleihung am 29. September 2010 in Berlin Foto: Stephan Röhl

Brüssel – Prag – Washington: Neue Allianzen für regionale Klima- und Energiepolitik

Fragen der Klima- und Energiepolitik werden in Zeiten der Wirtschaftskrise eher zweitrangig behandelt. So wird es in den USA bis zum Jahr 2012 kein Bundesgesetz zur Reduzierung von CO₂-Emissionen geben. Umso wichtiger ist es, neue Wege zu gehen und die transatlantische Kooperation zu stärken. Vorbildliche Initiativen in Europa und den einzelnen US-Bundesstaaten müssen ausgebaut und neue strategische Allianzen geschmiedet werden. Als vielversprechend erweist sich die Zusammenarbeit mit Interessengruppen wie Bauernverbänden, Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften und Veteranen. Für den 26. September bis zum 2. Oktober 2010 haben unsere Büros in Brüssel, Prag und Washington eine Delegation von Vertretern verschiedener amerikanischer Gruppen nach Europa eingeladen. In Ortsterminen und Gesprächen mit Fachleuten und Entscheidungsträgern konnten sie sich einen eigenen Eindruck der deutschen und der europäischen Klima- und Energiepolitik verschaffen. Teilnehmer wie Roger Johnson, Vorsitzender eines wichtigen Bauernverbandes, sprechen sich mittlerweile öffentlich für ein Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien nach deutschem Vorbild aus. In einem Webdossier unter www.boell.de stellen wir verschiedene amerikanische Interessengruppen vor.

Im Rahmen unseres Programms «The Climate Network – Transatlantic Solutions for a Low Carbon Economy» werden die Büros in Brüssel, Prag und Washington auch im Jahr 2011 an regionalen Strategien und neuen politischen Allianzen arbeiten.

Information zum transatlantischen Klimanetzwerk
→ www.theclimatenetwork.org

Istanbul: Weiterbildung und Vernetzung im arabisch-türkischen Raum

Klimawandel, intelligente Energiepolitik, Atomkraft – was muss man dazu wissen, was kann man tun? Junge Aktivisten, Hochschulabsolventinnen und andere Interessierte aus der Türkei, Jordanien, Libanon, Syrien und Iran beschäftigten sich vom 3. bis 8. Juli 2010 im Rahmen unserer Sommerschule in Istanbul mit unterschiedlichsten umweltpolitischen Fragen. Welchen Einfluss hat z.B. intelligente Energiepolitik auf Wirtschaftswachstum, und wie hilft sie bei der Reduzierung von Armut? Welche Pläne gibt es zum Bau von Atomkraftwerken in der Nachbarregion?

Der fachliche Input kam von Expertinnen und Experten aus der Türkei, aus dem Libanon, Jordanien sowie den Niederlanden und Deutsch-

land. Es gab Vorlesungen, Paneldiskussionen, aber auch interaktive Zusammenarbeit. Die Sommerschule ist ein ideales Format, um regionale und überregionale Erfahrungen und Wissen auszutauschen. Von großer Bedeutung für die genannten Themen sind auch der Kontakt und die Kooperation der arabischen Länder mit der Türkei. Mittelfristig entstehen so produktive Netzwerke in der Region. Die Sommerschule war ein Gemeinschaftsprojekt der Stiftungsbüros in Istanbul, Ramallah und Beirut.

Jordanien: Blogs und Clips in Sachen Umwelt



→ www.7iber.com

7iber = arabisch für Tinte

7iber.com, eine Gruppe junger Internetaktivisten aus Jordanien, hat mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung eine Reihe von Workshops zum Thema Blogging und Soziale Medien in verschiedenen Städten in Jordanien veranstaltet. Die Teilnehmenden lernten, wie mithilfe der neuen Medien und Web-2.0-Werkzeugen (Blogging, Twitter, Facebook, Youtube etc.) Umweltthemen stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht werden können. Als Teil des Projektes hat 7iber.com einen vielbeachteten Mashup erstellt (ein Mashup ist eine Zusammenstellung verschiedener Inhalte wie Videos, Karten, Texte etc. auf einer gemeinsamen Plattform). Auch kurze Videoclips zu umweltrelevanten Themen, die während der Workshops entstanden sind, wurden in den Mashup geladen. 7iber.com ist mittlerweile ein beliebtes Portal für Jugendliche und Umweltaktivisten und hat sogar die Aufmerksamkeit des jordanischen Premierministers erlangt, der auf seinem Twitter-Feed auf den Mashup hinweist. Auf den Internet-Mashup gelangt man über den folgenden Link: www.7iber.com/mu7afazat/.

Jordanien: Gründung des «Arab Green Forum»

Im Nahen Osten und Nordafrika werden sich sowohl politische Entscheidungsträger als auch Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen zunehmend der verheerenden Auswirkungen des Klimawandels bewusst. Gleichwohl fehlt es in der Region an tragfähigen Strategien, Emissionen zu verringern oder bereits irreversible Effekte abzufangen. Das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah hat im September 2010 in Amman die Gründung eines «Arab Green Forum» angestoßen. Das Forum feilt am Konzept einer grünen Wirtschaft und beschäftigt sich u. a. mit Aspekten einer nachhaltigen Stadtplanung, nachhaltigen Transportlösungen und einer kohlenstoffarmen Industrieproduktion. Unsere palästinensische Partnerorganisation Maan, Mitglied des Green Forum, gibt regelmäßig einen umweltpolitischen Newsletter heraus.

Israel: Eine ambitionierte Klimastrategie

Im November 2009 veröffentlichte die Unternehmensberatung McKinsey eine vom israelischen Umweltministerium in Auftrag gegebene Studie zu den Auswirkungen des Klimawandels auf Israel und den Einsparpotenzialen bei Treibhausgasen. Auf diese Empfehlungen stützte sich der israelische Beitrag auf der Weltklimakonferenz von Kopenhagen im Dezember 2009. Eine tiefergehende Überprüfung der Studie sprach sich angesichts des anvisierten Wirtschaftswachstums dafür aus, einen leichten Anstieg des CO₂-Ausstoßes zuzulassen. Da Israel im Jahr 2010 der OECD beitreten sollte, waren die Umweltorganisationen mit dieser zögerlichen Strategie wenig einverstanden. Im Frühjahr 2010 lud das Institute for Desert Environmental Research der Ben-Gurion-Universität in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung zu einer internationalen Konferenz ein, die ausgehend von der McKinsey-Studie eine ambitionierte Klimastrategie für Israel entwickeln sollte. Neben Regie-

rungsvertretern, Wissenschaftlern und zahlreichen Umweltorganisationen nahmen auch einige unserer Partner aus den USA, darunter Bracken Hendricks des Center for American Progress, an der Konferenz teil. Am Ende stand die Empfehlung, die israelische Regierung solle künftig stärker auf intraministerielle Zusammenarbeit setzen, Steuerinstrumente bei der Regulierung von Treibhausgasen nutzen und die gesamte Wirtschaft auf nachhaltige Technologien ausrichten. Um diese Entwicklung zu befördern, wird das Stiftungsbüro in Tel Aviv im Jahr 2011 eine Studie für einen «Green New Deal für Israel» vorlegen.

Pakistan: Internationale Konferenz zu Klimawandel und Entwicklung

Als Reaktion auf die Flutkatastrophe im August 2010 fand vom 22. – 23. Oktober 2010 eine erste internationale Konferenz zum Klimawandel in Pakistan statt. Dem Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Lahore war es zusammen mit dem Sustainable Development Policy Institute (SDPI) in Islamabad gelungen, das pakistanische Umweltministerium für das Thema zu gewinnen. Unter den Teilnehmern waren renommierte Klimaexperten wie der Vorsitzende des Weltklimarats (IPCC), R.K. Pachauri, und der Direktor der Hauptabteilung für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UNDESA) sowie SDPI-Gründer Tariq Banuri. Auch indische Fachleute nahmen an der Konferenz teil, darunter Sunita Narain, Direktorin des «Centre for Science & Environment» (CSE) in Neu-Delhi und langjährige Partnerin der Stiftung. Es war ein absolutes Novum, dass Vertreterinnen und Vertreter Indiens und Pakistans gemeinsam zu den Folgen des Klimawandels für die Region diskutierten. Ein hervorragendes Beispiel dafür, dass Kooperation und Vertrauen auch zwischen verfeindeten Staaten möglich sind.



Die Heinrich-Böll-Stiftung half Opfern der pakistanischen Flut mit Nahrungsmitteln und Hygienesets. Foto: Heinrich-Böll-Stiftung

Anpassung an den Klimawandel

Beispiel Afrika:

Afrika ist der vom Klimawandel am stärksten betroffene Kontinent. Ausbleibender Regen, Dürre, sinkende Ernten, der Verlust an Biodiversität und die Verknappung natürlicher Ressourcen sind nur einige der Folgen. Noch fehlt es dem Kontinent an einer starken und vor allem vereinten Stimme, um dieser «stillen Krise» zu begegnen.

Die Industrienationen können (und müssen) die afrikanischen Staaten im Kampf gegen den Klimawandel auf vielfache Weise unterstützen: in internationalen Verhandlungen, durch Hilfestellung bei der Politikentwicklung, durch Förderung zivilgesellschaftlicher Partizipation und natürlich durch die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen. Die Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Kapstadt, Nairobi, Lagos und Addis Abeba arbeiten alle zu diesem Thema. Mit dem Projekt «Climate Governance in Africa» qualifizieren wir afrikanische Unterhändler für weitere Klimaverhandlungsrunden und analysieren Anpassungspolitiken und ihre Implementierung in verschiedenen afrikanischen Staaten. Gute Regierungsführung im Sinne von Klimagerechtigkeit zu fördern bedeutet für uns, vornehmlich für die am meisten von Klimawandel betroffenen Menschen zu sensibilisieren.

Beispiel Thailand:

Die Auswirkungen des Klimawandels sind vielfältig. In Thailand, das stark von der Landwirtschaft geprägt ist, bedrohen vor allem Dürren die Existenz vieler Kleinbauern. Eine Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung hat die Auswirkungen des Klimawandels auf ländliche Gemeinden untersucht, den Grad ihrer Anfälligkeit (Vulnerabilität) identifiziert



Climate Governance in Africa - Adaptation Strategies and Institutions

A synthesis report by Masego Mdzumuse, Oktober 2010

Download: www.boell.de/downloads/Climate_Governance_in_Africa.pdf

Sieben Fallstudien zu acht afrikanischen Ländern zeigen die Herausforderungen des Klimawandels für die Regierungsführung in unterschiedlichen Regionen Afrikas (in englischer Sprache). «Climate Governance in Africa - Adaptation Strategies and Institutions» fasst die wichtigsten Ergebnisse in klare Politikempfehlungen.

sowie notwendige Anpassungsmaßnahmen zur Sicherung ihrer Existenzgrundlage vorgeschlagen. Die untersuchten Gemeinden befinden sich in entlegenen Gebieten der Provinz Pitsanulok und haben regelmäßig mit Trockenperioden zu kämpfen. Im Jahr 2010 gab es die schlimmste Dürre seit 42 Jahren, verursacht durch eine Verzögerung der Regenfälle um fünf Monate. Die Gemeinden konnten nichts anbauen und mussten von außerhalb mit Wasser versorgt werden. Die saisonalen Änderungen verschärfen sich seit Jahren und sind immer schwerer vorherzusagen. Auch wenn die Gemeinden durchaus mit mittelschweren Trockenperioden umzugehen wissen, können sie sich nicht innerhalb kurzer Zeit auf häufige schwere Dürren einstellen, wie sie der Klimawandel mit sich bringt.

Ergebnisse der Studie: Die Menschen brauchen Rechtssicherheit bei den Grundstücksbesitzverhältnissen, die Bauern eine Reduktion ihrer Verschuldung. Anpassung durch andere Anbaumethoden, die Umstellung auf dürreresistente Feldfrüchte oder die Errichtung einer gemeindeweiten «Reisbank» waren weitere Empfehlungen.

Nigeria: Journalistenreise zum Thema Klimawandel

Nigeria ist wie kaum ein anderes afrikanisches Land vom Klimawandel betroffen: In dem mit über 150 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichsten Staat Afrikas kämpfen die Menschen im Süden gegen Überschwemmungen, im Norden gegen die vorrückende Sahara. Die Anpassung an den Klimawandel beschäftigt zunehmend die Politik des Landes.

Im Herbst 2010 organisierte die Heinrich-Böll-Stiftung eine einwöchige Journalistenreise nach Nigeria. Ziel war es, die Journalisten über die komplexen Zusammenhänge des Klimawandels und die Folgen für die Bevölkerung zu informieren. Stationen der Reise waren die 17-Millionen-Metropole Lagos, die Regierungshauptstadt Abuja sowie der nördliche Bundesstaat Kaduna. Im Mittelpunkt standen Initiativen von Menschen, die versuchen, sich an die veränderten Umweltbedingungen anzupassen – darunter die Bewohner der Fischergemeinde Makoko, die trotz der häufigen Überschwemmungen ihre teilweise über dem Wasser erbauten Hütten nicht verlassen wollen. Oder die «Müllfrauen» des Unternehmens «Lagos State Waste Management Authority», die 10.000 Tonnen festem Müll pro Tag mit orangefarbenen Müllwagen, Recycling und Schulungen für Gemeinden und private Haushalte zu Leibe rücken. Rund 50 Prozent der Angestellten sind Frauen, die kleinen Müllwagen werden fast ausschließlich von Frauen gefahren.



Weil Lagos nur einen Meter über dem Meeresspiegel liegt, ist es schon jetzt vom Klimawandel bedroht. Die Journalist/innen machen sich ein Bild von der Lage in der 15-Millionen-Metropole. Foto: Heinrich-Böll-Stiftung

Makoko – der riesige Slum an der verschmutzten Lagune vor Lagos besteht aus unsicheren Pfahlbauten. Die sozialen Probleme sind groß – der Klimawandel wird sie verstärken. Fotos: Rainer Wozny



Die Frage nach Alternativen zur extremen Abhängigkeit Nigerias vom Erdöllexport war ein Thema bei den Treffen mit lokalen Politikern, Umweltorganisationen und Energieunternehmen. Seit fast 40 Jahren wird im Nigerdelta Erdöl gefördert, die Folgen sind schwerste Umweltschäden: In den letzten Jahren sind immer wieder zahlreiche Menschen bei Explosionen von Ölpipelines getötet worden, weite Flächen des Deltas sind mittlerweile verseucht.

Internationale Klimaverhandlungen

Cancún: COP 16 – ein Schritt vor und zwei zurück

Die Heinrich-Böll-Stiftung begleitet seit vielen Jahren die internationalen Klimaverhandlungen. Einer Vielzahl von Partnerinnen und Partnern aus Schwellen- und Entwicklungsländern haben wir die Teilnahme an den Verhandlungen ermöglicht, wir haben in den Aufbau von Kapazitäten investiert und Netzwerke gestärkt.

Die 16. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention hat im Dezember 2010 im mexikanischen Cancún stattgefunden. Die Stiftung hat lange im Vorfeld auf dieses globale Ereignis hingearbeitet. Bereits im November 2009 organisierte das Mexiko-Büro der Stiftung eine größere öffentliche Konferenz mit dem Titel «Brücken bauen im Klimawandel: Von den internationalen Verhandlungen zur nationalen, lokalen und Bürger_innen-Realität» in Mexiko-Stadt. Besonders gelungen war der Austausch der Umweltminister/innen und -senator/innen verschiedener Landesregierungen, insbesondere über die Möglichkeiten, auf lokaler Ebene der Klimakrise zu begegnen.

Die Stiftung gehört in Mexiko zu den wenigen Organisationen, die bereits über viel Erfahrung zum Klimathema verfügen, und wird als Impulsgeberin sowohl von Nichtregierungs- als auch von Regierungsseite geschätzt.

In Cancún hatte die mexikanische Präsidentschaft aus dem Fiasko von Kopenhagen gelernt und den Prozess so offen und transparent wie möglich gestaltet. Am Ende wurde ein Text verabschiedet, der nicht von einer ausgewählten Minderheit von Staats- und Regierungschefs im berühmten Hinterzimmer, sondern unter Einbeziehung auch der ärmsten und vom Klimagipfel am meisten betroffenen Länder ausgehandelt wurde. Trotzdem blieb das Ergebnis mager.

Die Heinrich-Böll-Stiftung war sowohl beim offiziellen Programm als auch auf dem NGO-Forum «Klimagerechtigkeit» mit Veranstaltungen präsent. Sehr gut besucht waren die beiden offiziellen Side-Events zu «Klimafinanzierung» und zu «Wasser, Klimawandel und Entwicklung». Für deutsche Medienvertreter organisierten wir eine Informationsreise zu einer Fischereikooperative.

Gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und dem mexikanischen Umweltministerium haben wir zum Thema Klimafinanzierung für Politikerinnen und Politiker sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft Workshops veranstaltet, des weiteren in Mexiko-City eine große Konferenz zum Thema «Gender und Klima». Von besonderer Bedeutung war auch eine «Dinner Debate» ein halbes Jahr vor dem Klimawandel mit den Herausgebern und Chefredakteuren der wichtigsten mexikanischen Medien, denn ohne deren Einverständnis können auch die besten Journalistinnen und Journalisten keine Klimaberichterstattung veröffentlichen.

Letztendlich braucht der Klimaprozess vor allem eine aktive Zivilgesellschaft, die Vorschläge erarbeitet, Lobbyarbeit betreibt und Druck auf Regierungen und Verhandlungsführer ausübt. Wir haben uns deshalb an verschiedenen zivilgesellschaftlichen Bündnissen beteiligt, u. a. an der Vorbereitung eines der zivilgesellschaftlichen Parallelforen in Cancún.



Vor den Toren der Verhandlungen: Zivilgesellschaftliche Proteste in Cancún forderten die Regierungen der Welt auf, sich für Klimagerechtigkeit einzusetzen. Foto: dpa



Die täglichen Interviews mit interessanten Gästen am Stand konnten als Videos ein paar Stunden später auf der Website www.boell.de heruntergeladen werden.

Klimafinanzierung

Klimafinanzhilfen auf dem Prüfstand

Für die Vermeidung von und die Anpassung an den Klimawandel wird es um Finanztransfers in Schwellen- und Entwicklungsländer in Milliardenhöhe gehen. Wofür werden diese Gelder ausgegeben und wem kommen sie zugute? Diesen Fragen geht die Heinrich-Böll-Stiftung seit längerem nach. Die Vergabe neuer Gelder braucht sozial-ökologische Standards und Prinzipien und ein hohes Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht seitens der Geber und Empfänger, wenn die Finanzhilfen ihre Ziele erreichen und vor allem den am meisten Betroffenen zugutekommen sollen.

Die Studie «A Matter of Principle(s)» von Liane Schalatek, stellvertretende Direktorin unseres Büros in Washington, lieferte rechtzeitig zum Auftakt des Klimagipfels in Cancún Diskussionsstoff für die Debatte, nach welchen Kriterien und Prinzipien die neuen Klimamittel vergeben werden sollen. «Obwohl Deutschland internationale Menschenrechtskonventionen unterschrieben hat, sind diese nicht als verbindliche Standards in die Finanzierungskriterien für Maßnahmen zur Emissionsvermeidung und Anpassung an die Folgen des Klimawandels integriert», erklärte Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.



A Matter of Principle(s)

A Normative Framework for a Global Compact on Public Climate Finance. By Liane Schalatek. Ed. by the Heinrich-Böll-Foundation, Berlin 2011, 112 pages

Wer stellt welches Geld bereit und wohin fließt es, darüber gibt eine von der Stiftung initiierte Webseite www.climatefundsupdate.org regelmäßig Auskunft.

Ressourcenpolitik

Natürliche Ressourcen sind die Basis des Wirtschaftens und täglichen Lebens. Ressourcen nachhaltig zu nutzen und global fair zu teilen ist neben dem Klimawandel und der globalen Armut eine der größten Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Viele Ressourcen sind endlich. Das gilt besonders für die fossilen Rohstoffe. Ihre weitere exzessive Verbrennung beschleunigt den Klimawandel. Ein Großteil des natürlichen Ressourcen- und Rohstoffreichtums befindet sich in Schwellen- und Entwicklungsländern, die neben der Armut unter massiven Demokratiedefiziten leiden. Der Ressourcenreichtum ist für viele Menschen vor Ort kein Segen, sondern Fluch. Die Heinrich-Böll-Stiftung tritt für eine verantwortungsvolle, ökologisch gerechte und demokratisch orientierte Ressourcenpolitik ein. Ressourcenpolitik beziehen wir dabei schwerpunktmäßig auf die extraktiven Industrien, also auf den Öl- und Gas- sowie Bergbausektor (fossile und mineralische Rohstoffe).

«Ressourcenpolitik in Afrika – Herausforderungen des Wandels». Ein Special zur deutschen Rohstoffstrategie
→ www.boell.de

Vernetzung: Strategietreffen für eine Anti-Teersandkampagne

Die Mondlandschaften in der kanadischen Provinz Alberta sind weltweit bekannt. Sie sind die Folge des Tagebaus zur Gewinnung von Teersanden. Nordamerikanische und europäische Nichtregierungsorganisationen sowie kanadische Ureinwohner wehren sich seit Jahren gegen diese Form von Umweltzerstörung. Da weltweit das «billige» Erdöl zur Neige geht, verlagern sich die Investitions- und Explorationsstätten für unkonventionelles Erdöl mittlerweile auch in andere Weltregionen. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat gemeinsam mit anderen internationalen Akteuren vor zwei Jahren eine Studie zu den Teersand-Investitionen der italienischen Ölfirma Eni in der Republik Kongo vorgelegt.

Gemeinsam mit Friends of the Earth Europe hatten wir im November 2010 die Schlüsselpersonen des zivilgesellschaftlichen Widerstands gegen Teersande und sogenannte Marginal Oils aus Nordamerika, Europa, Kongo, Madagaskar und Venezuela zu einem zweitägigen Strategie-

treffen nach Berlin geladen. Es ging darum, den Informationsaustausch zu fördern, neue Allianzen zu schaffen und Strategien für eine globale Anti-Teersandkampagne zu entwickeln. Vorgesehen sind ein verstärkter Informationsaustausch, Weiterbildung, weitere Studien (zu Madagaskar und Nigeria) und verschiedene Aktivitäten im Umfeld der nächsten Weltklimakonferenz (COP 17) in Durban, Südafrika.

Afrika: Fallstudien zu Ressourcenpolitik

Als 2006 Diamantenvorkommen in der entlegenen Chiadzwa-Region im Osten Simbabwes entdeckt wurden, hielt ein Großteil der lokalen Bevölkerung dies für einen Segen, der ihre Not in den wirtschaftlich harten Zeiten zu lindern versprach. Tatsächlich könnten bei einem verantwortungsvollen Umgang mit den Einnahmen aus dem Diamantenhandel die Staatskassen erheblich gefüllt werden. Doch anstatt den Wiederaufbau des Landes nach Jahren des wirtschaftlichen Niedergangs zu finanzieren, hat der Ansturm auf die Diamantenfelder die Menschen von Chiadzwa zu den jüngsten Opfern des «Ressourcenfluchs» gemacht. Die Entdeckung der Edelsteine hat die Gegend in ein Chaos gestürzt und bewaffnete Sicherheitskräfte, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, erhöhte soziale Instabilität und Umweltschäden mit sich gebracht.

Vor dem Hintergrund ähnlicher Erfahrungen in anderen rohstoffreichen Ländern Afrikas wurden zu Beginn des 21. Jahrhunderts mehrere Initiativen ins Leben gerufen. Auch wenn sie sich in Ansatz und Umfang unterscheiden, zielen alle darauf ab, zu einer transparenten, nachhaltigen, fairen und gerechten Ressourcenpolitik beizutragen. Fast ein Jahrzehnt später wirft die Situation in Simbabwe Zweifel auf, wie erfolgreich diese Initiativen in der Praxis waren. Anhand von drei verschiedenen Fallstudien (Simbabwe, Nigeria, Tansania) versucht eine Ausgabe unserer Publikationsreihe «Perspectives» Aufschluss über diese und ähnliche Fragen zu geben. Alle drei Analysen machen deutlich, dass lokale und internationale Anstrengungen, den Umgang mit Rohstoffen verantwortungsvoller zu gestalten, Erfolge erzielen konnten, die Herausforderungen aber nach wie vor groß sind.

Für eine globale Agrarwende

Ausreichend Nahrung für alle Menschen, diesem Ziel ist die Heinrich-Böll-Stiftung verpflichtet. Wie dies unter den Bedingungen einer ungerechten Weltagrarpolitik und des Klimawandels gelingen kann, ist der Motor einer Vielzahl unserer Initiativen und Projekte. Neu aufgenommen haben wir die Komponente «Landwirtschaft und Klimawandel».

Faire Regeln für den globalen Agrarhandel

Zum Jahresauftakt hat im Januar 2010 die Konferenz «EcoFair rules!» Agrarhandel im Spannungsfeld der Ernährungs-, Klima- und Wirtschaftskrise stattgefunden. Die landwirtschaftliche Produktion, ihre Märkte und der Handel mit Agrargütern sind in ihrer heutigen Form den großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht gewachsen. Einen Vorgeschmack auf zukünftige Entwicklungen haben die Preisentwicklungen für Nahrungsmittel in den Jahren 2007/08 gegeben, in denen die durchschnittlichen Weltmarktpreise in kürzester Zeit um mehr als 100 Prozent anstiegen und dadurch akut mehr als 150 Millionen Menschen zusätzlich von Hunger betroffen waren. Die gemeinsame Konferenz von Misereor und der Heinrich-Böll-Stiftung «EcoFair rules!» hat diese Entwicklungen zum Anlass genommen, die Regeln des internationalen Agrarhandels zu überdenken und neu zu definieren. Unter den prominenten Gästen war auch der UN-Sonderberichterstatter



Auch in Sierra Leone sind Diamanten begehrt. Das Symbol für Schönheit und Reichtum bringt viele afrikanische Länder in Not. Foto: picture-alliance / Godong



Perspectives 3/2010: The Challenges of Change Political Analysis and Commentary from Southern Africa, Nr. 3/2010. Ed. by the Heinrich-Böll-Foundation
Download: www.boell.de/downloads/2010-07-22_Perspectives_3.10.NEU.pdf



Climate Change and the Right to Food
By the Human Rights Institute of the Columbia Law School and Olivier De Schutter. Ed. by the Heinrich Böll Foundation, Berlin 2009, 160 pages

Die Studie analysiert die Folgen der Klimapolitik für das Recht auf Nahrung und gibt Empfehlungen, wie Klimapolitik und Menschenrechtsagenda besser zusammengeführt werden können.

für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter. Er forderte das Ende des Agrardumpings des Nordens und einer Zollpolitik, die den Süden als reinen Rohstofflieferanten festschreibe. Die indische Wissenschaftlerin und Mitglied des Weltagrarberichts, Raina Rajeswari, wies jedoch auch der Regierungspolitik im Süden eine Schuld zu. So würde Indiens Regierung immer noch auf Monokulturen für den Export und die Agrokonzerne setzen. Auch hier sei ein Mentalitätswandel vonnöten.

Gemeingüter stärken

Die internationale Gemeingüter-Bewegung wächst. Gemeingüter (natürliche Ressourcen, Wissen, Kultur) zu schützen und zu vermehren ist nicht nur theoretisch attraktiv. Es wird praktisch im Alltag und politisch, wenn immer mehr Menschen den freien Zugang von der Software bis zum Saatgut fordern, privatisierte Öffentlichkeit zurückerobern und für Teilhabe streiten. Gemeingüter («commons») dürfen dem Gemeinwesen eben nicht entzogen, nicht kommerzialisiert oder unwiederbringlich zerstört werden. Dieser Thematik widmet sich die Stiftung seit einigen Jahren mit viel Resonanz und Erfolg.

Die Salonreihe «Zeit für Allmende» war zu Beginn unserer Debatte experimenteller Denkraum. Seit Anfang 2008 wurden zu dieser interdisziplinären politischen Veranstaltungsreihe Gäste aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik geladen. Daraus ist das Manifest «Gemeingüter stärken. Jetzt!» in kollektiver Autorschaft entstanden. Es liegt bislang auf Deutsch, Englisch und Spanisch vor.

Vorläufiger Höhepunkt unserer Aktivitäten zur Stärkung der Gemeingüterbewegung war die internationale Konferenz Mitte November 2010 in Berlin. Hier bildete sich ein Teil der Vielfalt ab, aus der sich die Bewegung derzeit konstituiert. Was alle Projekte und Ansätze eint, ist das Ziel, gemeinschaftlich genutzte Ressourcen als Gemeingut zu erhalten, sie weiterzuentwickeln und damit selbst unabhängiger von Markt und Staat zu machen. Die Frage ist: Wie kann das gesellschaftliche Leben – wie können lokale und globale Institutionen – so organisiert werden, dass der Vorteil des einen auch zum Vorteil des anderen gereicht?

Auch die Fragen, ob Gemeingüter im großen Maßstab funktionieren können und ob sie das Potenzial haben, eine neue Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens hervorzubringen, wurden kontrovers diskutiert. Ein ermutigendes politisches Signal kam aus Ecuador. Die Ministerin für das nationale Erbe des Landes, María Fernanda Espinoza Garcés, erbot sich, den Gemeingüter-Gedanken in die Regierung Ecuadors sowie in den Kreis der ALBA-Länder (ein Handelsbündnis, dem Venezuela, Kuba, Bolivien, Nicaragua, Honduras und die englischsprachige Karibikinsel Dominica angehören) zu tragen.

Auf Kooperation mit dem Staat wird die Gemeingüter-Bewegung angewiesen sein, wenn sie die Erfahrungen funktionierender Gemeingüter zum Maßstab des Designs von Institutionen und Politik machen will. Und darum wird es in Zukunft gehen. Lokal wie global.

Entwicklungspolitisches Forum: «Weiter so ist keine Option!»

Klimawandel, Welternährungskrise, Armut und Finanzkrise: Die deutsche Entwicklungspolitik steht vor Herausforderungen, die nur ressortübergreifend gelöst werden können. Nach einem Jahr schwarz-gelber Regierungsarbeit widmete sich die Heinrich-Böll-Stiftung im November 2010 dem Spannungsfeld nationaler, europäischer und internationaler Entwicklungspolitik. Den roten Faden durch das Entwicklungspolitische Forum zog das Thema Politikkohärenz. Demnach müssen die Ziele von Außenwirtschaftsförderungspolitik, von Handels- und Klimapolitik –



Die internationale Commons-Konferenz regte inner- und außerhalb der Podien und Workshops zu zahlreichen Diskussionen an. Foto: Thomas Kalka

Gemeingüter – Wohlstand durch Teilen

Ein Report. Von Silke Helfrich, Rainer Kuhlen, Wolfgang Sachs und Christian Siefkes. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin 2010, 48 Seiten (Online-Version auch auf Französisch und Englisch unter www.boell.de)



Claude Kabemba, Direktor der Organisation Southern Africa Resource Watch, warf einen neuen Blick auf die Rolle Chinas in Afrika. Foto: Stephan Röhl

oder auch die Rohstoffstrategie der Bundesregierung – verpflichtend mit den Entwicklungszielen in Einklang gebracht werden. Doch in der Praxis ist Politikkohärenz allzu oft ferne Realität. Welche institutionellen Voraussetzungen braucht es also, um einen ganzheitlichen Regierungsansatz zu erreichen, wo muss umgedacht werden?

Mit ihrem Thesenpapier «Agenda für mehr Politikkohärenz für globalen Klimaschutz und menschliche Entwicklung» brachte Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, die Idee eines Ministeriums für globale Aufgaben ein, die auf großes Interesse stieß. Das Papier ist nachzulesen im Konferenzdossier «Deutsche Entwicklungspolitik im Spannungsfeld Globaler Krisen». Das Dossier enthält sämtliche Policy Papers, Länderstudien und thematische Beiträge zu einzelnen Aspekten der Konferenz.

Konferenzdossier

→ www.boell.de/internationalepolitik

Ausstellung: «zur nachahmung empfohlen! expeditionen in ästhetik & nachhaltigkeit!»

Ob Klimawandel, schwindende Energiereserven oder der Verlust der biologischen Vielfalt – es braucht auch individuelles Handeln, Visionen eines zukunftsfähigen Lebens. Die Kunst ist solch ein Feld individuellen Handelns, das Visionen hervorbringen kann. Die von Adrienne Goehler kuratierte Ausstellung «zur nachahmung empfohlen! expeditionen in ästhetik & nachhaltigkeit» hat dies deutlich gemacht. Die Heinrich-Böll-Stiftung war Kooperationspartner dieses Experiments und wollte zeigen, dass Nachhaltigkeit, die sich als gestaltend versteht, nicht ohne die Künste und Wissenschaften auskommt. Mit einem umfangreichen Rahmenprogramm aus Filmabenden und Gesprächsforen regte die Kunstschau zum Mitmachen und Weiterdenken an. Die Stiftung hat sich mit einem Gesprächsforum zum Thema «Wohlstand ohne Wachstum» beteiligt. Prominenter Gast war der Ökonom Tim Jackson, dessen Buch «Wohlstand ohne Wachstum» den Weg zu einem nachhaltigen Wirtschaftssystem skizziert. Im englischen Sprachraum ist das Buch bereits ein Bestseller. Die Stiftung legt gemeinsam mit dem oekom Verlag im Jahr 2011 die überarbeitete, deutsche Version des Buches vor.

Die Ausstellung «zur nachahmung empfohlen!» wird auch 2011 an verschiedenen Orten im In- und Ausland zu sehen sein. Die Termine und weitere Informationen

→ www.boell.de/internationalepolitik

«Das Imaginarium: Ein Theater für konstruierte Ökologien» ist ein transdisziplinäres Projekt des Berliner Studios Lukas Feireiss, der Londoner Gruppe Tomorrow's Thoughts Today und des puerto-ricanischen Künstlers Luis Berríos-Negrón. Es bringt in Miniaturform Ideen aus Kunst, Architektur und Wissenschaft zusammen, die Lösungsansätze für den Klimawandel anbieten. Foto: Michael Hoelzl





Foto: dpa

Europa politisch gestalten

Die Europäische Union befindet sich in schwierigen Zeiten: Die Euro-Krise schürt Ängste um ein Auseinanderbrechen der Währungsunion. Die Entwicklung einer nachhaltigen europäischen Energiepolitik ist drängender denn je – vor allem vor dem Hintergrund der stockenden Klimaverhandlungen und der dringend notwendigen Vorreiterrolle der EU, aber auch angesichts der unkalkulierbaren Risiken der Atomkraft, die ein schnelles Umsteuern zu erneuerbaren Energien notwendig machen. Trotz des Lissabon-Vertrages hat die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik noch keine klare Gestalt angenommen. Die wankelmütige und widersprüchliche Politik der Mitgliedsstaaten bezüglich der Revolutionen in Nordafrika macht dies überdeutlich. Und doch können diese Krisen auch Chancen sein, denn die Notwendigkeit gemeinsamen europäischen Handelns liegt auf der Hand. Jetzt ist die Zeit, Europa politisch zu gestalten. Mit der Einrichtung einer Expertenkommission zur Zukunft der EU haben wir begonnen, Szenarien und Leitprojekte für die Europäische Union zu entwickeln. Auch darüber hinaus werden wir an Visionen für die Zukunft Europas arbeiten.

Berlin: Energiesicherheit, Klimaschutz und Innovation – Quo vadis EU?

Energiepolitik ist Zukunftspolitik. Die Alternativen liegen auf der Hand: Entweder das Ende des fossilen Zeitalters wird rasch eingeläutet, oder der Klimawandel nimmt Ausmaße an, die das Leben auf der Erde nachhaltig verändern werden. Technisch ist der Abschied von Kohle, Öl, Gas und auch von Atomkraft machbar. Jetzt muss der Übergang ins Zeitalter der Erneuerbaren politisch vorangetrieben werden. Es geht um Investitionsanreize und Zukunftsmärkte, um Energiesicherheit und Machtfragen, um technologische Innovationen und gesellschaftliches Umdenken. Wie die zukünftige Klima- und Energiepolitik in Europa aussehen könnte, darüber diskutierten über mehrere hundert Teilnehmende einer internationalen Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung am 16. und 17. März 2010 in Berlin. Dass Klimapolitik zum großen Teil auch Energiepolitik ist, war unumstritten. Das internationale Minimalziel, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen, wird nur mit einer massiven Reduzierung der globalen CO₂-Emissionen und einem möglichst schnellen Ausbau erneuerbarer Energieträger zu erreichen sein. Eine der zentralen Fragen war deshalb: Kann Europa mit gutem Beispiel vorangehen? Die Antwort war eindeutig: Europa kann und muss. Denn ohne eine Stärkung der supranationalen europäischen Energiepolitik wird der notwendige energiepolitische Wandel nicht stattfinden.

Bei allen Kontroversen, die geführt wurden: Einigkeit herrschte darüber, dass nur eine konzertierte Aktion der europäischen Staaten die EU zum Vorreiter einer globalen Energiewende machen kann. Europäische Visionen wie die Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE) und regionale wie überregionale Energiekooperationen wie DESERTEC weisen den Weg in die richtige Richtung.

Der im Vertrag von Lissabon verankerte Grundsatz der «Energiesolidarität» sollte nicht nur als Aufruf zur gegenseitigen Hilfe verstanden werden, falls die Lieferung von Erdgas unterbrochen wird. Energiesolidarität heißt auch, die von fossilen Energieträgern besonders abhängigen Staaten auf dem Weg zu mehr Energieeffizienz zu unterstützen und sie in eine Europäische Gemeinschaft für erneuerbare Energie einzubinden.

EU: ERENE – Eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien

100% erneuerbare Energien in Europa sind möglich: durch europäische Zusammenarbeit. Vor drei Jahren stand die Heinrich-Böll-Stiftung mit diesem Konzept noch relativ alleine da. Zwar gab es viele positive Rückmeldungen auf den Vorschlag zur Gründung einer «Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien» (ERENE), aber zugleich galt dies vielen nur als avantgardistische Vision. Mittlerweile haben sich aber unsere Forderungen fast als Mainstream in europäischen Energieszenarien etabliert – beständig kommen neue Studien auf den Markt, die 100 % Erneuerbare propagieren und die Notwendigkeit der Schaffung eines echten europäischen Strommarkts betonen. Wir freuen uns über diese Entwicklung, doch es gibt noch viele Hürden, die der Entwicklung der Erneuerbaren entgegenstehen. Auch im Jahr 2010 haben wir daher das ERENE-Konzept intensiv vorangetrieben. Die eigens eingerichtete Homepage www.ereene.org wurde um eine Plattform erweitert, auf der die aktuellsten und relevantesten Studien für die Förderung von Erneuerbaren in Europa zusammengetragen werden, inklusive eines ausführlichen Glossars zur Energiepolitik.

Mit einer Reihe von «Themenpapieren» haben wir das ERENE-Konzept um politische Argumentationen und Politikvorschläge für einzelne Sektoren erweitert. So wurde ein Papier zu den Problemen und möglichen Lösungen eines europäischen Netzausbaus verfasst. Ein weiteres



Vorstandsmitglied Ralf Fücks diskutiert mit internationalen Gästen über Potenziale und Instrumente für eine europäische Energiewende. Foto: Stephan Röhl



«Atomkraft ist als Brückentechnologie in das Zeitalter der erneuerbaren Energien ungeeignet», so Rebecca Harms, MdEP für Die Grünen/EFA. Foto: Stephan Röhl



100% erneuerbare Energien in Europa sind nicht nur notwendig, sondern auch möglich. Windkraft- und Solaranlagen wie in Spanien machen es vor. Fotos: dpa

Papier widmet sich den Chancen, die in der verstärkten Zusammenarbeit zwischen der EU und ihrer Nachbarschaft liegen. Am Beispiel des Ostseeraums wird gezeigt, welches Potenzial an Erneuerbaren brachliegt und wie es durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit nutzbar gemacht werden kann.

Auch 2010 haben wir unsere Zusammenarbeit mit der Green European Foundation fortgesetzt. So ließen wir in mehreren EU-Mitgliedsstaaten Analysen der jeweiligen Nationalen Aktionspläne für die EU-weiten 20/20/20-Ziele erstellen (jeweils 20% Erneuerbare, Energieeffizienz und Energieeinsparung bis zum Jahr 2020). Bei einer Diskussion in Berlin unter dem Titel «Energie für die Zukunft Europas: 27 Nationale Aktionspläne = 1 Europäische Energiepolitik?» wurde deutlich, welche gravierenden Defizite es weiterhin in der gemeinsamen Energiepolitik und der europaweiten Zusammenarbeit gibt, insbesondere für Erneuerbare. Trotz aller Studien, die unsere Vision eines Europa der Erneuerbaren bestärken, bleibt daher viel zu tun.

Berlin: Green New Deal auf Ukrainisch?



Michail Gontschar, Direktor des Energieprogramms von NOMOS in Kiew, und Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung auf den 5. Kiewer Gesprächen in Berlin. Foto: Heinrich-Böll-Stiftung

Die «Kiewer Gespräche» der Heinrich-Böll-Stiftung, abwechselnd in Kiew und Berlin veranstaltet, gelten als wichtigstes zivilgesellschaftliches Dialogforum zwischen beiden Ländern. Getragen von einem breiten Bündnis deutscher und ukrainischer Partner und Förderer, sind sie der Idee eines unteilbaren, demokratischen und freien Europas verpflichtet. Im April 2010 widmeten sich die Kiewer Gespräche dem Energiesektor der Ukraine und seinen vielfältigen Verflechtungen mit der EU und mit Russland. Einhellig beklagten die Teilnehmenden die mangelnde Transparenz und die Korruptionsanfälligkeit der Energiewirtschaft. Michail Gontschar vom Forschungszentrum NOMOS zeigte die ökonomischen Eigeninteressen der politisch Verantwortlichen auf und machte deutlich, wer in der Ukraine und in der EU an undurchsichtigen internationalen Firmengeflechten mitverdient und damit kein Interesse an wirksamen Reformen hat. Oleksandr Mazurchak, Vizeminister für Wohn- und Kommunalwesen, beschrieb riesengroße Einsparpotenziale im Land, das nach dem Kongo die zweithöchste Energieintensität (Energieeinheiten an Primärenergie, die notwendig sind, um eine Geldeinheit des Bruttoinlandsprodukts herzustellen) aufweist. Rebecca Harms, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament, bemängelte das Fehlen einer abgestimmten europäischen Energiepolitik und forderte eine klare Abkehr von Atomkraftwerksprojekten. Für eine intensive Zusammenarbeit der Ukraine mit der EU sprach sich auch Oleksandr Todiychuk

vom Institut für Energieeffizienz am Kiewer Institut für Management aus. Die Ausschöpfung von Effizienzpotenzialen und die Entwicklung erneuerbarer Energien verringere schließlich auch die Abhängigkeit von Russland.

Berlin: Lost in Transition? Serbien – ein Jahrzehnt nach Milošević

Zehn Jahre ist es her, dass Serbien sich der Herrschaft des Slobodan Milošević entledigte. Doch weder sein Sturz noch irgendein anderes Ereignis ist ins serbische Bewusstsein als ein Tag des wirklichen Neubeginns eingedrungen. Es gab keine gesellschaftliche Mehrheit, die Rechenschaft über die Rolle ihres Staates forderte. Und auch der Staat fragte nicht nach den gesellschaftlichen Kräften, die das Unheil befördert hatten. Was ist das für ein Serbien, das im Jahr 2009 seinen Beitritt zur Europäischen Union beantragt hat? Auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung versuchten die serbische Abgeordnete Vesna Pešić, der Politikwissenschaftler Vladimir Pavičević und die Sozialwissenschaftlerin Jelisaveta Blagojević diese Frage ein Stück weit zu beantworten. Übereinstimmend stellten sie fest, dass die Suche nach einer wirklichen Substanz der serbischen Politik, nach einem roten Faden, nach leitenden Prinzipien eher vergeblich ist. Nach einer nochmals um 4 % einbrechenden Wirtschaftsleistung lebten nicht nur die meisten Menschen, sondern auch die Politik «von der Hand in den Mund». Dies sei umso fataler, als in der Politik nach wie vor die «nationalen Interessen» (Kosovo) über die Alltagsinteressen der Bürgerinnen und Bürger gestellt würden. Diesen Eindruck verstärkte die Präsentation des Films «Auf Wiedersehen, wie geht's Euch?» des jungen serbischen Dokumentarfilmers Boris Mitić. Seine grotesken Bildkompositionen riefen jedoch auch einhelligen Widerspruch bei den serbischen Gästen hervor. Sie wollten die subjektive, künstlerische Darstellung serbischer Zustände keinesfalls als eine realistische verstanden wissen. Gründe zum Verzweifeln gebe es genug, aber der Versuch, sich in der Verzweiflung häuslich einzurichten, sei doch ein sehr vereinzelter und keineswegs repräsentativer Lebensentwurf.

Fotoausstellung anlässlich der Veranstaltung «Lost in Transition? Serbien – ein Jahrzehnt nach Milošević». Foto: Stephan Röhl





Foto: Laif

Europäische Außenpolitik im Vertrauen auf eigene Stärken und Werte

Mit den steigenden Machtansprüchen von Schwellenländern hat sich die neue multipolare Weltordnung weiter verfestigt. Das Jahr 2010 zeigte einmal mehr, wie sehr Europa Gefahr läuft, zu einem marginalen Akteur der globalen Entwicklungen des 21. Jahrhunderts zu werden. Die Länder der Europäischen Union sprechen außenpolitisch nur selten mit einer Stimme. Dies betrifft sowohl die Krisenherde Afghanistan, Iran und Nahost als auch die jüngsten revolutionären Entwicklungen im arabischen Raum und dem südlichen Mittelmeer. Für ein selbstbewussteres Auftreten gegenüber China und Russland oder globale Herausforderungen wie Klimawandel und drohende nukleare Anarchie konnte Europa bisher kaum überzeugende Ansätze entwickeln. Mit unserer Arbeit wollen wir dazu beitragen, dass Deutschland und die EU in Zukunft eine konstruktive und nachhaltige Rolle bei der Lösung globaler Herausforderungen spielen.

Europas Osten – Impulse für die Politik der EU gegenüber ihren östlichen Nachbarn

Die Interessen der Europäischen Union an ihren östlichen Grenzen sind vielfältig. Russland ist der wichtigste Gaslieferant der EU; Länder wie Belarus, Ukraine und Georgien liegen entlang wichtiger Transitrouten. Mit der EU-Osterweiterung sind die Sicherheitsprobleme der östlichen Nachbarstaaten zudem auch Probleme der EU geworden. Alle Länder dieser Region sind nach dem Zerfall der Sowjetunion in tiefe Transformationskrisen geraten. In den meisten haben sich autoritäre Formen von Herrschaft verfestigt. Menschenrechtsverletzungen, wirtschaftliche Monopolstrukturen und massive Korruption bedeuten langfristig erhebliche Stabilitätsrisiken an den Außengrenzen der EU. Es liegt daher in ihrem eigenen Interesse, die Gesellschaften Osteuropas beim Aufbau demokratisch und rechtsstaatlich verfasster Gemeinwesen zu unterstützen. Bisher kann von einer kohärenten Politik gegenüber Russland und den Ländern der «Östlichen Partnerschaft» jedoch keine Rede sein.

Auf der «Außenpolitischen Jahrestagung» der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem European Council on Foreign Relations (ECFR) diskutierten Politiker/innen und Expert/innen aus 12 europäischen Ländern und den USA über den künftigen Weg, den die EU gegenüber ihren östlichen Nachbarn einschlagen sollte. Der polnische Staatssekretär im Außenministerium, Mikolaj Dowgielewicz, hob in seiner Grundsatzrede hervor, dass in keinem anderen Land die europäische Idee so großen Rückhalt fände wie in Polen. Ob die Politik der EU jedoch erfolgreich sei, müsse sich in Ländern wie der Ukraine, Serbien und Moldawien beweisen.

Oleg Ribatschuk, bis 2005 Vizeministerpräsident der Ukraine, warnte die EU davor, die Ukraine und ihre Institutionen weiterhin finanziell zu unterstützen, solange die neue Regierung nicht ernsthaft die Korruption bekämpfe. Die EU müsse auf Reformen drängen, wie es auch in anderen postsowjetischen Staaten geschehen sei.

Beim Blick in die Zukunft ging Pavel Demes, Senior Fellow des German Marshall Fund der Vereinigten Staaten, davon aus, dass der Einfluss der USA sich bis 2025 verringern und die EU ihr Interesse auf Russland konzentrieren werde. Er bezweifelt allerdings, dass die EU dann schon zu einer gemeinsamen Politik gegenüber Osteuropa und Russland gefunden haben werde.

Welches Bild von den Grenzen einer EU im Jahre 2025 gibt es im französischen Außenministerium? Roland Galharague, der dort Vizegeneraldirektor für politische und strategische Fragen ist, prognostizierte, dass sich die Machtgewichte bis dahin verschieben, hin zu einer globalen Rolle der EU. Die EU müsse darauf achten, für ihre östlichen Nachbarn attraktiv zu bleiben und so ihre «soft power» zu bewahren. Sie müsse die Erweiterung auf dem Balkan vollenden und im gemeinsamen Raum mit Russland für den freien Verkehr von Gütern, Investitionen und Menschen sorgen. Am Ende sagte er, es gebe die Tendenz, alles als politisch-philosophisches Paradigma zu debattieren. Manchmal aber müsse man einfach Dinge ausprobieren, ohne unbedingt zu wissen, welches Ergebnis man am Ende erhalte. Und zu tun gebe es genug.

Georgien: Konfliktprävention durch Dialog und mehr Demokratie

Der georgisch-russische Krieg im August 2008 demonstrierte die Grenzen der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Europas. Bis heute ist es nicht gelungen, adäquate Strategien für eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur zu entwickeln. Die Frage des völkerrechtlichen Status Abchasiens und Südossetiens ist weiterhin ungelöst und bedeutet einen dauerhaften Konflikt zwischen Russland und dem Westen. Auch



Werner Schulz, MdEP, und Oleg Ribatschuk, ehemaliger Vize-Premierminister der Ukraine, auf der Außenpolitischen Jahrestagung im November. Foto: Stephan Röhl



«Nehmen die großen EU-Mitglieder die kleinen mit?», fragte Ulrike Guéröt vom European Council on Foreign Relations die Teilnehmenden. Foto: Stephan Röhl

Internetdossier «Europas Osten» mit Konferenzmitschnitten und Beiträgen
→ www.boell.de

die Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi bergen ein hohes Konfliktpotenzial zwischen dem nördlichen und südlichen Kaukasus.

Unser Büro im Südkaukasus hat bereits unmittelbar nach dem georgisch-russischen Krieg begonnen, Regierungsvertreter, darunter Georgiens Staatsminister für Reintegration, Temuri Yakobaschwili, und den stellv. Außenminister, Gigi Bokeria, sowie regionale und internationale Fachleute zu öffentlichen Debatten einzuladen. Es ging dabei um weit mehr als die Frage, welche Seite den ersten Schuss abgegeben hat. Es ging und geht darum, wie sich Georgien zu einem demokratischen Land und einem Teil der europäischen Staatengemeinschaft entwickeln kann. Mit seinen regelmäßigen öffentlichen Debatten leistet das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Tiflis einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der demokratischen politischen Kultur in Georgien. Zum zweiten Jahrestag des Krieges am 8. August 2010 publizierte das Büro ein Webdossier mit ausgewählten Beiträgen georgischer und europäischer Experten.

Berlin: Gedenken an den Völkermord von Srebrenica



Trauerfeier für 775 neu identifizierte bosnische Muslime in Srebrenica im Juli 2010 Foto: dpa

Am 11. Juli 2010 jährte sich zum 15. Mal das vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) als Genozid bewertete Verbrechen von Srebrenica. In der UN-Schutzzone Srebrenica waren im Juli 1995 mehr als 8.000 Bosniaken – vor allem Männer und Jungen zwischen 12 und 77 Jahren – von bosnischen Serben und serbischen Paramilitärs ermordet worden. Die Heinrich-Böll-Stiftung gedachte der Opfer von Srebrenica und ihrer Angehörigen mit einem Thementag Anfang Juli 2010. Das Programm begann mit Philipp Ruchs Film «Himmel über Srebrenica», in dem bisher unveröffentlichtes Filmmaterial von den «Fronten» der Kriege gezeigt wird. Im Anschluss ging es auf dem prominent besetzten Podium um die Rolle und Verantwortung der UNO bei den Massakern von Srebrenica. Nach Recherchen des niederländischen Journalisten Huub Jaspers hätten Informationen über einen Angriff auf die «Schutzzone» Srebrenica bereits Monate zuvor den Verteidigungsministerien der NATO-Staaten bekannt sein müssen. Er hielt den Welt Sicherheitsrat der UNO für hauptverantwortlich dafür, dass 40.000 Zivilisten in Srebrenica «im Stich gelassen worden seien».

Alle Diskutanten betonten die Notwendigkeit einer UN-Reform. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler erklärte, die eigentlichen Lehren aus Srebrenica seien nie gezogen worden. Solange über die Symbolkraft der Normen geredet werde, würden sich die Mitgliedsstaaten gerne beteiligen. Wenn es aber um die Durchsetzung dieser Normen ginge, verließe viele der Mut. Marieluise Beck, MdB von Bündnis 90/Die Grünen, erinnerte an die Unwilligkeit der internationalen Gemeinschaft, Soldaten für den militärischen Schutz von Zivilisten zur Verfügung zu stellen. Axel Hagedorn, Anwalt von den Hinterbliebenen der Opfer des Srebrenica-Massakers, unterstrich die Abhängigkeit der UNO von ökonomischen Interessen: Es werde nur dort etwas unternommen, wo es um eine Gefährdung wirtschaftlicher Interessen ginge. Zuletzt ging es um mögliche künftige militärische humanitäre Interventionen seitens der UNO: In der Gruppe herrschte Einigkeit darüber, dass diese bei größtmöglicher Legitimität nur kleinstmögliche Effektivität zur Folge hätten. Die Zukunft der militärischen humanitären Missionen liege bei «kleineren Regionalbündnissen», prognostizierte Münkler.



Die grüne Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck engagiert sich seit fast zwei Jahrzehnten für Bosnien Foto: Stephan Röhl

Weltweit: «Global Zero» oder atomare Anarchie?

Das Jahr 2010 war ein Schlüsseljahr für das Fortbestehen des atomaren Nichtverbreitungsvertrags (NVV). Ein Scheitern der Überprüfungs-konferenz bei den Vereinten Nationen in New York hätte angesichts der nordkoreanischen und iranischen Atomprogramme das globale Nicht-

verbreitungssystem vor den Zusammenbruch gestellt. Zusätzlich musste 2010 auch die Fortsetzung des amerikanisch-russischen START-Abkommens gesichert werden, um dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt einen Schritt näher zu kommen.

In Tokio veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin (JDZB) im Vorfeld der NVV-Konferenz ein Seminar, an dem u. a. der ehemalige NATO-General Klaus Naumann, der Abrüstungsexperte Oliver Meier von der Arms Control Association und der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Mützenich teilnahmen.

Das Stiftungsbüro in Washington lud im Mai 2010 deutsche Nachwuchspolitiker und -politikerinnen nach Washington DC und New York ein, um sich in Gesprächen mit Fachleuten und Diplomaten ein Bild über multilaterale Abrüstungsbemühungen machen zu können.

Das Fazit der Analysen und Gespräche: In New York konnte zwar das Schlimmste, der Zusammenbruch des Nichtverbreitungssystems, verhindert werden, ein großer Schritt in Richtung «Global Zero» war jedoch nicht gelungen. Größte Herausforderung für den Fortbestand des Nichtverbreitungsregimes bleiben die iranischen und nordkoreanischen Atomprogramme. Gelingt es nicht, besonders die Verletzung des NVV durch das Mitgliedsland Iran zu verhindern, droht ein neuer atomarer Rüstungswettlauf, vor allem im Mittleren Osten.

Seit Jahren versucht der Westen, das iranische Regime zu überzeugen, das eigene Atomwaffenprogramm zu stoppen. So verabschiedeten sowohl der UN-Sicherheitsrat als auch die USA und die EU verschärfte Sanktionen gegen Teheran. Mit der Unterdrückung der Opposition im Iran nach den Wahlen vom Juni 2009 wurde der Ruf nach einem militärischen Eingreifen insbesondere bei konservativen Politikern in den USA lauter. Um diesem Stimmungstrend entgegenzuwirken, koordiniert unser Büro in Washington gemeinsam mit dem National Security Network die «Iran Advisory Group». In der «Iran Advisory Group» treffen sich mehrmals im Jahr Regierungsvertreter aus den USA und Europa mit Journalisten und Menschenrechtsaktivisten, um über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen im Iran zu beraten; beispielsweise darüber, wie das Regime bei Menschenrechtsverletzungen stärker unter Druck gesetzt und Menschenrechtsaktivisten besser unterstützt werden können. Die Runde entwickelte darüber hinaus Empfehlungen zur Verbesserung der Situation von Tausenden iranischen Flüchtlingen in der Türkei. Auch die Frage, wie der ungehinderte Zugang zu unabhängigen Informationen im Land verbessert werden könne, war Thema einer Diskussion mit iranischen Bloggern und Journalisten, die kurz zuvor aus dem Land fliehen mussten.

Film: «The Green Wave»

Seit vielen Jahren setzen wir uns für Menschenrechte und Demokratie im Iran ein und unterstützen dabei vor allem iranische Oppositionelle im Exil. Im Sommer 2009 ließen die Proteste nach den Präsidentschaftswahlen erstmals für einige Wochen auf große Veränderungen hoffen. Millionen junger Menschen gingen für mehr Demokratie und Freiheit auf die Straße und setzten dabei ihr Leben aufs Spiel. International wurde die «grüne Welle» mit großer Sympathie begleitet. In zahlreichen Städten gab es Solidaritätskundgebungen, über Facebook, Twitter und YouTube konnten die Ereignisse unmittelbar mitverfolgt werden.

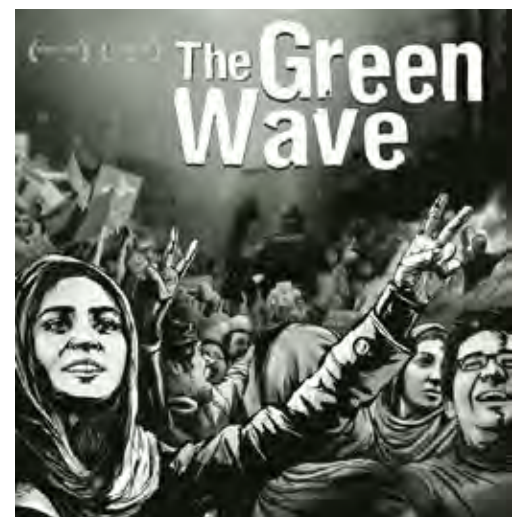
Nach der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste bleibt die Frage, wie die «grüne Bewegung» ihren Kampf weiterführen kann. Der Regisseur Ali Samadi Ahadi wählte dafür die Mittel des Films. In «The Green Wave» dokumentiert er unter Verwendung von Blogeinträgen, Twitter-Nachrichten und Animationsfilmen die Tage vor den Präsidenten-

Aus dem Projekt sind bisher zwei Publikationen entstanden

→ <http://tcf.org/publications/2010/4/pb710>

→ http://boell.org/web/145_679.html

Filmplakat: Dreamer Joint Venture Filmproduktion





Ali Samadi Ahadi erhielt für «The Green Wave» im Dezember 2010 den Deutschen Menschenrechtsfilmpreis. Foto: Stephan Röhl

schaftswahlen, die Proteste nach den Wahlen sowie die gewaltsame Niederschlagung. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat das Projekt mitfinanziert und begleitet den Film mit einer Reihe von Veranstaltungen. Zur Deutschlandpremiere im Oktober 2010 auf dem Filmfest Hamburg z.B. starteten wir gemeinsam mit unserer Hamburger Landesstiftung «Umdenken» eine Diskussionsreihe, die sich mit der Lage im Iran und den aufbrechenden Demokratiebewegungen im Nahen und Mittleren Osten beschäftigt.

Iran-Report

Der von der Heinrich-Böll-Stiftung seit 2002 publizierte, monatlich erscheinende Iran-Report des Autors Bahman Nirumand bietet einen Überblick über die innenpolitische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Iran und die iranische Außenpolitik. Der Iran-Report erscheint als Volltext auf www.boell.de und kann auch kostenfrei abonniert werden.

Berlin: Friedens- und Sicherheitspolitik aus Geschlechterperspektive

Die internationale Friedens- und Sicherheitspolitik hat die Geschlechterperspektive lange ignoriert. Dies änderte sich erst vor gut zehn Jahren, als der UN-Sicherheitsrat im Oktober 2010 die Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit verabschiedete. Seither ist völkerrechtlich geregelt, dass Frauen auf allen Ebenen – in Friedensprozessen, in der Sicherheitspolitik sowie bei der Konfliktbearbeitung vor Ort – angemessen zu beteiligen sind. Die Resolution gilt als Meilenstein im Kampf um Frauenrechte.

Anlässlich des 10. Jahrestages der Resolution zog das Gunda-Werner-Institut (GWI) eine kritische Bilanz. In Kooperation mit dem deutschen Frauensicherheitsrat (FSR) und den 1.000 Friedensfrauen veranstaltete es die Konferenz «Krisen bewältigen, bewaffnete Konflikte beenden», bei der über 200 Expertinnen und Experten aus verschiedenen Weltregionen ihre Erfahrungen mit der (Nicht-)Umsetzung der UN-Resolution 1325 austauschten und Strategien für eine konsequentere Umsetzung entwarfen. Gerade in Deutschland hapert es damit immer noch. Bisher haben von den 192 UN-Mitgliedsstaaten 25 Nationale Aktionspläne entwickelt. Auch die EU hat sich in mehreren Dokumenten zur Umsetzung der Resolution und zu Nationalen Aktionsplänen bekannt. Die deutsche Regierung aber lehnt einen solchen Plan bisher ab. Das GWI arbeitet u. a. mit dem deutschen Frauenrat daran, die Implementierung der Resolution 1325 in Deutschland mittels eines Nationalen Aktionsplans und in der EU voranzutreiben und eine entsprechende Politik zu realisieren.

Gitti Hentschel (links) begrüßt die Teilnehmenden der Konferenz zum 10. Jahrestag der UN-Resolution 1325, auf der auch Frauke Seidensticker (rechts), stellvertretende Vorsitzende Deutsches Institut für Menschenrechte, sprach. Fotos: Stephan Röhl



Leider zeigten die männlichen Vertreter von friedens- und sicherheitspolitischen Institutionen auch im Jubiläumsjahr von 1325 nur wenig Interesse an Genderpolitik. Die alte Trennung bleibt bestehen: genderorientierte Ansätze im NGO-Kontext und Genderblindheit bei Analyse und Strategiebildung in der staatlichen Friedens- und Sicherheitspolitik. Im Sinne von Synergieeffekten, der Bündelung von Ressourcen und für eine nachhaltige Friedenspolitik ist es nötig, sie endlich zu überwinden.

Videomitschnitt der Konferenzbeiträge
→ www.gwi.boell.de

Beispiel Israel: Es gibt auch Erfolge bei der Umsetzung von 1325

Seit 2010 unterstützt das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Israel eine Kampagne der Frauenorganisation «Itach Maaki – Women Lawyers for Social Justice». Ihr Ziel: Die Umsetzung eines Gesetzes zur umfassenden Repräsentation von Frauen in politischen Entscheidungsgremien und Führungspositionen. Bereits im Jahr 2005 hatte das israelische Parlament, ausgehend von der UN-Resolution 1325, ein Gesetz verabschiedet, demzufolge für die Besetzung von politischen Führungspositionen Frauen aus allen Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen sind. Dieses Gesetz wurde zunächst weitgehend ignoriert. Nach dem Zwischenfall auf dem türkischen Schiff «Marvi Marmara» (das Schiff wollte die Blockade des Gaza-Streifens durchbrechen. Beim Entern durch das israelische Militär wurden neun Aktivisten getötet und über vierzig Aktivisten sowie sieben israelische Soldaten verletzt) klagte Itach Maaki im Juli 2010 im Namen einer Koalition von Frauenorganisationen gegen die rein männliche Besetzung des Knesset-Untersuchungsausschusses. Der Oberste Gerichtshof bestätigte den Gesetzesverstoß und verpflichtete die israelische Regierung, fünf Frauen für die Turkel-Kommission (so benannt nach ihrem Vorsitzenden) zu nominieren. Dieses Urteil gilt als Meilenstein für Frauenrechte und Geschlechterdemokratie in Israel. Es hatte eine landesweite Debatte ausgelöst und gezeigt, dass Regierung und Parlament die Gleichberechtigung von Frauen nach Meinung des Obersten Gerichtshofs nicht länger ignorieren dürfen.

Im August 2010 setzte sich Itach Maaki erfolgreich dafür ein, dass Ministerpräsident Netanyahu eine Frau in die Delegation für die direkten Friedensgespräche mit den Palästinensern aufnimmt. Nächstes Kampagnenziel ist die Forderung von Knesset-Abgeordneten, auch bei der Neubesetzung von Botschafterposten Frauen zu berücksichtigen.

Pakistan und Indien: Ein Fahrplan für den Frieden

Seit dem Ende der britischen Kolonialzeit gestalten sich die bilateralen Beziehungen zwischen Pakistan und Indien problematisch, was bereits vier Kriege zur Folge hatte. Nur wenige regionale Konflikte waren von so langer Dauer wie der indisch-pakistanische, der sich vor allem auf das umstrittene Gebiet von Jammu und Kaschmir konzentriert. In Kooperation mit den Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Neu Delhi und Lahore kamen im Januar 2010 auf Initiative indischer und pakistanischer Nichtregierungsorganisationen zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft beider Länder auf einer Friedenskonferenz zusammen. Erstmals nach Abbruch der offiziellen Friedensverhandlungen zwischen Indien und Pakistan nach den Terroranschlägen von Mumbai im Jahr 2008 saßen wieder Repräsentanten beider Seiten an einem Tisch. Die Vertreter beider Länder wollen sich künftig für eine dauerhafte und nachhaltige indisch-pakistanische Friedenslösung einsetzen und ihre Regierungen kontinuierlich zum erneuten Dialog mit dem Nachbarland auffordern. Direktes Ergebnis war die Verabredung zu einer Konferenz im Herbst 2010, die sich infolge der schrecklichen Flutkatastrophe in Pakistan dem Thema Klimawandel widmete (siehe S. 9).



Teilnehmerinnen der indisch-pakistanischen Friedenskonferenz in Delhi Foto: Heinrich-Böll-Stiftung



Foto: Graham Girard

Investieren in die Zukunft – die Transformation unserer Wirtschaft

Unsere bisherige Art zu wirtschaften bedroht nicht nur Klima und Umwelt, sondern auch Wohlstand und Zivilisation. Probleme wie klimaschädliche Kohlendioxid-Emissionen, die Verknappung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit und soziale Spaltung gefährden unsere Zukunft. Wir müssen daher in den kommenden Jahren umsteuern. Um Wohlstand für alle – in Deutschland wie im Rest der Welt – zu ermöglichen, müssen wir die Industriegesellschaft umbauen und unseren Lebensstil ändern. Wir brauchen eine nachhaltige Form des Wirtschaftens, einen neuen Gesellschaftsvertrag, einen Green New Deal für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

An vielen Orten gibt es schon Initiativen und praktische Ansätze für ökologisch-soziales Wirtschaften. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt diesen Prozess. Wir bieten ein Forum für Menschen, die sich für eine ökologische Transformation einsetzen, schmieden neue Allianzen und geben Studien in Auftrag, wie der Umstieg in eine nachhaltige Wirtschaft gelingen kann.

«Green New Deal» – Grüne Antworten für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Im April 2010 startete die Heinrich-Böll-Stiftung in Köln eine bundesweite Diskussionsreihe zum «Green New Deal». Zusammen mit unseren 16 Landesstiftungen führten wir über 30 Veranstaltungen durch. Dabei standen die Transformation von Wirtschaft und Industrie, die nachhaltige Zukunft der Städte sowie Fragen zu Wohlstand, Wachstum und Gemeingütern im Mittelpunkt der Diskussion. Insbesondere die Debatte um die Transformation der Automobilindustrie und damit verbundene neue Mobilitätskonzepte stießen auf großes Interesse. Einerseits existieren große Ängste vor Arbeitsplatzverlusten. Denn die Produktion von Elektroautos benötigt deutlich weniger Einzelkomponenten und damit auch Arbeitsplätze als die eines herkömmlichen Autos mit Verbrennungsmotor. Das verunsichert viele Menschen, die in der Automobilindustrie und bei deren Zulieferern arbeiten. Andererseits bietet die Mobilität von morgen viele neue Kombinationen von verschiedenen Verkehrsmitteln und Angeboten, die wir heute kaum erahnen können. Das macht neugierig.

Alle unsere Aktivitäten zum Thema «Green New Deal» sind auf der Website www.boell.de/greennewdeal gebündelt. Die Seite ist im deutschsprachigen Internet eine der führenden Informationsquellen und wird kontinuierlich mit Hintergrundinformationen bereichert.



→ www.boell.de/greennewdeal

Berlin: Internationale Konferenz «Die große Transformation – Greening the Economy»

Im Zentrum dieser internationalen Konferenz standen zwei große Themen: «Smart Policies» und «Smart Technologies». Es ging zum einen also um politische Rahmenbedingungen und regulative Instrumente, zum anderen um die Leittechnologien und Schlüsselprojekte für die ökologische Wende. Mitveranstalter waren u. a. der Obama-nahe Think-Tank «Center for American Progress» aus Washington D.C. und die deutsche Stiftung Mercator. Die Konferenz konnte live über Twitter und einen Online-Feed verfolgt und in einem eigens eingerichteten Blog kommentiert werden.

Die Teilnehmenden waren sich angesichts des gescheiterten Kopenhagener Klimagipfels alle einig, dass die Festlegung verbindlicher Ziele durch den UNFCCC-Prozess (Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen) weiterverfolgt werden müsse. Zugleich sei aber auch die Ökologisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Die 80 Referentinnen und Referenten aus Politik, Wirtschaft, NGOs und Wissenschaft stritten darüber, wie die bestehende Dynamik grüner Technologien und Politikinstrumente auch ohne ein absehbares globales Klimaabkommen aufrechterhalten und beschleunigt werden kann. Dabei betonte Renate Künast, Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, dass es nicht darum gehe, eine abgegrenzte «grüne Industrie» oder «grüne» Arbeitsplätze zu schaffen, sondern vielmehr darum, alle Sektoren zu reformieren und alle Jobs zu «grünen Jobs» zu machen.

Wie allumfassend die «große Transformation» sein wird, zeigte sich in der Diskussion um die Notwendigkeit neuer Allianzen: Jérôme Ringo von der Apollo Alliance plädierte dafür, «die Armen, die Mittelschicht, die Weißen, die Schwarzen und die Reichen» für die grüne Bewegung zu gewinnen, und stellte seine Initiative vor, die bereits mit Bürgerrechtsverbänden, religiösen Gruppen und Gewerkschaften zusammenarbeitet. Michael Sommer vom Deutschen Gewerkschaftsbund forderte auch für Europa ein Bündnis der Umwelt mit den Industrie- und Arbeiterorganisationen, nach dem Vorbild der ebenso vertretenen Blue Green Alliance aus den USA. Video- und Audiomitschnitte der Konferenz finden Sie unter www.boell.de.



Jérôme Ringo, Präsident der Apollo Alliance für Umweltschutz, plädiert für breite Bündnisse. Links: Cem Özdemir, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. Foto: Stephan Röhl



Frank-Walter Steinmeier und Ralf Fücks auf der Konferenz «Die große Transformation» Foto: Stephan Röhl

Berlin: Strategiepapier «Nachhaltig aus der Krise»

Knappe öffentliche Kassen und ein bedrohlicher Klimawandel – es braucht eigentlich keine weiteren Gründe für eine ökologische Steuerreform. Dies wäre ein wichtiger Schritt beim Umbau unseres Wirtschaftssystems und bei der Sanierung der Haushalte. Doch stattdessen sinkt der Anteil der umweltbezogenen Abgaben am gesamten Steueraufkommen seit Jahren. Mit dem Strategiepapier «Nachhaltig aus der Krise», das im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft erstellt wurde, konnten wir zeigen, wie mit Ökosteuern kurzfristig Milliardenereinnahmen nicht nur sozial-, sondern auch wirtschaftsverträglich erzielt werden können. Das Papier liefert Ideen, wie die milliardenschweren Konjunkturprogramme gegenfinanziert und nachhaltige Lenkungseffekte für ein ökologisches Verbraucherverhalten sowie eine zukunftsweisende Klimapolitik gefördert werden könnten.

Wir diskutierten die Studie u. a. mit Vertreterinnen und Vertretern von Umweltverbänden, der Finanzbranche und mit Finanzwissenschaftlern. Dabei wurde deutlich: Die Vorschläge des Strategiepapiers sind fast noch zu bescheiden. Wir stehen vor einer finanzpolitischen Herausforderung, die dramatisch und präzedenzlos ist und deshalb außerordentliche Maßnahmen erfordert. Jede künftige Regierung wird sich diesen Herausforderungen stellen und Kompromisse eingehen müssen, um diese Probleme zu bewältigen. Gründe genug also, dem Thema und den Fragestellungen auch in Zukunft viel Aufmerksamkeit zu schenken. Einen animierten Kurzfilm zur ökologischen Steuerreform haben wir unter www.boell.de und bei Youtube eingestellt.

Modelle zur Finanzierung des ökologischen Wandels

Der ökologische Wandel wird nicht ausschließlich vom Staat finanziert werden können. Angesichts wachsender Verschuldung der öffentlichen Haushalte wird der Löwenanteil der Gelder wohl aus privaten Quellen kommen. Pensionsfonds, Versicherungen, Banken und Privatanleger müssen in die notwendige Transformation investieren. Einen «Fahrplan» zur Mobilisierung privaten Kapitals hat Raymond van Ermen entworfen, Direktor der European Partners for the Environment, ein Forum, das die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft fördert. Seine Kernthese: «Keine grüne Wirtschaft ohne eine grüne Vorreiterrolle der Banken.» Er sieht den europäischen Finanzsektor in der Pflicht, hier eine Führungsrolle einzunehmen. Dafür muss sich das Geschäftsmodell der Banken allerdings gewaltig ändern. Die Thesen van Ermens waren Diskussionsgrundlage eines Fachgesprächs der Heinrich-Böll-Stiftung im Januar 2010. Dabei ging es vor allem um die Bedeutung nachhaltiger Finanzprodukte für den Aktienmarkt, die Kreditvergabe und die staatlich subventionierte Altersvorsorge. Das entsprechende Potenzial ergibt sich u. a. aus der derzeitigen Situation des Finanzmarktes: In Deutschland sind ca. 50% des Kapitals festverzinslich angelegt. Ein großes Kapitalvolumen also, dem bisher nur wenig nachhaltige Anlageprodukte gegenüberstehen – obwohl ca. die Hälfte der Anleger ein starkes Interesse an nachhaltigen Finanzprodukten bekundet. Eine zentrale Rolle kommt dabei der Einführung allgemeiner und verbindlicher Kriterien für nachhaltige Finanzprodukte zu. Die Teilnehmenden waren sich weitestgehend einig, dass deren Einführung für alle wünschenswert sei. Umfang und Ausgestaltung derartiger Kriterien in Form von Labels wurden kontrovers diskutiert.



Nachhaltig aus der Krise. Ökologische Finanzreform als Beitrag zur Gegenfinanzierung des Krisendefizits
Von Damian Ludwig, Bettina Meyer und Kai Schlegelmilch. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2010, 64 Seiten

Finanzierung nachhaltiger Entwicklung. Ein Überblick über die Situation nachhaltiger Geldanlagen in Deutschland
Von Antje Schneeweiß. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2010, 32 Seiten

Kommunalpolitischer Bundeskongress: Auf dem Weg zur grünen kommunalen Mehrheitspartei?

Für einen «Green New Deal» braucht es grünes Regieren. Eine besondere Herausforderung für die Grünen, gerade in den Kommunen, in denen es auf Bürgernähe ankommt, wo aber von den Regierenden auch verlangt wird, eine Position der Gesamtverantwortung für die Stadt oder die Gemeinde zu entwickeln und zu vertreten. Was heißt das in einer Zeit, in der die Finanzkrise politisches Handeln auf lokaler Ebene erschwert hat? Was heißt das, wenn von den Kommunen erwartet wird, dass sie Vorreiter im Klimaschutz sind, während sie dafür weder von den Kompetenzen her noch finanziell ausgestattet sind? Um Fragen wie diese ging es auf dem zweiten kommunalpolitischen Bundeskongress der Heinrich-Böll-Stiftung im Juni 2010 in Berlin.

Ein Höhepunkt des Kongresses war die indirekte Debatte zwischen Renate Künast, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, und Steffi Lemke, politische Bundesgeschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen, über die Grünen als kommunale «Mehrheitspartei» bzw. «Volkspartei». Während Steffi Lemke sich in ihrer Begrüßung skeptisch zur Anwendung von Begriffen wie «Mehrheitspartei» bzw. «Volkspartei» auf die Grünen äußerte («Wir sind nicht dafür gewappnet, Mehrheitspartei zu sein»), verteidigte Renate Künast am zweiten Tag explizit den Anspruch der Grünen, eine neue Volkspartei zu sein. Den Begriff der Volkspartei müssten die Grünen aber neu interpretieren: Es könne nicht um die Vertretung sektoraler bzw. von Klientel-Interessen gehen; die Grünen müssten vielmehr glaubwürdig dafür stehen, dass sie «Politik fürs Ganze» machen.

Der kommunalpolitische Bundeskongress ist für die grüne Community ein wichtiger Ort für den Austausch und die Weiterentwicklung grüner Kommunalpolitik geworden. Fortsetzung folgt im Jahr 2012.



Shared Space. Beispiele und Argumente für lebendige öffentliche Räume

Hrsg. von Cornelius Bechtler, Anja Hänel, Marion Laube, Wolfgang Pohl, Florian Schmidt und der Zeitschrift Alternative Kommunalpolitik (AKP). In Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung u. a. Bielefeld 2010, 218 Seiten, 15,- Euro

Illustration: Bianca Schaalberg





Foto: dpa

Demokratie fördern, Menschenrechte durchsetzen

Der demokratische Aufbruch in vielen Ländern Nordafrikas und des Mittleren Ostens macht Hoffnung. Vor allem junge Menschen sehnen sich nach Freiheit und mehr Selbstbestimmung. Doch der Aufbau demokratischer Institutionen und einer handlungsfähigen Zivilgesellschaft steht erst am Anfang, und es besteht die Gefahr, dass dieser Prozess ins Stocken gerät. Gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern treiben wir Demokratie und politische Partizipation voran und fördern gesellschaftliche Emanzipationsprozesse. Dabei ist uns die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Frauen ein besonderes Anliegen. Darüber hinaus kämpfen wir gegen die Diskriminierung von Lesben, Bisexuellen, Schwulen und Transgender (LGBT). In vielen Regionen der Welt arbeiten wir mit mutigen Partnerinnen und Partnern zum Schutz sexueller Minderheiten zusammen. Wir wollen Geschlechterthemen politisieren, Kräfte bündeln, vorhandene Netzwerke ausbauen und neue erschließen. Dafür haben wir entsprechende Programme in allen Regionen der Welt aufgelegt.

Afghanistan: Vertrauen in die Institutionen stärken

Mit den Wahlen in Afghanistan, dem Strategiewechsel in der US-Afghanistanpolitik und mit Blick auf die in Deutschland geführte Debatte zum zivilen und militärischen Engagement stand Afghanistan auch 2010 im Fokus der Stiftungsarbeit. Den Londoner Afghanistan-Gipfel haben wir mit zwei Abendveranstaltungen begleitet. Und im Web-Dossier beleuchten Beiträge aus der Region, Deutschland und den USA die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan.

Doch nicht nur in Deutschland sind wir aktiv, auch in Afghanistan selbst. Fernab der Zentralregierung in Kabul ist vielen Afghanen gar nicht klar, wie staatliche Institutionen überhaupt funktionieren. The Liaison Office (TLO), mit dem die Heinrich-Böll-Stiftung in Afghanistan seit 2003 zusammenarbeitet, will insbesondere die junge Generation stärker mit demokratischen Verfahren und administrativen Prozessen vertraut machen. Im Jahr 2010 ermöglichte das TLO für Schülerinnen und Schüler im Südosten des Landes – in Paktia, Khost und Nangahar – Besuche bei der Zollbehörde, der Gesundheitsverwaltung und der örtlichen Niederlassung des Ministeriums für Frauenangelegenheiten. In allen drei Provinzen verfügt TLO über hervorragende Kontakte in traditionelle wie demokratische Strukturen. Die Beamtinnen und Beamten zeigten sich den Fragen und Diskussionen der Schüler gegenüber äußerst aufgeschlossen. Doch selbstverständlich ist der Erfolg eines solchen Projektes nicht: «Trotz intensiver Verhandlungen mit Behörden und Schulen war es schwierig, die Besuche zu ermöglichen», so ein Vertreter von TLO. Staatliche Institutionen gelten insbesondere im Südosten des Landes als bevorzugte Anschlägeziele. Auch zögern viele Familien, ihre Mädchen außerhalb eines als geschützt geltenden Umfelds zu schicken. Doch die positive Resonanz wird hoffentlich weitere Programme dieser Art ermöglichen. Neben der Arbeit vor Ort versuchen wir die Friedenssicherung in Afghanistan auch in regionale Friedens- und Stabilisierungsinitiativen einzubetten.

Pakistan: Ein Land in der Krise

Im Sommer 2010 wurde der Nordwesten Pakistans von einer Flutkatastrophe heimgesucht, die mehr als 1.500 Todesopfer forderte und Millionen von Menschen zu Binnenflüchtlingen machte. Die Folgen dieser Naturkatastrophe waren auch Monate danach unabsehbar. Im November 2010 zog die Heinrich-Böll-Stiftung mit Gästen aus Pakistan sowie Vertreterinnen und Vertretern deutscher Hilfsorganisationen eine erste Bilanz. Alle Podiumsgäste waren sich einig, dass Pakistan zwar große Anstrengungen unternommen habe, die Spendengelder schnell an ihren Bestimmungsort zu bringen. Gleichzeitig erschwerten überkommene und korrupte Verwaltungsstrukturen, ein übermächtiger Militärapparat und das große Armuts- und Entwicklungsgefälle zwischen Stadt und Land die zügige Abwicklung über zivile Verwaltungen. Auch in Islamabad fand mit Unterstützung unseres Büros in Lahore eine internationale Konferenz zur Flutkatastrophe und den Folgen des Klimawandels statt. Leider bedurfte es erst einer Jahrhundertflut, um das Thema in Pakistan ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen (siehe S. 9).

Um den unmittelbar Betroffenen zu helfen, unterstützten wir ein Projekt in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa an der Grenze zu Afghanistan, das von einem Konsortium von NGOs unter Federführung des Noor Education Trust in Peshawar durchgeführt wurde. 1.200 Familien konnten so mit Grundnahrungsmitteln und Hygieneartikeln versorgt werden. Unsere Partnerorganisation Takhleeq Foundation konzentrierte sich auf Hilfeleistungen in der stark betroffenen Region Qamber-Shahdatkot. Detaillierte Berichte zu den einzelnen Projekten gibt es auf der Website unseres Büros in Lahore unter www.pk.boell.org.



Abgeordnete in Afghanistan – Konflikte, Kompromisse, Kollaborationen

Von Andrea Fleschenberg. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2010, 176 Seiten

Die Studie bietet Einblick in das Selbstbild und die Rolle der Frauen im Parlament und gibt wertvolle Hinweise darauf, in welcher Form die parlamentarische Arbeit künftig unterstützt werden könnte.



Die pakistanische Abgeordnete Shahgufta Malik und Muhammad Idrees Kamal, Direktor der Gemeindeorganisation Citizen Rights and Sustainable Development (CRSD), beide aus der überfluteten Provinz Khyber Pakhtunkhwa, wiesen auf die bleibende Not des Landes in den kommenden Jahren hin.

Verdrängung und Vielfalt – Pakistan vor dem Zerfall

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2010, 192 Seiten

Dossier: Berichte und Analysen zur Lage in Pakistan

→ www.boell.de

Pakistan stand auch vor der Flutkatastrophe bereits im Fokus der Weltöffentlichkeit. Es gilt als das «gefährlichste Land der Welt», als Zufluchtsort für Taliban und Al-Qaida. Dennoch gibt es auch viele Hoffnungsträger, die sich unermüdlich für Demokratie und Menschenrechte engagieren, oftmals unter großen Gefahren. Ein Bild der vielschichtigen politischen Prozesse und gesellschaftspolitischen Herausforderungen Pakistans vermittelt der Sammelband «Verdrängung und Vielfalt – Pakistan vor dem Zerfall». Pakistanische Autorinnen und Autoren analysieren darin Defizite und Schwächen des Systems und formulieren Ideen für eine demokratischere und friedlichere Zukunft Pakistans.

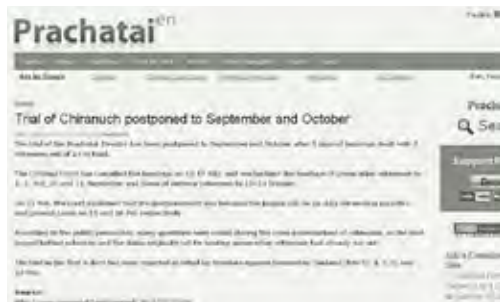
Neuland haben wir mit der «Indo-Pakistan Peace Conference – A Roadmap towards Peace» betreten, die in Delhi stattfand. Hier agierte die Stiftung als Brückenbildnerin für einen verstärkten Austausch und für Vertrauensbildung zwischen den Zivilgesellschaften beider Länder. Herausgekommen ist eine von vielen Organisationen beider Länder unterzeichnete Friedensdeklaration. Die Konferenz fand ein überwältigendes Presseecho in der Region.

Thailand: Kontrolle und Zensur von Onlinemedien

Mit der Verschärfung des politischen Konflikts lässt sich in Thailand eine Zunahme der Kontrolle und Zensur von Online-Medien feststellen. Um die Freiheit der Medien zu sichern und eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Informationen zu erreichen, setzt sich die Heinrich-Böll-Stiftung in Thailand für entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen ein. Im Jahr 2010 unterstützten wir eine Studie des iLaw Project zur missbräuchlichen Anwendung des Computerkriminalitätsgesetzes (2007). Die Studie wertete Gerichtsurteile aus, die zur Schließung von Webseiten und zur Anklage von Internetnutzern bzw. Betreibern von Internetseiten geführt haben. Das Ergebnis: Seit 2007 wurden ca. 75.000 Internetseiten auf Grundlage des Computerkriminalitätsgesetzes gesperrt.

Wir unterstützen darüber hinaus die unabhängige Netzzeitung Prachatai. Sie konzentriert sich auf Nachrichten, die von den herkömmlichen Medien nicht publiziert werden. Die Stiftung untersuchte in Zusammenarbeit mit Prachatai die Auswirkungen der politischen Krise des Jahres 2010 auf die neuen Medien. Die Ergebnisse sind in dem Buch «New Media – Born to Be Democracy» veröffentlicht.

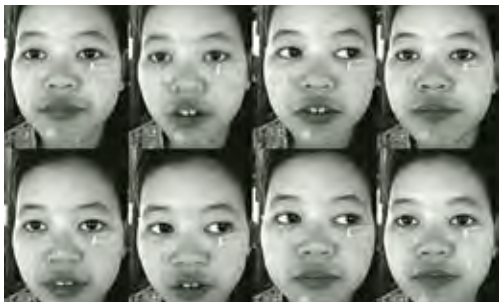
Chiranuch Premchaiporn, die Direktorin von Prachatai, wurde im September 2010 bei ihrer Rückkehr von einer internationalen Konferenz zum Thema Freiheit im Internet bereits zum zweiten Mal festgenommen. Ihr wird ein Verstoß gegen das Computerkriminalitätsgesetz bzw. Majestätsbeleidigung vorgeworfen. Die Entkriminalisierung von Netzaktivist/innen ist und bleibt ein Thema der Heinrich-Böll-Stiftung.



Screenshot: Das Netzportal Prachatai steht für unabhängige Nachrichten.

Burma: Unterstützung für Studierende, Künstlerinnen und Künstler

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt in Burma (Myanmar) zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für Demokratie und eine pluralistische Gesellschaft einsetzen. Herzstück des Programms sind Studienstipendien. Sie ermöglichen engagierten jungen Menschen aus Burma ein Master-Studium an thailändischen Universitäten. Über ein Alumni-Netzwerk und regelmäßige Treffen bleiben die Stipendiatinnen und Stipendiaten in Kontakt und nehmen an Weiterbildungsmaßnahmen und internationalen Konferenzen teil. Das Stipendienprogramm hilft, hochqualifizierte Arbeitskräfte auszubilden und einer Abwanderung von qualifizierten jungen Menschen aus Burma entgegenzuwirken.



Künstlerin Tun Win Aung erklärt in einer Ausstellung zu zeitgenössischer Kunst aus Burma «How Our Education Is Done!»

Darüber hinaus unterstützt die Stiftung auch Kunstschaffende und Filmemacher in Burma. Wir ermöglichen ihnen den Austausch mit internationalen Künstlerinnen und Künstlern sowie die Teilnahme an Workshops, Gruppenausstellungen und Festivals in Asien und Europa. So präsentierten wir am 11. November in einem Berliner Kino ausgewählte Dokumentarfilme junger burmesischer Regisseure. Die Filme entstanden in der Yangon Film School (YFS), einer Nichtregierungsorganisation, die seit 2005 junge talentierte Frauen und Männer aus Burma ausbildet. Geleitet wird die Filmschule von der in Berlin ansässigen Filmemacherin Lindsey Merrison. Jedes Jahr bringt die YFS (seit 2007 mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung) für mehrere Monate professionelle internationale Filmemacherinnen und Filmemacher mit Nachwuchstalenten aus allen Teilen Burmas in Yangon zusammen. In zahlreichen Kursen wird die gesamte Bandbreite der Filmkunst, vom Drehbuchschreiben bis hin zum Schnitt, vermittelt. Bereits mehr als 30 junge Menschen wurden seither in der Filmschule als Dokumentarfilmer ausgebildet und über 35 Kurzfilme produziert, die auf Filmfestivals in der ganzen Welt zur Aufführung gelangten.

Die Filme der YFS sind auf DVD entweder über den Verleih Documentary Educational Resources (www.der.org, Kontakt: docued@der.org) oder bei der YFS direkt erhältlich (Kontakt: merrison@aol.com).

China: Studie über die China-Berichterstattung in den deutschen Medien

Wie Medien über ein Land berichten, prägt die öffentliche Wahrnehmung von diesem Land ganz entscheidend. Welches Thema wird für die Berichterstattung ausgewählt, was wird weggelassen, welche Stereotypen werden transportiert? China ist durch seinen wirtschaftlichen Aufstieg, seinen Umgang mit ethnischen Minderheiten, die Olympischen Spiele in Peking und den Auftritt auf der Frankfurter Buchmesse seit einigen Jahren ein Topthema in den deutschen Medien. Mit der Studie «Die China-Berichterstattung in deutschen Medien» hat die Heinrich-Böll-Stiftung die Berichterstattung selbst zum Thema gemacht. Die im Juni 2010 erschienene Studie wurde von Carola Richter und Sebastian Gebauer vom Fachbereich Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Erfurt im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung erstellt. Die beiden Autoren untersuchten die Art und Weise, wie in acht deutschen Leitmedien im Jahr 2008 über China berichtet wurde. Die Studie führte zu einer kontroversen Diskussion über Medienfreiheit, vor allem in China selbst. Das Interesse der dortigen Medien war groß. Zunächst versuchten sie, die Studie propagandistisch für sich zu instrumentalisieren: Man habe schon immer von der Chinafeindlichkeit der westlichen Medien gewusst. Erfreulicherweise löste die Studie aber auch eine Debatte zur Medienvielfalt versus Propagandaberichterstattung aus. In mehreren großen chinesischen Zeitungen erschienen Beiträge zur Rolle der chinesischen Medien. Ein großer Erfolg war das zweiseitige Dossier in der Kantoner überregionalen Wochenzeitung *Time Weekly* (Shidai Zhoubao) am 8. Juli. Dort forderten zwei kritische chinesische Medienproduzenten u. a. einen Paradigmenwechsel chinesischer Außendarstellung. Statt Propaganda sollte Kommunikation stattfinden und seriöse Berichterstattung mit ungehinderter Recherche möglich sein.

Einige deutsche Korrespondenten kritisierten die Studie. Die Studie wiederum nimmt im Ergebnis die deutschen Medien gegen den Generalvorwurf des China-Bashings eher in Schutz und arbeitet die Schattierungen erkenntnisgeleiteter Recherche heraus. Die in China und Deutschland ausgelösten Debatten zeigen: Es ist ein wichtiges Thema, und die differenzierten Ergebnisse konnten im Dialog gut transportiert werden.

Internetspecial: Wahlen in Burma
→ www.boell.de/weltweit/asien



Vorstandsmitglied Barbara Unmüßig möchte eine Rationalisierung der emotionalen Debatte. Foto: Stephan Röhl



Die Ko-Autorin der Studie: Medienwissenschaftlerin Carola Richter (Universität Erfurt) Foto: Stephan Röhl

Die China-Berichterstattung in den deutschen Medien
Eine Studie von Carola Richter und Sebastian Gebauer. Mit Beiträgen von Kai Hafez und Thomas Heberer. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin 2010, 304 Seiten

Fachgespräch: Die Rolle der Anwälte in der chinesischen Gesellschaft

Im Mai 2010 organisierte die Heinrich-Böll-Stiftung ein Fachgespräch mit Zhang Sizhi (Petra-Kelly-Preisträger 2009) und Xia Lin zum Thema «Die Rolle der Anwälte in der chinesischen Gesellschaft». Unsere chinesischen Gäste diskutierten mit Vertreterinnen und Vertretern des deutschen Anwaltsvereins, der Rechtsanwaltskammer, des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums der Justiz, des BMZ und der Freien Universität zu Berlin über die Unabhängigkeit der chinesischen Justiz sowie über den Wissenstransfer in westliche Provinzen.

Frankfurter Buchmesse – Argentinien im Fokus

Auf der Frankfurter Buchmesse im Oktober 2010 präsentierte Argentinien als Ehrengast seine enorme kulturelle und intellektuelle Vielfalt. Die Heinrich-Böll-Stiftung ergänzte das offizielle Programm mit Debatten zu aktuellen und kontroversen Fragen, die sonst nicht thematisiert worden wären: In Berlin befasste sich eine mit Richter Daniel Rafecas, Anwalt Rodolfo Yanzón, Journalist Horacio Verbitsky und Anwalt Wolfgang Kaleck prominent besetzte Runde mit den politischen Rahmenbedingungen und Folgen der nun in Argentinien mit politischem Rückenwind durch die Regierung begonnenen Verfahren gegen die Verbrechen der Diktatur 1976–1983.

Mit der Vorstellung der in Deutschland und Argentinien herausgegebenen Publikation «Argentina Copyleft!» knüpfte die Stiftung an die bereits auf der letzten Buchmesse virulenten Urheberrechtsdiskussionen an. Die argentinischen Podiumsgäste gaben Einblick in die Auseinandersetzungen in Argentinien, wo ein äußerst restriktives Urheberrecht konträr zur neuen Regierungsstrategie der demokratischen und sozialen Teilhabe den Zugang zu Wissen und Bildung einschränkt.

Um das neue Mediengesetz ging es in einer Veranstaltung mit Mateo Gómez vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk Argentiniens (RTA). Das Gesetz sieht eine Entmonopolisierung des Medienmarktes vor und ist in einem beispielhaften zivilgesellschaftlichen Diskussionsprozess über fast zwei Jahre hinweg erarbeitet worden.

Zum Abschluss unseres Buchmessen-Programmes präsentierten wir einen Dokumentarfilm von Osvaldo Bayer, Mariano Aiello und Kristina Hille über die Geschichte der indigenen Bevölkerung Argentiniens. Der Film, der bereits 2009 vom Stiftungsbüro in Santiago gefördert worden war, wurde in Frankfurt von Osvaldo Bayer selbst präsentiert und hat mittlerweile in Argentinien neben einer unerwartet großen und positiven Resonanz eine Diskussion über die verschwiegene indigene Vergangenheit Argentiniens entfacht. Der Film wird künftig auch in einer speziellen Fassung als Schulmaterial im Geschichtsunterricht verwendet werden.

Washington: Analyse des Haushaltsantrages zu Demokratieförderung, Menschenrechten und Regierungsführung

Ein wichtiges Ziel westlicher Entwicklungspolitik ist es, die Demokratie zu fördern und den Menschenrechten zur Durchsetzung zu verhelfen. Aber in welchem Umfang stellt der Westen dafür finanzielle Mittel zur Verfügung? Und wohin fließt das Geld? Das US-amerikanische «Project on Middle East Democracy» (POMED) erstellt jedes Jahr eine Analyse des Haushaltsantrags des Weißen Hauses. Dabei werden vor allem die beantragten Summen für Demokratieförderung, Regierungsführung und Menschenrechte im Nahen Osten untersucht. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt dieses Projekt nicht nur, um für die Haushaltsverhandlungen im US-Kongress Transparenz über Zahlen zu schaffen und Abgeordnete wie auch Expertinnen und Experten über Trends und Veränderungen zu



«Argentina Copyleft!»: Medienwissenschaftlerin Beatriz Busaniche und Michael Álvarez, Leiter des Stiftungsbüros in Santiago de Chile, stellen die Publikation auf der Buchmesse vor. Foto: Heinrich-Böll-Stiftung



Argentina Copyleft! Neue Spielregeln für das digitale Zeitalter? Ein Blick nach Argentinien
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2010, 104 Seiten

informieren. Das Stiftungsbüro sucht auch den Austausch mit den Betroffenen: Im Mai 2010 diskutierten Vertreter der Stiftung und POMED anlässlich des aktuellen Berichtes mit zivilgesellschaftlichen Aktivisten in Kairo westliche Demokratieförderung und Menschenrechtspolitik. Seit November 2010 haben die Republikaner im amerikanischen Repräsentantenhaus die Mehrheit. Ihre Abgeordneten, insbesondere diejenigen, die der Tea-Party-Bewegung nahestehen, haben bereits mit umfangreichen Kürzungen der Finanzhilfen gedroht. Die Revolutionen in den arabischen Ländern werden das Ihrige tun, um die Debatte über westliche Demokratieförderung zu intensivieren.

Berlin: Palästina und die Palästinenser 60 Jahre nach der «Naqba»

Die Gründung des Staates Israel erbrachte dem jüdischen Volk eine Heimstatt, aber rund 800.000 Palästinenser mussten im Krieg 1948/49 ihre Heimat verlassen. Die Flüchtlinge der «Naqba» (Katastrophe) und ihre Nachkommen leben seitdem in der Westbank und im Gaza-Streifen, in den arabischen Staaten des Mittleren Ostens und verstreut in der ganzen Welt. Ihre Zahl wird auf mindestens vier bis fünf Millionen geschätzt.

Die geographische und soziale Fragmentierung des palästinensischen Volkes ist im Wesentlichen eine Folge des Nahostkonflikts. Die Palästinenser sind heute gespalten und politisch gelähmt. Auf einer zweitägigen Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung diskutierten internationale Fachleute, warum die Palästinenser in diese Lage geraten sind und welche politischen Perspektiven sich zeigen.

John Ging, Leiter der UNWRA (United Nations Work and Relief Agency) in Gaza hoffte, dass der Druck der palästinensischen Bevölkerung die Spaltung überwinden helfe, und riet ihrer Führung, das Zaudern und Taktieren rasch zu beenden. Der Politologe Ali Jarbawi, derzeit Planungsminister der Palästinensischen Autonomiebehörde, gab hingegen «externen Faktoren» die Schuld für den innerpalästinensischen Zwist. «Wir tragen daran nicht allein die Schuld. Auch die internationale Gemeinschaft und Israel sind zu einem großen Teil verantwortlich.» Sie kontrollierten nicht nur die Finanzen der Autonomiebehörde, sagte Jarbawi, sondern hätten auch zu dem Stillstand im Friedensprozess beigetragen.

Den größten Preis für die politische Blockade zahle die Bevölkerung des Gaza-Streifens, wie John Ging bezeugte. Die Blockade des Gaza-Streifens richte heute den größten Schaden an, verschärft noch durch die politische Spaltung der Palästinenser. Von Jahr zu Jahr gebe es mehr Extremismus und Intoleranz, sagte Ging, und von einigen werde dies durchaus bewusst vorangetrieben. Welche Auswege aus der festgefahrenen Situation sind nun denkbar? Helga Baumgarten von der Bir Zeit Universität setzte auf den Druck aus der Bevölkerung, einen Ausgleich zu finden. Ging pochte auf die strikte Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien («Rule of Law») in dem Konflikt – eine Mahnung vor allem an Israel, die Blockade Gazas und auch den Siedlungsbau zu beenden. Es brauche «Demonstrationen guten Willens» und ein Ende der alltäglichen Willkür und Verantwortungslosigkeit, um wieder Bewegung in den Konflikt zu bringen. Ali Jarbawi schloss mit den hoffnungsvollen Worten: «Wenn es morgen einen konkreten Lösungsplan gäbe, würde ihm eine Mehrheit der Palästinenser in der Westbank, in Gaza und in Jerusalem zustimmen.»



Podiumsdiskussion der Heinrich-Böll-Stiftung Nordamerika und des Carnegie Endowment for International Peace mit Menschenrechtsaktivisten aus Nahost im Mai 2010 in Kairo Foto: Heinrich-Böll-Stiftung



John Ging, Leiter der UNWRA, auf der Fachtagung zur Transformation Palästinas Foto: Stephan Röhl

Dossier zur Konferenz in engl. Sprache

→ www.boell.de

Die Konferenzbeiträge werden mit zusätzlichen Artikeln, Kommentaren und Analysen im Jahr 2011 als «Lesebuch Palästina» erscheinen.

Palästinensische Gebiete: Drei Projekte zur Stärkung der Frauen

Einsatz für die Rechte geschiedener Frauen

Im Gaza-Streifen unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung ein sehr erfolgreiches Projekt des Center of Women Legal Research and Counseling (CWLRC), ein Netzwerk von Frauenorganisationen, das sich für die Rechte geschiedener Frauen einsetzt. Erste Erfolge waren bereits mit der Freigabe von Unterhaltsgeldern erzielt worden. Es konnten auch verbesserte Besuchsrechte für Kinder, die in Obhut des Vaters sind, durchgesetzt werden. Nun geht es darum, Frauen zu unterstützen und ihre manchmal prekäre Lage öffentlich zu machen.

Gender Budgeting und Gender Mainstreaming

In einem gemeinsamen Projekt mit der GIZ und der palästinensischen Nichtregierungsorganisation Miftah arbeiten wir daran, die öffentlichen Haushalte in zwei Kommunen der palästinensischen Westbank (Bir Zeit, nördlich von Ramallah, und Halhul im Süden) künftig gendersensitiv zu gestalten.

Frauenfilmfestival

Im Jahr 2010 beteiligte sich die Heinrich-Böll-Stiftung an der Planung und Durchführung des Shashat-Festivals, des einzigen regelmäßigen Frauenfilmfestivals in der gesamten arabischen Welt. In annähernd 60 Filmvorführungen in zwölf palästinensischen Städten, an neun Universitäten und acht Schulen gibt das Festival immer wieder Kostproben der Kreativität palästinensischer, arabischer und internationaler Filmemacherinnen.

Israel: Tagung «Was macht einen Freund Israels aus?»

Was macht einen Freund Israels aus? Eine internationale Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung ging dieser Frage am 5. September 2010 im Auditorium des Interdisciplinary Center Herzliya nach. Wird Israel vornehmlich wegen der Anwendung von Gewalt in Konfliktsituationen kritisiert? Teilnehmende differenzierten: Es gehe vielmehr um die israelische Besatzung, also um die Aufrechterhaltung eines Kontrollsystems, das demokratischen Werten widerspricht. Eine Reihe von Diskutanten äußerte sich besorgt über die Lage der Demokratie in Israel. Es fiel sogar der Begriff der langsamen De-Demokratisierung Israels. Gemeint waren Kampagnen, mit denen politische Stimmen, die nicht im Einklang mit dem Konsens stehen, zum Schweigen gebracht werden sollen. Kritiker der Kritik an israelischer Politik vermuteten dagegen, dass manche Kommentatoren von außen sich nachgerade darüber freuen würden, wenn Israel in Schwierigkeiten sei.

Laut einer auf der Konferenz präsentierten Umfrage vom Sommer 2010 ist mehr als die Hälfte der befragten Israelis der Meinung, dass Kritik an Israel ganz unabhängig vom Verhalten Israels sei. Diese Einstellung sei bedenklich, da sie dazu führe, sich nicht konstruktiv mit der Kritik auseinanderzusetzen, meinte Prof. Tamar Hermann vom Israel Democracy Institute.

Immerhin ist Israel nicht das einzige Land mit derartigen Tendenzen. Cem Özdemir, Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, berichtete, dass er die in Israel oft zu hörende Klage «die ganze Welt versteht uns nicht, die ganze Welt ist gegen uns» mit den gleichen Worten auch immer wieder von Verwandten in der Türkei gehört habe.

Die Konferenz fand in Zusammenarbeit mit dem Center for European Studies am Interdisciplinary Center Herzliya und dem Israeli Council on Foreign Relations statt.

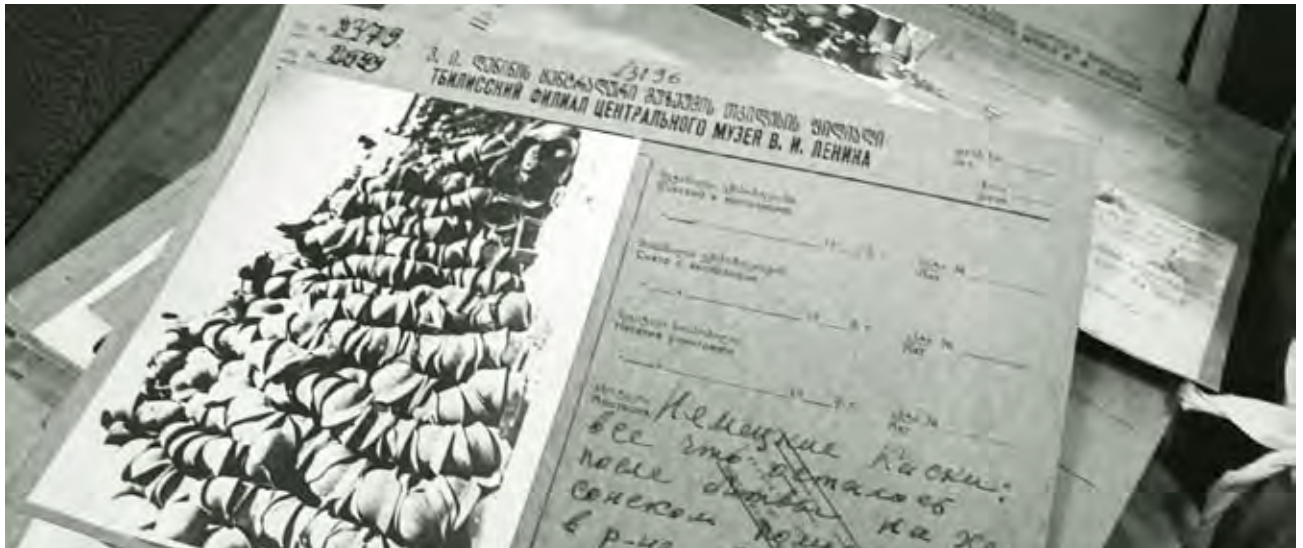


Kooperationspartner: Center of Women Legal Research and Counseling und das Stiftungsbüro in Tel Aviv

→ www.shashat.org



(v.l.n.r.) Botschafter Avi Primor, Prof. Naomi Chazan, Nahost-Experte Dore Gold und MdEP Franziska Brantner Foto: Barak Aharon



Georgien: Aufarbeitung des Stalinismus

In einer Nacht-und-Nebel-Aktion hatte die georgische Regierung im Juni 2010 das Denkmal des Diktators Josef Stalin in seiner Heimatstadt Gori entfernt. Zwar gab es Kritik auf Seiten der georgischen Öffentlichkeit, zu den befürchteten Protesten kam es allerdings nicht. Stattdessen sind erste Ansätze einer kritischen und differenzierten Auseinandersetzung mit dem Stalinismus zu verzeichnen. Das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Tiflis versucht, die Aufarbeitung des Totalitarismus im Land tatkräftig zu unterstützen. Dabei kooperiert es mit Partnern wie dem Deutschen Volkshochschulverband International, Memorial Moskau oder Fachleuten aus dem Baltikum. Ziel ist es, die Dokumente in den Archiven des Zentralkomitees der KPdSU und des Geheimdienstes in Tiflis vollständig öffentlich zugänglich zu machen, eine wesentliche Voraussetzung für die Aufarbeitung der Vergangenheit. Erste Dokumente sind bereits im Internet veröffentlicht worden. Mit der Öffnung der Archive hat Georgien den anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion – die baltischen Staaten ausgenommen – einen entscheidenden Schritt voraus. Historiker aus aller Welt kommen nun in Georgiens Hauptstadt, um Einsicht in sonst nicht zugängliche Dokumente zu bekommen.

Die neugegründete Nichtregierungsorganisation SOLVLAB plant darüber hinaus Stadtrundgänge zu Orten des Terrors in der Altstadt von Tiflis und anderswo. Die Erinnerung an die Orte des Terrors wachzuhalten ist unabdingbar für den Weg hin zu einer demokratischen Gesellschaft.

Aufarbeitung der Vergangenheit: Das Archiv des georgischen Zentralkomitees soll ohne Einschränkungen zugänglich werden. **Fotos: Heinrich-Böll-Stiftung**

→ www.boell.ge

Warschau: Das Quotengesetz für Wahllisten – ein großer politischer Erfolg

Die paritätische Besetzung der Wahllisten war eine der meistdiskutierten Fragen des Jahres 2010 in Polen. Ein Gesetzesentwurf, vorgelegt vom Frauenkongress («Kongres Kobiet») und unterzeichnet von über 150.000 Bürgerinnen und Bürgern, sah genau das für die Kommunal-, Parlaments- und Europawahlen vor: Die Hälfte der Kandidaten sollten Frauen sein. Die Idee fand in der Politik und den Medien anfangs wenig Anklang. Doch dank des unermüdlichen Einsatzes des Frauenkongresses und anderer Organisationen konnten nach und nach einige Medien und die politische Elite für die Sache gewonnen werden. Auch das Warschauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte die Gesetzesinitiative. Zwei Tage vor der ersten Lesung des Gesetzes im Sejm am 16. Februar 2010 fand eine internationale Konferenz zum Thema «Frauen in der Politik» statt, die vom Frauenkongress in Kooperation der Stiftung ver-

→ www.pl.boell.org

anstaltet wurde. Die Schirmherrschaft der Konferenz übernahmen der damalige Sejm-Marschall und heutige polnische Präsident Bronisław Komorowski und Ewa Kierzkowska, die Vizemarschallin des Sejms.

Es war schon ein Erfolg, dass der Gesetzesentwurf in der ersten Lesung nicht durchfiel, sondern zur Überarbeitung in die Sejm-Ausschüsse verwiesen wurde. Schließlich nahm der Sejm im Dezember 2010 das Gesetz sogar an, wenn auch in abgespeckter Form: Statt Parität gibt es nun ein Quotengesetz, das mindestens 35 Prozent der Plätze auf den Wahllisten für Frauen vorsieht. Diese Quote wird zum ersten Mal bei den Parlamentswahlen 2011 gelten.

Das Quotengesetz gilt als der größte politische Erfolg der polnischen Frauen seit der Erhängung des Wahlrechts im Jahr 1918. Der Frauenkongress möchte sich jedoch nicht mit Quoten begnügen. Er strebt die Einführung der Parität in der nächsten Legislaturperiode an sowie das Reißverschlussprinzip, also abwechselnd männliche und weibliche Kandidaten.

Kiew: Queer-Woche 2010

Im Mai 2010 veranstaltete die Nichtregierungsorganisation «Insight» mit Unterstützung des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Kiew die «Queer-Week 2010». Auf dem Programm standen u. a. Foto- und Kunstausstellungen, Konzerte, die Premiere von «4x4», einem extra für diesen Event gedrehten Film der jungen ukrainischen Regisseurin Alla Hruschko, eine Podiumsdiskussion mit der US-amerikanischen Priesterin Diane Fischer über Homosexualität und Christentum sowie die Präsentation der ersten ukrainischen Studie über Transgender. Das Festival fand bereits zum dritten Mal statt und hatte eine große Medienresonanz. Leider blieben homophobe Reaktionen nicht aus. Während des Festivals gab es einige Gegendemonstrationen, das Festival sollte per Gerichtsbeschluss sogar gestoppt werden. Den homophoben Reaktionen zum Trotz setzte die «Queer-Week 2010» wichtige Fragen über Minderheitenrechte und Toleranz auf die Tagesordnung.

Südafrika: WM 2010 – Afrika am Ball!

Südafrika richtete im Juni 2010 die erste Fußball-Weltmeisterschaft auf dem afrikanischen Kontinent aus. Das offizielle WM-Motto «Ke Nako (Es ist Zeit), Afrikas Menschlichkeit zu feiern!» nahm die Heinrich-Böll-Stiftung zum Anlass, genauer auf das Austragungsland und ganz Afrika zu schauen. Daten, Fakten und Hintergründe gab es unter www.boell.de/wm2010 und auf zahlreichen Veranstaltungen. Der Dokumentarfilm «Fair Play» von Connie Field machte zum Beispiel deutlich, wie die globale Anti-Apartheidbewegung den Sport nutzen konnte, um das Apartheidregime international zu isolieren. In Südafrika der Apartheid war die Teilnahme an internationalen Wettkämpfen Weißen vorbehalten. Sportliche Erfolge außerhalb brachten jedes Mal auch einen Imagegewinn für die Regierung. Umso schmerzlicher war der sukzessive Ausschluss von der internationalen Sportarena im Laufe der Jahre.

Nach der Apartheid spielten Sportereignisse eine wichtige Rolle im Versöhnungsprozess: Die Rugbyweltmeisterschaft 1995 sowie der Africa Cup of Nations 1996 brachten die unterschiedlichen Gruppen der südafrikanischen Gesellschaft näher zusammen und trugen zur Schaffung einer nationalen Identität bei.

Die Fußball-Weltmeisterschaft 2010 wurde von der südafrikanischen Regierung als einmalige Gelegenheit gepriesen, das wirtschaftliche Wachstum voranzutreiben, die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die nationale Einheit zu stärken sowie Klischees über Afrika zu zerstreuen. Doch es gab auch Kritiker in der südafrikanischen Gesellschaft, die



Perspectives 2/2010: Südafrika und die Fußball-Weltmeisterschaft 2010
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Download: [www.boell.de/downloads/weltweit/Perspective_\(low_res\)_Deutsch.pdf](http://www.boell.de/downloads/weltweit/Perspective_(low_res)_Deutsch.pdf)

ernsthafte Bedenken gegen das Großereignis vorbrachten. Unser Büro in Kapstadt nahm in einem Sonderheft der Publikationsreihe *Perspectives* einige dieser Kontroversen auf. So bezweifelt der politische Kommentator Eusebius McKaiser, dass die Fußball-Weltmeisterschaft wirklich der sozialen Einheit des Landes dient. Es werde wohl eher eine künstliche nationale Identität geschaffen, die keinen Bestand hat. Dave Marrs analysiert den wirtschaftlichen Nutzen der WM und fragt nach den Gewinnern und Verlierern. Die Rolle der FIFA bei der Beachtung von Umweltaspekten analysiert Anton Cartwright.

Kapstadt: Sexuelle Minderheiten in Afrika ohne Rechte?

Homophobie ist in Afrika, wie auch in anderen Teilen der Welt, weit verbreitet. Angestachelt durch politische und religiöse Hetzkampagnen, lehnen viele Menschen gleichgeschlechtliche Sexualität ab, weil sie nicht mit ihrer Tradition, Kultur und Religion vereinbar sei. In 38 der 53 Staaten Afrikas gilt Homosexualität als Straftatbestand. In Malawi wurden zum Beispiel zwei Männer, die heiraten wollten, zu 14 Jahren Haft verurteilt. Aufgrund des enormen Drucks von Seiten westlicher Hilfsorganisationen wurden sie Ende Mai 2010 begnadigt.

Aber es gibt auch eine wachsende Zahl afrikanischer Aktivisten, die sich lautstark für die Rechte sexueller Minderheiten einsetzen. Manche, wie der im Januar 2011 ermordete ugandische Schwulenaktivist David Kato, bezahlen dies mit ihrem Leben.

Wie man die weitverbreiteten Vorurteile abbauen und die Rechte sexueller Minderheiten stärken kann, diskutierten internationale Aktivist/innen und Wissenschaftler/innen im November 2010 auf einer Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung in Kapstadt. Wichtig für den Kampf um Gleichheit und Anerkennung sexueller Minderheiten sei es, dass die Bewegung nicht isoliert handele, betonte der bekannte südafrikanische Menschenrechtsaktivist Zackie Achmat. Mehr Solidarität und Zusammenarbeit mit anderen Menschenrechtsbewegungen seien daher notwendig.

Die Konferenz hatte ein ungewöhnlich hohes Medienecho. Insofern leistete sie einen wichtigen Beitrag, um das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Stiftung hat darüber hinaus in Kooperation mit BBC World eine Fernsehdebatte mit dem provokanten Titel «Is homosexuality un-African?» unterstützt. Die Debatte kann unter <http://mybigdebate.com> verfolgt werden. Auch eine Ausgabe der Publikationsreihe *Perspectives* ist dem Thema gewidmet.



Perspectives 4/2010: Struggle for equality. Sexual orientation, gender identity and human rights in Africa
Ed. by the Heinrich-Böll-Foundation. Download:
www.boell.de/downloads/Perspectives_4-10.pdf

In 38 afrikanischen Staaten ist Homosexualität noch immer ausdrücklich verboten.

Foto: Ursula Meissner/laif



Sudan – kein leichter Weg in die Zukunft

Die Reaktionen auf unsere Publikation «Sudan – kein leichter Weg in die Zukunft» waren sehr positiv. Kein Wunder, denn die Veröffentlichung enthält Beiträge der wichtigsten internationalen Sudan-Expertinnen und -experten. Sie ist anlässlich der sudanesischen Wahlen in deutscher und englischer Fassung erschienen und wurde auf der Tagung der Vereinigung für Afrikawissenschaften in Deutschland (VAD) in Mainz vorgestellt. Zitiert oder erwähnt wurde die Publikation nicht nur in der deutschen und internationalen Tagespresse, sondern auch im Sudan-Bericht der International Crisis Group und auf beinahe allen afrikaspezifischen Nachrichtenseiten. Wir konnten mit unserer Publikation eine Informationslücke schließen helfen.

Sudan – kein leichter Weg in die Zukunft

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
2010, 120 Seiten, auch auf Englisch erhältlich

Kongo: Lokale und internationale Strategien zur Konfliktlösung

Im Juni 2010 feierte die Demokratische Republik Kongo den 50. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit. Zur gleichen Zeit waren im Osten und Nordwesten des Landes Tausende auf der Flucht vor bewaffneten Auseinandersetzungen. Auf der Konferenz «Peace Needs in the DR Congo» der Heinrich-Böll-Stiftung und des Ökumenischen Netzes Zentralafrika diskutierten kongolesische und internationale Fachleute Auswege aus dem Dilemma. Im Mittelpunkt standen dabei die aktuellen Erfahrungen mit der Reform der Justiz und des Sicherheitssektors, der Umgang mit den Ressourcen des Landes und die Aussichten für die Wahlen im kommenden Jahr.

Vertreter kongolesischer Menschenrechtsorganisationen forderten einen größeren internationalen Beitrag zur Beendigung der systematischen Straflosigkeit bei Kriegsverbrechen im Land. Auch müsse Transparenz im Rohstoffsektor hergestellt werden, um langfristig die Erlöse aus dem Rohstoffhandel zum Wohle der gesamten Bevölkerung zu nutzen, so René Ngongo, Träger des alternativen Friedensnobelpreises. Er machte deutlich, dass die westlichen Industrienationen ein großes Interesse daran haben sollten, die DR Kongo als stabilen und demokratischen Partner zu gewinnen; schließlich sei das Land ein wichtiger Exporteur von Mineralien und Heimat des zweitgrößten intakten Regenwaldes der Erde. Eine erneute politische Krise in Zentralafrika sei weit gefährlicher – und teurer – als alle derzeitigen Stabilisierungskosten.

Die Diskussionsrunde zu den anstehenden Wahlen 2011 zeigte jedoch, dass die umfassende Reform der demokratischen Institutionen, die mit den Wahlen 2006 angestoßen wurde, weitgehend ohne Erfolg geblieben ist.

Präsidenten- und Parlamentswahlen 2006 in
Bunia, Ituri (Demokratische Republik Kongo)

Foto: UN Photo / Martin Perret





«Victors» von Lenka Klodova in der Ausstellung «Beyond Re/Production. Mothering»

Feminismus und Geschlechterdemokratie weiterdenken

Geschlechterpolitik und feministische Analysen und Strategien haben in der Heinrich-Böll-Stiftung einen festen Platz. Geschlechterdemokratie ist ein zentraler Bestandteil unseres Leitbildes. Es wird konsequent in der politischen Bildungsarbeit, in der Organisation und bei der Studienförderung umgesetzt. Das Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung (GWI) ist dabei ein ganz besonderer Ort: Es bündelt die geschlechterpolitischen Themen und fördert die Auseinandersetzung um Feminismus und Geschlechterdemokratie. Es sensibilisiert für die Geschlechterblindheit in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik, spürt geschlechterpolitisch emanzipative Politikkonzepte in anderen Ländern auf und überprüft deren Übertragbarkeit auf die deutsche Politik und die der Europäischen Union. Das Gunda-Werner-Institut denkt über neue Modelle für gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter nach und vermittelt entsprechende Kompetenzen durch Gender-Beratung und -Training.



Kickoff der Kampagne GENDERKICKS 2011
(v.l.o.): Claudia Roth (Bundesvorsitzende von B'90/
Die Grünen), Gitti Hentschel (GWI), Anouschka
Bernhard (Jugendkoordinatorin bei Hertha BSC),
Hannelore Ratzeburg (Vizepräsidentin für Frauen-
und Mädchenfußball im DFB), Dr. Tatjana Eggeling
(Kulturwissenschaftlerin) Foto: Andrea Kroth

Deutschland: Green Ladies Lunch

Verbindungen aufbauen, Netze knüpfen und weiterspinnen – das ist in Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft unabdingbar. Frauen haben im «Netzwerken» bislang wenig Erfahrung. Der «Green Ladies Lunch» des Gunda-Werner-Instituts (GWI) schließt hier eine Lücke. Er ist zum Treffpunkt und politischen Ratschlag für engagierte Frauen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen geworden. Mehrmals im Jahr lädt das GWI grüne Politikerinnen und andere engagierte Frauen ein, um über aktuelle geschlechterpolitische Themen zu diskutieren. Schirmfrau des Green Ladies Lunch ist Claudia Roth, Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen.

Im März 2010 ging es beim Ladies Lunch um das Thema Feminismus im Internet, besonders im Web 2.0. Im Juli diskutierten die «Green Ladies» über das Verständnis von queerer und feministischer Politik. Und im November fiel der Startschuss für das Fußball-WM-Jahr 2011 und die Kampagne GENDER KICKS 2011, mit der die Stiftung unter der Regie des GWI die WM begleiten wird. Mit dabei war u. a. auch die DFB-Vizepräsidentin Hannelore Ratzeburg. Schon das DFB-Motto «Die schönsten Seiten von 20ELF!» gab Anlass zur Debatte: Die einen interpretierten diese Werbe-Kampagne als Zeichen gestiegener Wertschätzung und als Schritt zur Gleichberechtigung, andere kritisierten, es werde hier ein Schönheitsbegriff aufgerufen, der auf den (Frauen-)Körperziele.

Online-Debatte: Was ist der Streit wert?

Von Ende Juli bis Anfang Oktober 2010 lief der Debatten-Blog des GWI «Was ist der Streit wert: Frauen- und Geschlechterpolitik – von Männern herausgefordert?». Den Hintergrund lieferten die antifeministischen Strömungen im politischen Feuilleton und vor allem in Online-Medien sowie das Manifest «Nicht länger Machos sein müssen» von 20 Grünen-Politikern. Die enorme Anzahl von Seitenzugriffen – allein in den ersten sieben Wochen über 12.000 – zeigte, dass mit dem Thema ein Nerv getroffen wurde. Die 14 Online-Beiträge wurden von mehreren hundert Besucherinnen und Besuchern der Website kommentiert und diskutiert. Die Autorinnen und Autoren waren sich in einem einig: Es muss noch viel getan werden, bevor von Geschlechtergerechtigkeit gesprochen werden kann. Unterschiedlich sind die Lösungsvorschläge. Dazu gehören «gendersensible und emanzipatorische Bildung und Erziehung» (Kai Gehring), Jungenarbeit, die immer auch die «Konstruktion von Männlichkeitsidealen» im Blick haben muss (Haschemi Yekani), «langfristiger Wertewandel» in Schul-, Gesundheits- und Sozialpolitik (Martin Wilk) sowie die verstärkte Zusammenarbeit (Ilse Lenz, Sabine Hark) und die Einbeziehung anderer Herrschaftsverhältnisse in die Geschlechterpolitik (Franza Drechsel, Katrin Rönicke).

Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse

Deutschland: Eine Tagung sucht den Super-Papa

Öffentliche Veranstaltungen zum Thema Väter sind in den letzten Jahren zahlreicher geworden. Die Suche nach Impulsen für die professionelle Arbeit mit Vätern stand dabei im Vordergrund. Bisher vernachlässigt wurden sowohl die Rolle und politische Bedeutung der bisherigen Väterforschung als auch die Frage nach den anzustrebenden Zielen einer bedürfnisorientierten «Väterpolitik». Väterpolitisch ebenso wenig diskutiert wurde bisher die Vielfalt der väterlichen Lebenswelten. Hier sind insbesondere die Unterschiede entlang von Klasse, ethnisch-kultureller Zugehörigkeit, Alter, sexueller Orientierung oder Behinderung interes-

Die Beiträge sind abrufbar
→ streit.wert.boellblog.org



Der «Super-Papa» braucht politische Unterstützung – Die Tagung des GWI diskutierte Bedarf und Vorschläge. Foto: Martin Verlinden

sant. Die Tagung «Deutschland sucht den Super-Papa» griff diese Defizite auf. Die Teilnehmenden diskutierten, wie kommunale Akteure in Politik und Verwaltung die Bedürfnisse und Interessen von Vätern aufgreifen können. Dabei ging es u. a. um das Verhältnis von Gleichstellungspolitik und Väterpolitik, die Situation von schwulen Vätern und um den Beitrag von Unternehmen für die Entwicklung väterbewusster Unternehmenskulturen. Die Tagung des GWI fand in Kooperation mit dem Netzwerk Forum Männer, der Fachhochschule Köln und dem Männer-Väter-Forum Köln statt.

Berlin: Tagung «Männer in Bewegung»

Diese Fachtagung des GWI im Oktober 2010, eine Kooperation mit dem Forum Männer, beschäftigte sich vor allem mit aktuellen männerpolitischen Themen wie der Wehrpflicht, dem Sorgerecht oder der Vaterschaft sowie mit den Thesen der «Männerrechtler», die Männer als benachteiligte Gruppe stilisieren und gegen den Feminismus polemisieren. Eine Gruppe im Forum aktiver Männer hatte zuvor Positionspapiere zu zehn Themen erarbeitet, die in den diversen Workshops und Fishbowl-Runden diskutiert wurden.

Online-Dossier: Care-Ökonomie

«Care» (Pflege) gehört unmittelbar zum Zusammenleben: Niemand kommt ohne Sorge und Versorgung von anderen oder für andere aus. Ob die Betreuung kleiner Kinder, die Pflege älterer Menschen oder die Versorgung von Kranken: Sorgearbeit ist überall – nur nicht in der Ökonomie. Care-Arbeit «zählt nicht», denn sie widersetzt sich den gängigen wirtschaftlichen Prinzipien wie Gewinnsteigerung, Effizienz und Prozessmaximierung. Babys wickeln, Menschen füttern braucht seine Zeit. Aber gerade die reproduktiven Tätigkeiten sind mehr als nur jene kostenlose Ressource, als die sie die klassische Ökonomie behandelt. Sie sind selbst ein Teil der Ökonomie – der «weibliche Zwilling» der Marktökonomie.

Was bedeutet es konkret für unser Wirtschaftsverständnis und unser ökonomisches Handeln, wenn reproduktives Handeln als Teil der Ökonomie mit «berechnet» wird, wenn all jene kostenlosen Tätigkeiten zur Um- und Versorgung von Menschen berücksichtigt werden, die die Erwerbsökonomie erst ermöglichen? Kommen wir durch Care zu einem umfassenderen, geschlechtergerechten, nachhaltigeren Wirtschaftsverständnis, der Ressourcen nicht als Gratisangebot wahrnimmt, sondern endlich fair verhandelt und Gewinn nicht nur als Nutzenmaximierung und Bilanzverbesserung versteht?

Mit Blick auf die demographische Entwicklung, klamme Staatskassen und fragwürdige Gesundheitsreformen stellt sich zudem die Frage: Wer pflegt künftig wen – und zu welchen Bedingungen?

Bericht und Dokumentation

→ www.gwi-boell.de/web/denkraeume/super-papa-tagung-dokumentation-1544.html

Positionspapiere

→ www.gwi-boell.de/web/denkraeume/arbeitsstagung-maennlichkeiten-bewegung-2118.html

Das stark nachgefragte Dossier untersucht die Probleme und Chancen um das Thema «Care» aus unterschiedlichen Perspektiven.

→ www.gwi-boell.de/web/wirtschaften/dossier-care-oekonomie-geschlechtergerecht-1860.html

Deutschland: Studie «Kaum Bewegung, viel Ungleichheit»

Mit der Studie «Kaum Bewegung, viel Ungleichheit» hat die Heinrich-Böll-Stiftung im Oktober 2010 große Aufmerksamkeit erzielt. Der Soziologe Reinhard Pollak zeigt darin, dass die Chancen auf den gesellschaftlichen Aufstieg in nur wenigen Industriestaaten so ungleich verteilt sind wie in Deutschland. Die Studie kommt zu ernüchternden Ergebnissen: Kinder von ungelernten Arbeitern haben vierzigmal schlechtere Mobilitätschancen als Kinder, deren Eltern leitende Angestellte sind. Der soziale Fahrstuhl, der lange Zeit für die meisten nach oben fuhr, ist ins Stocken geraten – und am unteren Rand der Gesellschaft schaffen es viele überhaupt nicht mehr einzusteigen. Die Befunde zeigen, wie schlecht es in unserer Gesellschaft um praktische Chancengerechtigkeit bestellt ist. Wir leisten uns mehr Ungleichheiten als notwendig – und dies besonders zum Nachteil der Kinder, die wegen ihrer geringen sozialen Herkunft vergleichsweise wenig Chancen haben aufzusteigen. Soziale Herkunft übertrumpft mithin Talent und Leistungsbereitschaft. Die Studie macht unter anderem das selektive Bildungssystem und die Struktur des Arbeitsmarkts dafür verantwortlich, dass die Durchlässigkeit der Gesellschaft in Deutschland geringer ausfällt als in den meisten anderen Industriestaaten.



Kaum Bewegung, viel Ungleichheit. Eine Studie zu sozialem Auf- und Abstieg in Deutschland

Von Reinhard Pollak. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2010

Berlin: Konferenz «Europa und der American Dream – eine transatlantische Traumdeutung»

Ist der sagenhafte Aufstieg vom Tellerwäscher zum Millionär möglich, oder ist er lediglich Teil eines kollektiven Traums? Wie schafft man eine Gesellschaft, in der Menschen nicht nur vorwärtskommen wollen, sondern dies auch können? Die Heinrich-Böll-Stiftung ist diesen Fragen in Zusammenarbeit mit der Vodafone Stiftung Deutschland und dem German Marshall Fund of the United States auf einer internationalen Konferenz im Oktober 2010 nachgegangen.

Die hochkarätigen Gäste aus Deutschland, Europa und den USA diskutierten über sozial- und bildungspolitische Maßnahmen für mehr Chancengerechtigkeit auf beiden Seiten des Atlantiks. Die Antworten der Expertinnen und Experten fielen unterschiedlich aus; einig waren sie sich jedoch darüber, dass die Durchlässigkeit über die Zukunft der europäischen und amerikanischen Gesellschaften bestimmen wird. So müsse Deutschland sich z.B. klar darüber werden, welche Zuwanderer es brauche und wie es sie anlocken kann. Cem Özdemir, Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, plädierte für die Einführung einer Variante des kanadischen Punktesystems. Aber lässt sich das kanadische Modell auf Deutschland übertragen? Kanada arbeitet mit einem Mix aus großzügigem öffentlichem Sektor, einem starken Bildungssystem, aktiver Einwanderungspolitik und einfachem Zugang zur Staatsbürgerschaft.

In Deutschland tragen ein Mangel an Kindertagesstätten, Halbtagschulen und die frühe Einteilung in Leistungsklassen zu einem System bei, das Klassenunterschiede verfestigt. Der Mannheimer Soziologe Walter Müller wies darauf hin, dass Bildungsabschluss und berufliche Karriere hierzulande enger verknüpft seien als in anderen europäischen Staaten: Berufe lassen sich nur mit bestimmten Zertifikaten ausüben, das erschwert Um- und Aufstiege. Der deutsche Arbeitsmarkt sei voller bürokratischer Hürden und stehe sozialer Mobilität im Wege, so auch Tamar Jacoby, Präsidentin von Immigration Works USA. Sie bezeichnete den Arbeitsmarkt als «die Feuerprobe der Integration». In den Vereinigten Staaten gelänge vielen unternehmerisch tätigen Einwanderern der Aufstieg.

Auch für Barbara John, ehemalige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, ist Beschäftigung der Schlüssel für Integration und Mobi-



Soziologe Reinhard Pollak, Autor der Studie «Kaum Bewegung, viel Ungleichheit» Foto: Stephan Röhl

Böll.Thema 3/2010: Sozialer Aufstieg - Strategien gegen die blockierte Gesellschaft

www.boell.de/thema

Durch eigene Anstrengungen in der Gesellschaft vorankommen! Kann es trotz der vielen Blockaden, die heute in der Bildung und bei der Integration Zugewanderter der sozialen Mobilität im Wege stehen, einen solchen «deutschen Traum» geben? Das Blog diskutiert, ob das Ideal einer aufstiegsoffenen Gesellschaft für emanzipatorische Politik taugt.

→ www.wasistderdeutschetraum.de

Auf der Website «Migration – Integration – Diversity» veröffentlichen wir aktuelle Beiträge zur Migrations- und Integrationspolitik und liefern zahlreiche Hintergrunddossiers.
→ www.migration.boell.de

lität. Sie macht den deutschen Wohlfahrtsstaat dafür verantwortlich, Zugewanderte wie Deutsche vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Indem Deutschland Flüchtlingen und nachgezogenen Familienmitgliedern keine Arbeitserlaubnis erteile, so John weiter, lasse der Staat nicht nur Talent und Arbeitskraft verkommen, sondern nehme Menschen auch ihr Selbstwertgefühl. Zuwanderer seien keine Last für den Sozialstaat, sondern der Sozialstaat sei manchmal eine Last für sie. Der schwedische Soziologe Robert Erikson wies hingegen darauf hin, dass der europäische Sozialstaat die Durchlässigkeit der Gesellschaft erhöhe, nicht zuletzt durch die Unterstützung, die er Kindern aus benachteiligten Familien bieten könne.

Berlin: Konferenz «Vom multikulturellen Klassenzimmer zum multikulturellen Lehrerzimmer»

Mehr Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationshintergrund! Inzwischen ruft nicht nur die Erziehungswissenschaft danach, auch die Bundesregierung hat diese Forderung in ihr Integrationsprogramm aufgenommen. Die Rechnung scheint einfach: Gibt es mehr Lehrer/innen mit ausländischen Wurzeln, funktioniert auch die Integration besser. Bisher haben gerade einmal ein bis zwei Prozent aller Lehrenden eine Zuwanderungsgeschichte. Unter den Schüler/innen ist es aber mittlerweile ein Fünftel. Doch warum es gibt so wenig Lehrkräfte mit Migrationshintergrund an deutschen Schulen? Und kann eine Erhöhung dieser Gruppe überhaupt Garant für eine erfolgreiche Integrationspolitik sein? Eine Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit der Freien Universität Berlin (Prof. Viola Georgi) und der ZEIT Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius ging diesen Fragen im September 2010 nach. Die Konferenz sandte eine klare Botschaft: Die Schule und ihre Akteure müssen besser auf den Umgang mit Heterogenität vorbereitet werden. Lehrende mit Migrationshintergrund können dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Aber nicht alleine. Die interkulturelle Schule ist eine Aufgabe für alle Beteiligten.



300 Teilnehmende beweisen die Brisanz des Themas: Gesamtschullehrerin Saraya Gomis spürt noch immer Unterschiede. Foto: Stephan Röhl

Berlin: Tagung «Zukunftsfähiges Deutschland – zukunftsfähige Schule»

«Nachhaltigkeit» ist im Alltag der Schulen noch nicht richtig angekommen. Dabei ist unbestritten, dass Nachhaltigkeit als Leitbegriff notwendiger Modernisierung nicht zuletzt bei schulischer Bildung anfangen muss. Der Schule kommt die Aufgabe zu, Schülerinnen und Schüler zur aktiven Gestaltung ihrer Zukunft zu befähigen. Sie muss sich daher zwingend Fragen nachhaltiger Entwicklung stellen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung nahm die Studie «Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt» des Wuppertal Instituts zum Anlass, um auf einer Tagung im April 2010 in Berlin über die Perspektiven einer solchen nachhaltigen Bildung zu diskutieren. In den Workshops, die sich speziell an Lehrkräfte richteten, ging es um die Zukunft der Mobilität, um faire Produktionsketten, um den Zusammenhang von Klima und Gerechtigkeit, neue Regeln für die Weltwirtschaft und energiepolitische Fragen. Wie viel Begeisterung das Thema Nachhaltigkeit an Schulen hervorrufen kann, zeigten die Schülerinnen und Schüler einiger Berliner Schulen, die von ihren Unterrichtsprojekten und Schülerfirmen berichteten. So war das Mikrokreditprojekt der Ev. Schule Berlin-Zentrum ein Beispiel dafür, wie die Erfahrungswelt von Schülern mit globalen Zusammenhängen verknüpft werden kann: Die Schülerinnen und Schüler verdienen sich durch kleine Jobs ein wenig Geld, das anschließend in der Schule gesammelt, in Dollar getauscht und über die Bank von Nobelpreisträger Muhammad Yunus in Bangladesch als Mikrokredit vergeben wird.



Plant for the Planet: Schülerinnen und Schüler präsentieren ihr Projekt. Foto: Heinrich-Böll-Stiftung

«Wissen, was wirkt»: Im Jahr 2010 zog die Campustour «Wissen, was wirkt» zum zweiten Mal durch die Hochschulen im Lande. Das gemeinsame Projekt der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer 16 Landesstiftungen richtet sich an all jene, die Hochschulen nicht als reine Ausbildungsbetriebe betrachten, sondern auch als Arenen der politischen Debatte. In über 30 Veranstaltungen sowie in der eigens für die Tour produzierten Zeitung diskutierte man über das Hochschulsystem der Zukunft.
→ www.boell.de/campustour

Die Tagung schloss mit einer Debatte über die zukunftsfähige Schule. Es wurde noch einmal deutlich, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung ein Impuls für eine bessere Schule sein kann. Sie bringt Schulen dazu, ihre Inhalte auf die Relevanz für die Gestaltung der Welt von morgen zu überprüfen.

Europa: Arbeitsmigration von Hochqualifizierten

In einigen Jahren wird der demografische Wandel Europa mit großer Wucht treffen, es wird immer weniger Menschen im arbeitsfähigen Alter geben. Allein in Deutschland werden in fünf Jahren bis zu drei Millionen Fachkräfte auf allen Ebenen fehlen. Die internationale Konferenz «Mobilität und Inklusion. Arbeitsmigration von Hochqualifizierten in Europa» beschäftigte sich daher mit den Initiativen zur Anwerbung von hochqualifizierten Einwanderern und ihren Hindernissen. Zumindest auf der Ebene der Europäischen Union hat ein Umdenken begonnen. Im Grunde haben sich die Mitgliedsstaaten dazu bekannt, bei der Zuwanderung Hochqualifizierter enger kooperieren zu wollen, aber sie wissen nicht wie. Mit ihrer Blue Card-Initiative will die EU ihre Arbeitsmärkte ab 2011 für hochqualifizierte Einwanderer öffnen. Ob alle Mitgliedsstaaten bei der Steuerung der Arbeitsmigration aus Drittstaaten an einem Strang ziehen, bleibt fraglich. Klar ist jedoch, dass die Anwerbung von hochqualifizierten Zuwanderern nicht die Vernachlässigung der bereits in Europa lebenden Migrantinnen und Migranten kompensieren kann. Beide Gruppen dürfen bei der Debatte um Zugang zum Arbeitsmarkt nicht gegeneinander ausgespielt werden – darin waren sich alle Expertinnen und Experten einig. Für die deutsche IT-Branche konnte der Verbandsgeschäftsführer von BITKOM, Bernhard Rohleder, konkrete Zahlen für den Bedarf vorlegen: 2008 gab es 43.000 offene IT-Stellen, selbst im Krisenjahr 2009 blieben 20.000 Stellen unbesetzt. Das von der Heinrich-Böll-Stiftung vorgelegte, von Steffen Angenendt und Roderick Parkes verfasste Diskussionspapier «After the Blue Card. EU Policy on Highly Qualified Migration» schlägt verschiedene Wege aus der Krise der europäischen Einwanderungspolitik vor. Dazu zählt eine deutliche Verbesserung der Attraktivität Europas für Hochqualifizierte; die Mobilisierung aller einheimischen Potenziale sowie die Entwicklung Europas zu einem Raum des Wissens und der Bildung.

Roderick Parkes (links) und Bernhard Rohleder (rechts) diskutieren über Europas Zuwanderungspolitik. Foto: Stephan Röhl





Foto: Heinrich-Böll-Stiftung

Rückenwind für junge Talente

Die Heinrich-Böll-Stiftung fördert Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland. Neben einem Stipendium bieten wir individuelle Beratung, Qualifizierung und Vernetzungsmöglichkeiten.

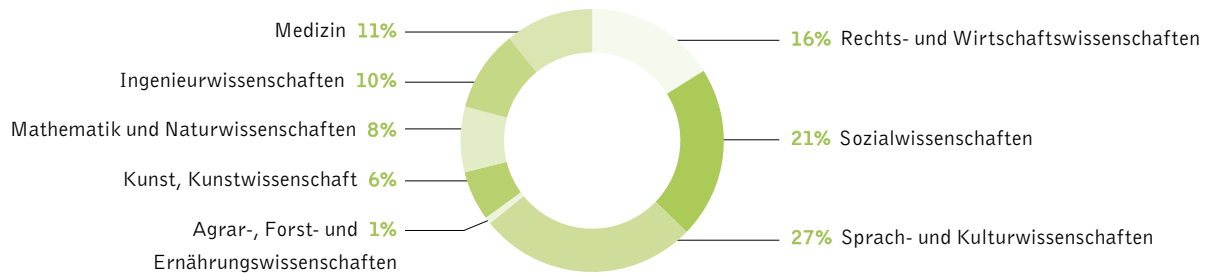
Unser Anliegen ist es, Talente zu entdecken, ihre Potenziale zu erkennen und zu fördern. So wollen wir zukünftige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen, die sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Die Heinrich-Böll-Stiftung kombiniert in ihrer Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit Chancengerechtigkeit. Neben hervorragenden Schul- bzw. Studienleistungen, die im jeweiligen biografischen Kontext bewertet werden, erwarten wir von unseren Stipendiatinnen und Stipendiaten, dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, sich gesellschaftlich engagieren und politisch interessieren. Aus rund 2.100 Bewerberinnen und Bewerbern im Jahr 2010 wählte das Studienwerk 206 Stipendiatinnen und Stipendiaten in einem dreistufigen Auswahlverfahren neu aus. An der Auswahl waren wieder rund 300 ehrenamtlich arbeitende Jurorinnen und Juroren sowie Gutachterinnen und Gutachter aus Hochschulen und dem weiteren Stiftungsumfeld beteiligt.

Wer wird gefördert?

Im Jahr 2010 waren insgesamt 1.021 Stipendiatinnen und Stipendiaten in unserer Förderung: 842 Studierende und 179 Promovierende. Die Stipendien wurden überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Die Dauer der Förderung variiert im Regelfall zwischen 1 ½ und 3 Jahren. Ziel ist es, alle Stipendiatinnen und Stipendiaten bis zum Abschluss zu unterstützen. Im Sinne des Diversity-Gedankens ermutigen wir insbesondere Studierende aus unterrepräsentierten Gruppen, sich zu bewerben – dazu gehören Studierende mit nichtakademischem Hintergrund, aus Fachhochschulen und aus den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technikwissenschaften), vor allem jene mit Umweltbezug.



Auch die beiden Gemeinschaftsaufgaben der Heinrich-Böll-Stiftung – Förderung von Geschlechterdemokratie und Interkulturalität – werden bei der Stipendienvergabe berücksichtigt: 62 Prozent der Geförderten sind weiblich; 28 Prozent haben einen Migrationshintergrund.

Ideelle Förderung: Beratung – Qualifizierung – Vernetzung

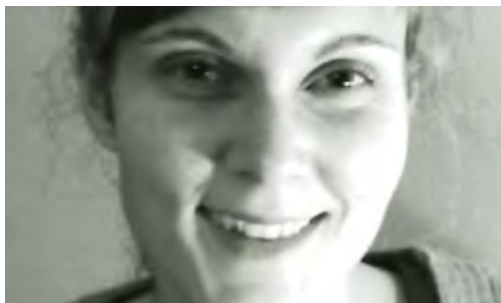
Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung bietet seinen Stipendiatinnen und Stipendiaten im Rahmen der ideellen Förderung persönliche Beratung zur Studienplanung und zur Vernetzung an. Seminare, Workshops, eine Sommerakademie, zahlreiche Trainings, Studienreisen und Diskussionsforen unterstützen die Qualifizierung und Persönlichkeitsentwicklung unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten. Mit dem ideellen Begleitprogramm wollen wir zur politischen Debatte anregen, Schlüsselkompetenzen vermitteln, zum interdisziplinären Dialog ermuntern und das gesellschaftspolitische Engagement unserer Stipendiaten befördern.

Schwerpunkte aus dem Jahr 2010

Wie in jedem Jahr hatten wir auch im Jahr 2010 wieder einen Mix aus «Altbewährtem» – Einführungsseminare, das Promovierendenforum, selbstorganisierte Arbeitsgruppen der Stipendiatinnen und Stipendiaten, die Sommerakademie – und neue Veranstaltungen. Der Campus, unsere jährliche Sommerakademie in Bad Bevensen, stand thematisch im Zeichen der «Bildung». Bildung im klassischen Sinne? Bildung als Weg des lebenslangen Lernens? Oder Bildung als Investition in die Zukunft? Dies waren nur drei Fragen von vielen, mit denen sich die über 130 Teilnehmenden eine Woche lang beschäftigten. Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Präsident des Wuppertal Instituts, und Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, debattierten zum Auftakt über die Bedeutung von Forschung und Hochschule für den Green New Deal, moderiert von den beiden Promotionsstipendiatinnen Britta Leusing und Nadine Fromm. Krista Sager, MdB für Bündnis 90/Die Grünen, diskutierte mit den Stipendiatinnen und Stipendiaten über die Änderungen, die notwendig wären, um Hochschulen sozial zu öffnen und Bildungschancen zu erhöhen. In neun «Werkstätten» ging es zudem um Themen wie «Mediation



Dr. Atef Botros, geboren in Ägypten, ist seit 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centrum für Nah- und Mitteloststudien der Universität Marburg. Er hat Germanistik, Vergleichende Literaturwissenschaft, Arabistik und Kulturwissenschaft in Düsseldorf und Leipzig studiert. Seine Dissertation zur Kafka-Rezeption im arabischen Raum wurde unter dem Titel: «Kafka, ein jüdischer Schriftsteller aus arabischer Sicht» veröffentlicht. Von 2001 bis 2004 war er Promotionsstipendiat der Stiftung. Er befasst sich zurzeit wissenschaftlich mit dem Umbruch der arabischen Welt.



Eva Schmitz hat an der Fachhochschule Ottersberg von 2006 bis 2010 Kunsttherapie studiert und wurde von 2008 bis 2010 von der Stiftung mit einem Studienstipendium gefördert. Sie arbeitet zurzeit als Integrationsfachkraft in Kindergärten der Arbeiterwohlfahrt Bremen. Während ihres Studiums war sie am Crawford College of Art and Design in Irland, wo sie unter anderem ein Fotoprojekt entwickelte. Derzeit plant sie eine Promotion im Bereich Kunsttherapie und widmet sich weiterhin ihren fotografischen Projekten.

und konstruktive Konfliktlösung», um «Social Justice Training» und um «Zukunftskoaching». Auch die Unterhaltung kam während des Campus nicht zu kurz: Zum Eröffnungskonzert im Kloster Medingen spielte die Studienstipendiatin und Nachwuchspianistin Rena Gradmann Stücke von Brahms, Chopin und Schumann.

Ein von den beiden Stipendiaten Falko Ueckerdt und Melanie Müller initiiertes und organisiertes Seminar zum Thema «Wo steht die Klimapolitik nach Kopenhagen?» wurde neu ins Programm aufgenommen. Das Thema stieß aufgrund seiner Aktualität auf großes Interesse.

«Mir ist die Problematik um das Thema Klima deutlich geworden und dies hat mich angeregt, in meinem Studium etwas mehr dazu zu arbeiten. Auch werde ich hoffentlich zur Klimakonferenz nach Bonn reisen und habe mir bereits jetzt ein Netzwerk dafür gesucht.»

Teilnehmer des Seminars zur Klimapolitik

Zwei Studienreisen führten die Stipendiatinnen und Stipendiaten nach Moskau und Israel. Täglich berichteten die Teilnehmenden über Weblogs von ihren Reiseeindrücken. In Israel besuchten sie u.a. die Stiftungsbüros in Tel Aviv und Ramallah, diskutierten mit israelischen und arabischen Studierenden über den Nahost-Konflikt und besuchten das Feminist Centre «Isha le Isha» in Haifa.



Studienreise nach Israel
Foto: Cornelia Pfrepper

Qualifizierung des journalistischen Nachwuchses

Gemeinsam mit vier Medienpartnern – *taz*, *rbb*, *Deutsche Welle* und der Agentur *Zum Goldenen Hirschen* – und mit freundlicher Unterstützung der Robert-Bosch-Stiftung förderte das Studienwerk auch im dritten Jahr junge Journalistinnen und Journalisten mit einem Studienstipendium. Zum Qualifizierungsprogramm gehörten auch Veranstaltungen über journalistische Ethik, über das Schreiben von Reportagen sowie andere journalistische Darstellungsformen. Ein Seminar zu Fragen der Selbständigkeit unter dem Titel «Erfolgreich frei als Journalist_in» stieß auf besonders große Resonanz. Denn gut sein allein genügt nicht. Wer frei arbeiten möchte, muss auch Verkaufsprofi, Kommunikationskünstler/in und Zeitmanagementexperte/in sein.

Nachwuchsjournalisten aus dem Medienprogramm «Medienvielfalt, anders», das sich speziell an Migrantinnen und Migranten richtet, nahmen an der Studienreise nach Moskau teil und veröffentlichten ihre Reiserreportagen auf der Homepage der Stiftung.

Bereits im fünften Jahr beteiligte sich die Stiftung zudem am «Europäischen Journalisten-Fellowship»-Programm der Freien Universität Berlin (Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft). Journalisten, überwiegend aus Ost- und Mitteleuropa sowie aus den GUS-Staaten, haben die Möglichkeit, ein Jahr lang in Berlin an einer Recherche zu arbeiten. Wir unterstützten im Jahr 2010 die Journalistin Justyna Golińska aus Polen sowie den Musikredakteur Ivaylo Spasov aus Bulgarien, der in Berlin zu der Frage «Wie sieht die Zukunft der Musikindustrie aus?» recherchierte.

An einer Studienreise nach Berlin zum Thema «Berliner Politik – Von der Balance zwischen Außen- & Menschenrechtspolitik» nahmen auf Einladung acht Alumni der Heinrich-Böll-Stiftung aus Kamerun, Togo, China, Mexiko und Kanada teil. Die meisten verfolgen nach ihrem erfolgreichen Promotionsstudium in Deutschland nun eine wissenschaftliche Karriere in ihren Heimatländern. Die Teilnehmenden der Berlinreise



Dr. Jan Christoph Goldschmidt hat im Fachbereich Physik an der Universität Konstanz und am Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme (ISE) zum Thema «Neuartige Solarzellenkonzepte» promoviert. Seitdem leitet er das Team «Neuartige Solarzellenkonzepte» am Fraunhofer ISE in Freiburg. Von 2006 bis 2009 war er Promotionsstipendiat der Stiftung.

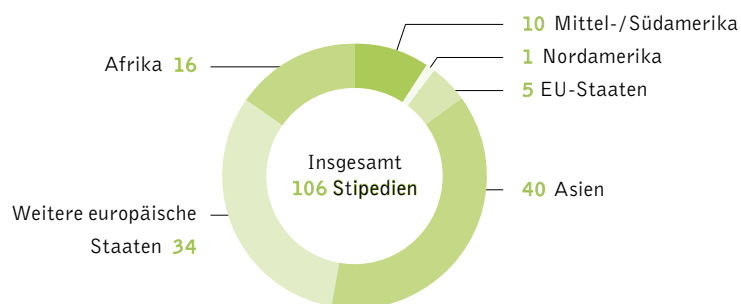
nahmen auch an dem jährlichen Alumni-Salon teil, der sich mit dem Thema «Konfliktmanagement und Friedenssicherung – Strategien, (Miss-)Erfolge und Erfahrungen» beschäftigte.

Promotionsförderung und Promotionskollegs

Das jährliche Promovierendenforum bietet unseren Doktorandinnen und Doktoranden die Chance, Kontakte untereinander zu entwickeln und auszubauen. Im Zentrum stehen der interdisziplinäre Austausch, die Diskussion über die gesellschaftspolitische Bedeutung eigener wissenschaftlicher Fragestellungen sowie unterschiedliche Darstellungs- und Vermittlungsformen wissenschaftlicher Arbeit. Das Promovierendenforum 2010 stand unter dem Thema «Nachhaltigkeit als Leitbild für Wissenschaft und Forschung?» Dabei ging es u. a. um die Frage, wie das Leitbild Nachhaltigkeit den Blick sowohl auf eigenes wissenschaftliches Handeln als auch auf den Wissenschaftsbetrieb verändert. In weiteren Veranstaltungen für Promovierende ging es um «Wissenschaftsbasierte Politikberatung als professionelles Tätigkeitsfeld» und «Kommunikative Kompetenzen für interdisziplinäre Kooperationen».

Seit mehreren Jahren initiiert das Studienwerk zudem Promotionskollegs in Kooperation mit Hochschulen. Die Kollegs bieten den Promovierenden eine qualifizierte Ausbildung im Kollegteam sowie die Vernetzung mit Expertinnen und Experten aus dem Stiftungsumfeld. Sie unterstützen damit den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik. Im Jahr 2010 wurden zwei neue Kollegs ausgeschrieben. Eines zum Thema «Ressourcenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit in der Globalisierung», gemeinsam mit der Humboldt-Universität Berlin und der Leuphana Universität Lüneburg; das zweite zum Thema «Nord-Süd-Beziehungen aus sozial-ökologischer Perspektive» mit der Universität Kassel und in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung.

Stipendiatinnen und Stipendiaten nach Herkunftsländern:



Frangis Dadfar Spanta, M.A., ist an der Universität Erfurt Koordinatorin des Propädeutikums «Good Governance in Afghanistan», das vom DAAD und dem Auswärtigen Amt im Rahmen des «Stabilitätspaktes Afghanistan» gefördert wird. Ziel dieses Vorbereitungskurses und des anschließenden Master of Public Policy ist es, Menschen aus verschiedenen Berufen für den öffentlichen Dienst in Afghanistan fortzubilden. Frangis Dadfar Spanta hat von 2001 bis 2007 Deutsche Philologie, Politik, Philosophie und im Hauptfach Islamwissenschaften studiert und wurde von 2006 bis 2007 durch die Stiftung mit einem Studienstipendium gefördert.



Dr. Ulrike Tolkmitt, diplomierte Umweltwissenschaftlerin und Bankkauffrau, war von 2008 bis 2010 Promotionsstipendiatin der Stiftung. Ihre Dissertation beschäftigt sich mit der Verbreitung umweltbezogener Informationen nach den Vorschriften des Energiewirtschafts- und Umweltinformationsrechts. Derzeit ist Ulrike Tolkmitt Leiterin der Stabsstelle Klimaschutz des Landkreises Harburg (Niedersachsen), die durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert wird.

Versanaltungsprogramm
→ www.boell.de/Stipendien & Mehr



Foto: Jonathan Gröger

Kunst als Seismograf von Politik und Gesellschaft

«Die Humanität eines Landes lässt sich daran erkennen, was in seinem Abfall landet, was an Alltäglichem, noch Brauchbarem, was an Poesie weggeworfen, der Vernichtung für wert erachtet wird.»

Heinrich Böll

Die Kunst ist in ihrem Spiel mit Möglichkeiten, ihrem Vermögen zum formalen und gedanklichen Experiment für die heutige Wissensgesellschaft von essenzieller Bedeutung. Die neu geschaffenen Freiräume der digitalen Kultur – das schnelle Austauschen von Daten, die kollektive Arbeit an einer Enzyklopädie oder einem Remix, die globale Kommunikation über Internetplattformen – führen zu einem ungeahnten Ausmaß an Interaktion, das die Basis für demokratische Bewusstseins- und Willensbildungsprozesse darstellt. Wir engagieren uns für einen grenzüberschreitenden Diskurs von Kunst, Wissenschaft und Politik. Wir fördern Kunst und Kultur als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. Wir veranstalten Lesungen, Vorträge, Podiumsdiskussionen und Seminare mit Schriftstellern aus der ganzen Welt. Die Pflege des Werks unseres Namensgebers ist eine weitere Aufgabe der Stiftung.

Heinrich Böll: Der feierliche Abschluss der Kölner Ausgabe

Am 17. November 2010 fand nach neun Jahren eines der umfangreichsten Editionsprojekte der deutschen Literaturgeschichte seinen Abschluss: die textkritisch durchgesehene und kommentierte Kölner Ausgabe der Werke Heinrich Bölls. In einem Festakt in der Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung wurden die letzten drei der insgesamt 27 Bände feierlich präsentiert.

Die Werkausgabe ermöglicht eine Neulektüre Bölls, die in vieler Hinsicht einer Neuentdeckung gleichkommt: Zeitgeschichtliche Entwicklungen und persönliche Wandlungen werden sichtbar, Themen und Motive lassen sich über die einzelnen Stücke hinweg lesen, wie das bisher noch nicht möglich war. Dazu tragen insbesondere die Kommentierungen bei. Das ambitionierte Projekt des Kölner Verlags Kiepenheuer & Witsch wurde u. a. durch den Bund, das Land Nordrhein-Westfalen, die Kunststiftung NRW, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und eine Reihe weiterer Unterstützer finanziell gefördert. Entscheidenden Anteil am Zustandekommen hatten die Heinrich-Böll-Stiftung und die Erben-gemeinschaft Heinrich Böll.

Beim Festakt sah Staatsminister Bernd Neumann in der Werkausgabe eine gute Voraussetzung dafür, dass das literarische und geistige Erbe von Heinrich Böll lebendig bleibt und weiter wirken kann. Anspielend auf Bölls Methode des «Gegen-den-Strich-Bürstens affirmativer Sprechroutinen von Politik, Kirche und Medien» beschrieb Ralf Fücks, Vorstand der Stiftung, Bölls ästhetische Grundoperation als Methode, «nicht nur anderes zu sehen, sondern auch das Andere, das Ausgeblendete und Übersehene sichtbar zu machen». Auch Ulrich Greiner, Feuilletonchef der ZEIT, betonte nach einem knappen Statement zur Ausgabe – «Ich finde sie hervorragend» – die Aktualität des Nobelpreisträgers: «Wer zum Mitleid imstande ist, kennt auch den Zorn und die Empörung. Der Ironiker weiß davon nichts. Es könnte aber sein, dass sich das Zeitalter der Ironie seinem Ende nähert, es könnte sein, dass wir wieder auf Heinrich Böll zurückkommen müssen, um von ihm zu lernen, was Mitleid heißt.»



27 Bände füllt das Werk Heinrich Bölls Foto: Stephan Röhl



Kulturstaatsminister Bernd Neumann beim feierlichen Abschluss der Kölner Ausgabe Foto: Stephan Röhl

Zum 25. Todestag Heinrich Bölls: Bildband «Ansichten»

Heinrich Böll hat über seine Arbeitsweise wie über den Prozess des Schreibens des Öfteren und gerne Auskunft gegeben. Trotzdem ist vielen Leserinnen und Lesern nicht bekannt, dass Böll zum Teil großflächige, farbige Skizzen seiner Romane entwarf, um sich über das Roman-geschehen, die Figuren und ihre Beziehungen Klarheit zu verschaffen. Dabei entstanden ganz eigene Kunstwerke voll überraschender Details und Motive.

Zum 25. Todestag Heinrich Bölls veröffentlichten wir Ende August 2010 einen großformatigen Bildband mit den Romanskizzen, die z.T. noch vor dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs digitalisiert worden waren. Der bibliophil ausgestattete Band «Ansichten» wurde zunächst in Berlin, dann auf der Frankfurter Buchmesse vorgestellt. Jochen Schubert, Böll-Experte der Stiftung, veranschaulicht im Katalogtext den dreistufigen Prozess der Textentstehung bei Heinrich Böll. Die erste Phase der Werkgenese bezieht sich auf das Stadium der ersten Ideen und groben Konzeptionen. Die zweite Phase markiert den tatsächlichen Beginn des Schreibprozesses. Sie führt in einer fortlaufend zwischen Entwerfen und Verwerfen oszillierenden Schreibbewegung zu ersten Textkomplexen. Die dritte Phase ist die Arbeit handwerklich verstandener Autorschaft. Dabei nutzte Böll farbige Schemata mit Figuren und Handlungsabläufen als Erinnerungstützen und Kompositionshilfen, die ihn im Einzelfall auch zur Korrektur an der Architektur eines Romans führten. Besonders spektakulär war die Zäsur in der Werkgenese des Ro-



Ansichten. Die Romanskizzen Heinrich Bölls.
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung. Deutsch/Englisch
Berlin 2010, Hardcover mit Leinenbezug und Bild-
umschlag, 30 x 24 cm, 112 Seiten, zahlreiche farbige
Abbildungen, Fotos und Faksimiles, 25,- Euro

mans «Gruppenbild mit Dame», als sich Böll nach etwa 250 Typoskriptseiten zu einer veränderten Textorganisation veranlasst sah, nachdem er sich die Wechselbeziehungen und Proportionen der Erzählanteile bildhaft vor Augen geführt hatte.

Der Ausverkauf des Schmerzes: Ausgewählte Texte von Heinrich Böll

In Israel erschien auf Initiative der Heinrich-Böll-Stiftung eine Sammlung politischer Schriften aus den Jahren 1945–1985. Ausgewählt und kommentiert von Hanan Elstein und Adina Stern, vermitteln die erstmals auf Hebräisch vorliegenden Texte einen Eindruck vom politischen Engagement Heinrich Bölls, seinem humanistischen Credo und seinem unermüdlichen Einsatz für Menschenrechte. Gerade heute, in einer Zeit schier unlösbarer politischer Konflikte, können Bölls Gedanken zu Politik und Gesellschaft auch für die israelische Gesellschaft sehr anregend sein. Das Buch wurde vielfach rezensiert; auch die von der Stiftung in Kooperation mit dem Goethe-Institut veranstalteten Buchvorstellungen und Podiumsdiskussionen mit bekannten israelischen Intellektuellen stießen auf großes Interesse.

Berlinale: Friedensfilmpreis an den irakischen Regisseur Mohamed Al-Daradji



Ralf Fücks gratuliert dem Preisträger Mohamed Al-Daradji. Foto: Stephan Röhl

Im Jahr des 25. Bestehens des Friedensfilmpreises kürte die zehnköpfige Jury den Film «Son of Babylon» des irakischen Regisseurs Mohamed Al-Daradji zum Sieger. Der Film spielt im Jahr 2003, wenige Wochen nach dem Sturz des Saddam-Regimes. Formal im Genre des Roadmovies angesiedelt, geht es um die Reise einer kurdischen Großmutter und ihres Enkels Ahmed zum zerstörten Gefängnis in Nasiriya, wo sie ihren Sohn bzw. Vater Ibrahim vermuten, der 1991 von den Republikanischen Gardes verschleppt wurde. Nach einer längeren Odyssee landen die beiden schließlich bei den Massengräbern im Süden des Landes.

Al-Daradji hat mit seinen beeindruckenden Laiendarstellern inmitten der realen Exhumierungen gedreht, was den Szenen der Trauer und Verzweiflung eine ungeheure Dringlichkeit verleiht. Er zeigt atemberaubende (Transit-)Räume – urbane Steinwüsten, zerstörte Gefängnisse, hochfrequentierte Busbahnhöfe – und bebildert so auf eindrucksvolle Weise die Verheertheit und Vitalität des heutigen Irak.

Laudatorin Carolin Emcke erkannte darin eine probate Gegenerzählung zur oberflächlichen Berichterstattung aus den westlichen Medien. Der Film habe die Fähigkeit, «daran zu erinnern, dass Kriege nicht einfach aufhören, dass sie nicht einfach vorbei sind, dass die Verluste erst danach zu spüren und zu entdecken sind».

Deutsch-Israelische Literaturtage: «Heimat im Heute»

«Heimat ist mir das Essen meiner Mutter», sagt Shimon Adaf, israelischer Schriftsteller und Sohn marokkanischer Einwanderer. Wie viele Menschen, die ihren Herkunftsort verließen, verbindet er dieses unbestimmte Gefühl mit einer Sehnsucht nach Geborgenheit und Vertrautheit. Das hebräische Wort für Heimat, «moledet», würde er jedoch niemals in den Mund nehmen. Zu politisch kontaminiert ist dieser Begriff, der 1988 namensgebend war für eine rechtskonservative Partei in Israel, die den «freiwilligen Transfer» von Palästinensern aus den besetzten Gebieten forderte. Heimat, ein toxischer Begriff also, auf den man tunlichst verzichten sollte?

Bei den mittlerweile 3. Deutsch-Israelischen Literaturtagen in Berlin, die die Heinrich-Böll-Stiftung zusammen mit dem Goethe-Institut



Eine zeitgenössische Heimatidee wäre für die Historikerin Fania Oz-Salzberger ein existenzielles Dazwischen-Sein. Foto: Joachim Loch

austrug, ging es darum, dieses sperrige, unbequeme Wort einem aktuellen Gebrauchstest zu unterziehen – gerade eingedenk der historischen Last, die es angesichts der jüdischen Diaspora, des Zivilisationsbruchs der Shoa und der Territorialkonflikte im Nahen Osten mit sich trägt.

Auf den zumeist paarweise besetzten Panels wurde schnell deutlich, dass die individuelle Heimatsuche nicht mit der oftmals verheerenden kollektiven Indienstnahme des Begriffs verwechselt werden darf. Die israelische Historikerin Fania Oz-Salzberger bekannte sich zum zionistischen Traum und dem Gemeinschaftsdenken der Kibbuz-Bewegung. Dabei riet sie jedoch dazu, «die Heimat nicht zum Vaterland zu machen». Wenn es so etwas wie eine zeitgenössische Leitidee der Beheimatung geben sollte, dann wäre es vielmehr das existenzielle Dazwischen-Sein, ein «Found in Translation», das mitnichten nur Verlust bedeute.

Der gebürtige Istanbuler und Wahlberliner Zafer Denocak betonte die Bedeutung der Sprache als Moment der Geborgenheit und Identitätsstiftung. Er erzählte von seiner Ankunft im München der siebziger Jahre und seiner persönlichen «Kopfsprache», die mit nationalen Grenzziehungen nicht korrespondierte. Insbesondere für Schriftsteller sei es spannend, aus einem gemischt-kulturellen Kontext heraus «die richtigen Frequenzen zu finden».

Tagung: Gottes Werk und Googles Beitrag

Aktuelle Nachrichten sind heute kostenlos über das Internet oder mobile Applikationen zu beziehen. Von den damit verbundenen Werbeerlösen profitiert vor allem ein Unternehmen wie Google, das mit 85 Prozent den Markt der Suchmaschinen dominiert. Nun möchten auch deutsche Zeitungsverlage mitverdienen. Die geistige Wertschöpfung von Urhebern und Werkmittlern müsse auch im digitalen Raum ihren Preis haben, fordert die Zeitungsbranche. Ein eigenes «Leistungsschutzrecht für Presseverlage» soll ihnen dafür eine gesetzliche Grundlage geben. Im Januar 2010 lud die Heinrich-Böll-Stiftung zu einer Podiumsdiskussion, um das Pro und Contra einer solchen indirekten Subvention zu diskutieren.

Das neue Gesetz soll den Verlagen die Möglichkeit verschaffen, ein Lizenzmodell für die «gewerbliche Nutzung» journalistischer Erzeugnisse zu entwickeln. Davon betroffen wären neben Google auch andere Unternehmen, z.B. Banken, die Wirtschaftsartikel geschäftlich nutzen. Eine extra dafür geschaffene neue Verwertungsgesellschaft solle gewissermaßen als «Gema für die Presse» den Gebühreneinzug managen, so Christoph Keese, zuständig für Public Affairs bei der Axel Springer AG. Der grüne Medienpolitiker Malte Spitz warnte davor, die Refinanzierung von Journalismus ausgerechnet durch ein neues abgeleitetes Schutzrecht anzustreben. Auf der Suche nach tragfähigen Geschäftsmodellen sollten die Verlage eher Alternativvorschläge wie die Kulturflatrate ernst nehmen. Zudem sei fraglich, wie zwischen «gewerblicher» und «privater» Nutzung von Online-Texten in der Praxis sauber unterschieden werden könne.

Eva-Maria Schnurr, freie Journalistin und stellvertretende Vorsitzende von Freischreiber e.V., ließ sich zudem nicht davon überzeugen, dass Autoren und Verlage in dieser Angelegenheit im selben Boot säßen. Sie befürchtete, dass ein neues Leistungsschutzrecht in der Praxis gegen das Urheberrecht der Freien ausgespielt werden könnte. Sogenannte «Total-Buyout»-Verträge verhinderten bereits heute immer wieder eine Weiterverwertung von Texten durch die Autoren.

Copy.Right.Now! Plädoyers für ein zukunftstaugliches Urheberrecht
Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung
in Zusammenarbeit mit iRights.info

→ <http://leistungsschutzrecht.info>

Konferenz: netz:regeln – Wie weiter im Internet?

Mit dem Appell an Bloggerinnen und Netzaktivisten, die Politik weder rechts noch links liegen zu lassen, machte Hans-Joachim Otto (FDP),



MdB Konstantin, Mitglied der Enquetekommission Internet und Digitale Gesellschaft Foto: Stephan Röhl



IT-Journalistin Monika Ermert Foto: Stephan Röhl

Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, im Oktober 2010 den Auftakt zum ersten netzpolitischen Dialog der Heinrich-Böll-Stiftung und des Branchenverbands BITCOM. Mit dem Dialog soll der Austausch von Wirtschaft, Politik und jenen gefördert werden, die immer gerne als «Netzgemeinde» tituliert werden. Auch wenn es nicht so herauskomme, Netzpolitik habe für den Bundeswirtschaftsminister einen hohen Stellenwert, unterstrich Otto. Das Wirtschaftsministerium arbeite aktuell an der künftigen IKT-Strategie, die Themen wie Netzneutralität, Datenschutz und Datensicherheit, Verbraucherschutz und Urheberschutz sowie die Sicherheit des Netzes beinhaltet. Professor Bernd Holznagel von der Universität Münster begrüßte das Bemühen der Politik, auf einen Neustart der Netzpolitik in Deutschland hinzuarbeiten. Er drängte angesichts der Forderung nach immer schärferen gesetzlichen Instrumenten auf mehr Forschung zu den geplanten Effekten und möglichen Nebenwirkungen neuer Maßnahmen.

Einen harten Schlagabtausch zum Urheberrecht und auch zum aktuell neu diskutierten Verlegerleistungsschutzrecht lieferten sich Vertreter von Rechteinhabern und Zeitungsbranche auf der einen und grüne Politiker und kritische Urheberrechtsexperten auf der anderen Seite. Christian Sommer, Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft zur Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen (GVU), warnte, Piraterie führe zum Wegbrechen der «Mittelschicht» in der Filmproduktion. Konstantin von Notz, Mitglied der Enquetekommission Internet und Digitale Gesellschaft, wies dies als «total verkürzte Darstellung» zurück. Natürlich gebe es Jugendliche, die Unmengen von Videos und Musikstücken herunterladen. Es sei aber nicht redlich zu suggerieren, dass daraus ein direkter monetärer Schaden für die Rechteinhaber entstehe. Von Notz hielt, wie auch Christopher Lauer von der Piratenpartei, weitere Änderungen im Urheberrechtsgesetz nicht für notwendig. Insbesondere eine Verfolgung Einzelner und die Einschränkung von Grundrechten – etwa durch Zugangssperren – seien abzulehnen. Jean-Pierre Crapet von der Deutschen Telekom (DTAG) mahnte an, vor allem ein besseres legales Angebot zu machen. Dafür gebe es aktuell noch immer zu viele Hürden für Anbieter wie die Deutsche Telekom. Auch Staatssekretär Hans-Joachim Otto forderte die Rechteinhaber und insbesondere die Musikindustrie auf, sich umzustellen und neue Geschäftsmodelle zu entwickeln.

New Kids on the Blog – Junge arabische Literatur im Netz

Arabische Blogger und Bloggerinnen haben mit ihren politischen Aktionen in den vergangenen Jahren viel internationale Aufmerksamkeit erzielt. Weniger beachtet sind diejenigen, die die neuen sozialen Medien nutzen, um Literatur zu schreiben. Gerade jungen Autoren hilft das Internet, die weitverbreitete politische Zensur, religiöse «rote Linien» und den kulturellen Mainstream zu umgehen. Insbesondere junge Frauen haben es geschafft, Tabus zu brechen und der neuen arabischen Generation, die sich nach Wandel und Erneuerung sehnt, eine unzensurierte literarische Stimme zu verleihen. Auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung im September 2010 während des Internationalen Literaturfestivals in Berlin haben vier junge Autoreninnen und Autoren aus Libyen, Irak, Sudan und Ägypten aus ihren Blogs gelesen und im Anschluss über Literatur, Meinungsfreiheit, Gender und Identität in den neuen Medien debattiert. Unser Stiftungsbüro in Ramallah hatte die Teilnahme der Bloggerin Ghada Mohamed Mahmoud aus Kairo am Literaturfestival organisiert. Ghada ist 1984 geboren, studierte Englisch und betreibt das Blog «Ma'a Nafsi»: <http://ma3nafsi.blogspot.com> (auf Deutsch: Mit mir selbst). Nach drei Jahren wollte der ägyptische Verlag Al Shorouk ihre Texte als Buch veröffentlichen. Es ist inzwischen in der vierten Auflage erschienen.

Refugium für Künstlerinnen und Künstler

Weltweit vertreten Künstlerinnen und Künstler Positionen zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Durch ihren Einsatz für die Freiheit des Geistes leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung und zum Erhalt von Demokratie und Menschenrechten. Wir unterstützen dieses Engagement durch unser Künstlerprogramm im Verein Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e.V.

In bewährter Zusammenarbeit mit der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen konnten im Jahr 2010 Künstlerinnen und Künstler aus Asien, Afrika, Ost- und Südosteuropa in das ehemalige Wohnhaus der Familie Böll eingeladen werden. Die Gäste finden dort Zeit, ungestört zu arbeiten, sind finanziell abgesichert und frei von staatlicher Kontrolle oder gar Verfolgung. Die Stiftung ist damit Teil eines weltweiten Netzwerkes von Institutionen, die politisch verfolgten Autorinnen und Autoren Hilfe anbieten.

Gäste im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich 2010

Swetlana Alexijewitsch, Journalistin und Schriftstellerin aus Minsk/Weißrussland (Jahrgang 1948). In Belarus sind regimiekritische Autoren Repressionen und Gefahren für ihr Leben ausgesetzt. Auch die Bücher von Alexijewitsch sind in ihrer Heimat verboten, während sie weltweit übersetzt und für Theaterstücke und Dokumentarfilme adaptiert wurden. Sie erhielt zahlreiche Preise, darunter den Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis der Stadt Osnabrück (2001) und den Kurt-Tucholsky-Preis des Schwedischen PEN (1996). Bekannt ist sie insbesondere für die Begründung einer eigenen literarischen Gattung – den «Roman in Stimmen», eine auf Interviews basierende dokumentarische Prosa, in der sich die originalen Stimmen der Befragten künstlerisch zu einem Seelenpanorama verdichten. Ihre Prosabände stellen eine beeindruckende Mentalitätsgeschichte – nicht nur der Sowjetunion – dar: *Der Krieg hat kein weibliches Gesicht* (1985, dt. 1987), *Die letzten Zeugen* (1985, dt. 1989), *Zinkjungen. Afghanistan und die Folgen* (1989, dt. 1992), *Im Banne des Todes* (neuer Titel *Seht mal, wie ihr lebt*, 1993, dt. 1994) und schließlich der Band *Tschernobyl: Eine Chronik der Zukunft*, für den sie 1998 den Leipziger Buchpreis für Europäische Verständigung bekam.

Siham Bouhlal, Schriftstellerin und Übersetzerin aus Casablanca/Marokko (Jahrgang 1966) lebt heute in Paris. In ihren kurzen, eleganten Gedichten über Liebe und Tod verzichtet sie auf jegliche Interpunktion, um den Rhythmus der Texte erfahrbar zu machen. Bouhlal schreibt ihre Gedichte auf Französisch, mit ihrem Reichtum an Farben und Düften stehen sie jedoch in einer deutlich arabischen Tradition. Von Bouhlal liegen mittlerweile drei Gedichtbände vor: *Poèmes bleus* (2005), *Songes d'une nuit berbère ou La tombe d'épines* (2007), *Corps Lurnière* (2008). 2009 ist außerdem ihr erster Prosaband *Princesse Amazigh* erschienen.



Heinrich-Böll-Haus-Langenbroich



Swetlana Alexijewitsch



Siham Bouhlal



Laslo Blašković

Laslo Blašković, Romancier, Lyriker und Essayist aus Novi Sad/Serbien (Jahrgang 1966), ist Direktor des Kulturzentrums in Novi Sad und Redakteur bei der Literaturzeitschrift *Polja* (Felder). Seine intime Prosa stellt einen tragikomischen Alltag dar, häufig ironisch und parodistisch, manchmal auch in Zynismus gefärbt. Blašković spielt mit Details der eigenen Biografie, aber auch mit literarischen Vorbildern oder Persönlichkeiten der Literaturszene seiner Heimatstadt. Zu seinen bedeutendsten Werken zählen u. a. der Lyrikband *Žene pesnika* (Die Frauen der Dichter, 2006), die Romane *Svadbeni marš* (Hochzeitsmarsch, 1997) und *Turnir grbavaca* (Das Turnier der Buckligen, 2007) sowie die Erzählung *Priča o Malaksalosti* (Geschichten über das Unwohlsein, 2010). Prosa und Gedichte von Laslo Blašković sind ins Englische, Französische, Ungarische, Rumänische, Slowakische, Ukrainische, Bulgarische und Slowenische übersetzt worden. Auf Deutsch erschienen ist bisher der Roman *Schmuck der Madonna* (2011).



Amir Hassan Cheheltan

Amir Hassan Cheheltan, Schriftsteller aus Teheran/Iran (Jahrgang 1956), gilt als einer der bedeutendsten Autoren seines Landes und scharfsichtiger Analytiker der politischen Situation. Nach seinem Studium in England kehrte er 1981 in einen vom Krieg beherrschten Iran zurück. Sein Roman *Die Klage von Qassem*, den er während seines Wehrdienstes verfasste, durfte erst 2002 unter strengen Auflagen erscheinen. Im Jahr 1998, als die Lage für kritische Intellektuelle im Iran lebensgefährlich wurde, konnte er als «Writer in Residence» des Internationalen Schriftstellerparlaments nach Italien gehen. Dort entstand sein Roman *Teheran, Stadt ohne Himmel*. Seit seiner Rückkehr nach Teheran 2001 ist Cheheltan auch als Drehbuchautor und Essayist tätig, u. a. für die *Frankfurter Allgemeine* und die *Süddeutsche Zeitung*. Bekannt sind von ihm zudem der Erzählband *Am stummen Fenster* (1979) und der Roman *Teheran Revolutionsstraße* (dt. 2009), der in seiner Heimat bislang nicht erscheinen durfte.

Ajith Herath, Lyriker, Journalist und Karikaturist aus Sri Lanka (Jahrgang 1967), und **Babangoni Kubwala Chisale**, Lyriker und Performer aus Malawi (Jahrgang 1981); beide wurden bereits im Jahresbericht 2009 vorgestellt.

Bewerbungen an:
Heinrich-Böll-Stiftung, Frau Sigrun Reckhaus
c/o Stadtbibliothek
Josef-Haubrich-Hof 1
50676 Köln
T 0221-2834850 F 0221-5102589
E reckhaus@boell.de

Lesungen und Ausstellungen der Gäste

- «Die Freiheit des Wortes – Das Heinrich-Böll-Haus und seine Gäste», Lesung und Diskussion mit Stefan Weidner, Siham Bouhlal, Ajith Herath und Jovan Nikolić in der Zentralbibliothek Köln in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung NRW
- «The ear is a long road», Lesung mit Babangoni Kubwala Chisale und Emmanuel Eni in der Literaturwerkstatt Berlin
- «Literatur Live auf Schloss Burgau», Lesung mit Pinar Selek und Lindita Arapi auf Schloss Burgau, Düren, in Kooperation mit dem Lions Club Düren und der Stadt Düren
- «11. Poesiefestival Berlin 2010 – Mittelmeer», Lesung mit Siham Bouhlal und Alaa Khaled, Akademie der Künste Berlin, in Kooperation mit der Literaturbrücke Berlin e.V.
- «UNESCO-Welttag der Poesie», Stiftung «Brandenburger Tor», in Kooperation mit der Literaturwerkstatt Berlin u. a.
- «Swetlana Alexijewitsch im Gespräch mit Diana Siebert», Lesung im Lew Kopelew Forum, Köln, in Kooperation mit dem Lew Kopelew Forum und der Heinrich-Böll-Stiftung
- «Stimmen Afrikas», Lesung mit Babangoni Kubwala Chisale und Siham Bouhlal im Allerweltshaus Köln, in Kooperation mit der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW

Tu brûles mes poèmes
En quelle langue sont-ils ?
La langue d'amour n'a point de nom
Qui brûle l'autre
Ton feu ou mon poème ?

Siahm Bouhlal

Aus: «Poèmes bleus», éditions Tarabuste,
Saint-Benoît-Du-Sault, 2005.

Politik erfolgreich machen

Unter dem Dach von GreenCampus vereinen sich die Weiterbildungsangebote der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen im Bereich Politikmanagement. Mit GreenCampus bieten wir Qualifizierung, Wissen und Beratung für politische Organisationen und Akteure an – vom ehrenamtlich Aktiven bis zum Profi. GreenCampus leistet damit einen Beitrag zum Auf- und Ausbau von Kompetenzen, die für die erfolgreiche politische Arbeit und gesellschaftliche Partizipation notwendig sind. Im Mittelpunkt steht für uns das gelungene Zusammenspiel aus Theorie und praxisnaher Aufbereitung. Die Weiterbildungsangebote schlagen die Brücke «vom Wissen zum Handeln».

Das neue Politikmanagementzertifikat – Mit einem praxisbezogenen Seminarangebot, das Module aus den unterschiedlichen Bereichen des politischen Handwerks – von Kommunikation bis Personalentwicklung – umfasst, können politisch Aktive ihren individuellen Qualifizierungsbedarf und ihre persönlichen Interessen bei GreenCampus optimal miteinander vereinbaren. Das von den Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung in vielen Bundesländern angebotene GreenCampus-Politikmanagementzertifikat haben wir 2010 überarbeitet, vereinfacht und noch attraktiver gestaltet. Derzeit werden gut 20 thematisch und methodisch aufeinander abgestimmte Module aus den Bereichen Kommunikation, Organisation und Gender angeboten. Das Politikmanagementzertifikat wird nach 130 Unterrichtsstunden vergeben.



(v.l.n.r.) Das GreenCampus-Team in Berlin, Robert Heuer (Assistent), Christian Neuner-Duttenhofer (Leiter), Maria Pajonk (Koordinatorin)

Weiterbildung als maßgeschneiderte Dienstleistung – Neben der breiten Angebotspalette der Landesstiftungen macht GreenCampus mit über 50 Bestellseminaren Weiterbildung zu einer maßgeschneiderten Dienstleistung für Teams und Organisationen. In den letzten Jahren hat GreenCampus in Deutschland und im europäischen Ausland mehrere hundert Bestellseminare mit weit über 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Die Themen waren vielfältig: politische Kampagnen, Entwicklung politischer Botschaften, Krisenkommunikation, Teambuilding, Führungskräfte trainings, Projektmanagement sowie Gender- und Diversity-Seminare.

«Workshop Spezial» – Die Workshops richten sich an einen großen Kreis von Adressatinnen und Adressaten. Sie dienen nicht nur der Wissensvermittlung, sondern auch dem Austausch zwischen Parteien, Fraktionen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Initiativen, Vereinen, Universitäten, Unternehmen und Agenturen. Besonders gefragt sind die «Workshops Spezial» zu EU-Förderung, zu Genderkompetenz für Trainerinnen und Trainer, zum Schreiben politischer Reden sowie zu Social-Media-Strategien.

»Was innerhalb eines Tages alles möglich ist, hätte ich nicht vermutet. Das Seminar hat mich zum Teil verändert.«

Statement zum Seminar «Medientraining: unter Zeitdruck»

Das gesamte Programm und zusätzliche aktuelle Angebote unter

T 030-285 34-144

→ www.greencampus.de

Wissenschaft im Dialog mit Politik – die Grüne Akademie

Die Grüne Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung ist ein unabhängiges Forum für gesellschaftliche Fragen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Die Veranstaltungen der Akademie richten sich an die rund 60 ehrenamtlichen Mitglieder sowie Wissenschaftler/innen, Expert/innen aus Verbänden und NGOs sowie grüne Politiker/innen. Mit unserer Akademie wollen wir Debatten ermöglichen, für die im Allgemeinen Zeit und Ressourcen fehlen, und Anstöße für politische Reformen geben.

→ www.gruene-akademie.de

Die Grüne Akademie beschäftigte sich im Jahr 2010 vor allem mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Demokratie, Kultur und Alltag. So stellte die Jahrestagung im Januar die Frage: «Wie sollen wir leben?» Harald Welzer, Leiter des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen (KWI) und Autor des Buches «Klimakriege», sowie Reinhard Loske, derzeit grüner Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa in der Hansestadt Bremen, gaben unterschiedliche Antworten. Welzer verstand die Frage als eminent politisch. Der Umbruch zu einer «postkarbonen Gesellschaft» stelle sich heute nicht selbstläufig ein, wie in der ersten industriellen Revolution, sondern könne nur intentional erfolgen. Er forderte eine nach dem «politischen Quietismus» der letzten 20 Jahre erneute Politisierung der Gesellschaft. Loske vertrat demgegenüber eine Position des pragmatischen «Maßhaltens». Zu sehen sei, dass ein rein ökotechnischer Ansatz zu kurz greife und dass zudem Effizienzgewinne durch verbesserte Technologien vom steigenden Konsum aufgehoben würden. Mit einer Wiederauflage der Verzichtsdebatte sei es jedoch nicht getan, vielmehr müsse man auf neue Möglichkeiten setzen und eine «Entfaltungsdebatte» in Gang bringen. Das Nachhaltigkeitsprinzip kenne zwei Wege, den kulturellen und den technischen: jener kreise um Begriffe wie Suffizienz, Verteilung oder das rechte Maß, dieser um Effizienz, Konsistenz und Risikominderung. Den Grünen riet Loske, nicht nur auf den technischen Weg zu setzen, sondern die Chance für ihre Vorreiterrolle darin zu sehen, dass sie auch auf aktuelle kulturelle Fragen wieder Antworten formulierten.

Bei der Sommerakademie im Juni erhielt die Debatte einen anderen Fokus: Können Demokratien zukunftsverantwortlich handeln? Wie können sie den ökologischen Wandel gestalten? Rechtsphilosoph Christoph Möllers wie auch Thomas Saretzki, Mitglied am Zentrum für Demokratieforschung, stellten fest, dass unklar sei, ob Demokratien auf Umweltfragen besser eine Antwort geben könnten als Diktaturen. Tine Stein, Professorin für Politikwissenschaft, begründete ein Versagen des Verfassungsstaates damit, dass er die politische Vernunft jenseits von Mehrheiten nicht wirksam auf nachhaltige Lösungsvorschläge konzentriere. Mögliche Reformen wären durch die Verankerung ökologischer Interessen im Grundgesetz und durch einen «Ökologischen Rat» möglich. Informationen zu weiteren Veranstaltungen der Grünen Akademie finden sich unter www.gruene-akademie.de.

Grüne Geschichte zugänglich machen

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt die Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird: Alle im Archiv gesammelten Unterlagen werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzregeln der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.

Veranstaltungen: In Zusammenarbeit mit dem Referat Zeitgeschichte der Heinrich-Böll-Stiftung veranstaltete das Archiv ein dreitägiges Kolloquium «Friedensbewegung und Zweiter Kalter Krieg: Europäische und transatlantische Perspektiven», in dem 15 aktuelle Forschungsprojekte präsentiert und besprochen wurden. Denn mit dem 30-jährigen Jubiläum der Grünen laufen auch die üblichen archivischen Sperrfristen aus, und die Zeit und der Kontext, in dem die Partei entstanden ist, rückt in das Blickfeld der zeitgeschichtlichen Forschung. So beteiligten sich auch das Deutsche Historische Institut in Washington und die Universität Augsburg an diesem Projekt.

«Die Grünen in der Zeitgeschichte» ist auch der Titel einer neuen Reihe, die die Thematisierung der Grünen in der historischen Fachwissenschaft betrachtet. Den Auftakt machten Saskia Richter, Autorin einer Petra-Kelly-Biografie, und Paul Nolte, Professor für Zeitgeschichte an der FU Berlin. Sie deuteten den Strukturbruch in der Mitte der 1970er-Jahre als ein konstituierendes Moment für die Entstehung der Grünen.

Die Reihe «Zeitzeugengespräche» beschäftigte sich mit dem 30. Jahrestag der Parteigründung und mit der Niederlage bei der Bundestagswahl 1990 sowie der Geschichte der DDR-Opposition. Themenschwerpunkt des letzten Jahrbuchs, in dem auch das Gespräch mit Eva Quistorp «Die Seele der Grünen» veröffentlicht ist, waren die Grünen in Europa.

Archivierung: Bearbeitet wurden u. a. persönliche Unterlagen aus dem Petra-Kelly-Nachlass und Dokumente der Bundestagsfraktion zur Osteuropapolitik im Zeitraum von 1998 bis 2002. Ein neu begonnenes Projekt ist die Erschließung der Akten des Europaabgeordneten Frieder Otto Wolf, das bis Juni 2011 läuft. Christine Tietz, Studentin des Archivwesens an der FH Potsdam, bearbeitete im Rahmen ihres Praxissemesters die Archivalien der Frauenaktion 70 und des Netzwerks Friedenssteuer, die nun uneingeschränkt genutzt werden können.

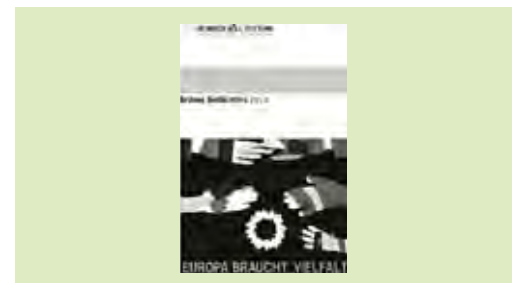
Weitere fortlaufende Projekte sind die Archivierung der Internetseiten der Grünen und die Pflege der Plakat- und Fotosammlung sowie der Ton- und Videosammlung. In der Präsenzbibliothek des Archivs wurden 1.850 neue Titel katalogisiert.

Erwerbungen: Das Archiv hat im Laufe des vergangenen Jahres regelmäßig Unterlagen von einzelnen Bundestagsabgeordneten, Referaten der Bundestagsfraktion, der Bundesgeschäftsstelle und einzelnen Landesgeschäftsstellen erhalten. Dabei wurden erstmals Akten des Landesverbands Thüringen archiviert. Unter den neuen Archivalien befanden sich auch Plakate, Bilder und Bilddateien sowie Filme.

Archivnutzung: Die Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer des Lesesaals ist gegenüber dem Vorjahr wieder zurückgegangen. Sie betrug 245, was dem Durchschnitt der letzten drei Jahre entspricht. Dies liegt im Superwahljahr 2009 begründet, in dem ein deutlicher Zuwachs bei den Anfragen an das Archiv zu verzeichnen war.



Eva Quistorp auf der Bundesfrauenkonferenz der Grünen in Köln 1985. Foto: Frank Darchinger



Grünes Gedächtnis 2010
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2010, 120 Seiten

Gäste und Partner der Stiftung



John Podesta, Präsident und CEO des Center for American Progress. Er war unter Clinton Stabschef im Weißen Haus und beriet Präsident Obama bei der Regierungsübernahme. Im Oktober 2010 hielt er in der Stiftung einen Vortrag über «Nachhaltiges Wachstum».



Monika Hauser, Gründerin von medica mondiale e.V., einer Organisation, die sich für Frauen in Krisengebieten einsetzt. Für ihre Arbeit erhielt sie 2008 den Alternativen Nobelpreis. Im Oktober 2010 beteiligte sie sich an der Konferenz zur UN-Resolution 1325.



Baltasar Garzón, Untersuchungsrichter an der Audiencia Nacional und Berater am Internationalen Strafgerichtshof. Im November 2010 diskutierte er mit Tom Koenigs, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, in der Heinrich-Böll-Stiftung.



Roshan Dhunjibhoy, Fernsehjournalistin und langjährige Leiterin des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Lahore. Nach ihrer Pensionierung zog sie nach Thailand und gründete eine NGO für Straßenhunde. Noch immer mit der Stiftung verbunden, nahm sie im März 2011 an einer Konferenz in Pakistan teil. Ende April 2011 starb sie im Alter von 80 Jahren. Wir trauern.



Raphael Wakenge, Menschenrechtsaktivist in der DR Kongo und Preisträger des Ökumenischen Friedenspreises für Zentralafrika. Im Juni 2010 nahm er an einer internationalen Expertenkonferenz der Stiftung zu Lösungsansätzen für die fortwährenden Konflikte in der DR Kongo teil.



Urvashi Butalia, Schriftstellerin und Gründerin des ersten feministischen Verlages in Indien. Für ihre Arbeit wurde sie 2011 mit dem «Padma Shri» ausgezeichnet, ein Preis der indischen Regierung für bürgerliches Engagement. Sie ist langjährige Projektpartnerin der Stiftung.



François Jullien, französischer Philosoph und Sinologe. Im August 2010 erhielt er für seinen Einsatz für einen praktizierten Pluralismus westlicher und chinesischer Denktraditionen den Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken. Der mit 7.500 Euro dotierte Preis wird seit 1995 verliehen und von der Stadt Bremen und der Heinrich-Böll-Stiftung gestiftet.



Mohamed Al-Daradja, irakisch-niederländischer Regisseur. Im Februar 2010 wurde er für den Film «Son of Babylon» mit dem Friedensfilmpreis der Berlinale ausgezeichnet. Das Preisgeld von 5.000 Euro stellt die Heinrich-Böll-Stiftung.



Marianne Fritzen, Atomkraftgegnerin. Sie gilt als Symbolfigur für den gewaltfreien Widerstand gegen die Castor-Transporte und des breiten Bündnisses in der Region. 2010 wurde sie dafür mit dem Petra-Kelly-Preis der Heinrich-Böll-Stiftung ausgezeichnet.

Die Stiftung im neuen Haus



«Ü30! – Die Grünen vor neuen Herausforderungen»

«Ich will so bleiben wie ich bin», dieser Satz funktionierte für die nächsten 30 Jahre nicht mehr, so Ralf Fücks in seiner Begrüßung zur Diskussion «Ü30». Die Heinrich-Böll-Stiftung brachte führende Grüne mit Gästen aus Kultur, Wissenschaft, Unternehmen und Gewerkschaften zusammen, um der Partei einen Spiegel vorzuhalten und gemeinsam darüber zu reden, welches die großen grünen Themen der nächsten zehn Jahre sind. Über das Verhältnis der Grünen zum Kulturbetrieb diskutierten z.B. die Parteivorsitzende Claudia Roth, Şermin Langhoff (Künstlerische Leitung Ballhaus Naunynstraße Berlin), Burkhard Spinnen (Schriftsteller) und Mariam Lau (Korrespondentin der ZEIT).

Foto: Stephan Röhl



Ohne Frauen keinen Frieden

Es sind weltweit vor allem Frauen, die sich über ethnische, nationale und religiöse «Feindeslinien» hinweg für friedliche Konfliktlösungen einsetzen. Dies erkannte auch der UN-Sicherheitsrat, als er am 31. Oktober 2000 die Resolution 1325 «Frauen, Frieden und Sicherheit» verabschiedete, die die Einbeziehung von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen verlangt. Zehn Jahre sind seither vergangen – und immer noch sitzen kaum Frauen an Friedens-tischen; die Hoffnungen und Erwartungen sind weitgehend unerfüllt geblieben. Mit Fotos und Porträts von Friedens-frauen, mit Zahlen, Fakten und Geschichten zog eine Ausstellung eine Bilanz der Umsetzung von Resolution 1325 und erzählte einige wenige Erfolgsbeispiele.

Foto: Stephan Röhl



Einem Autor folgen ... Kölner Ausgabe der Werke Heinrich Bölls

Mit dem Erscheinen der letzten drei Bände fand das von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte Editionsprojekt 2010 seinen feierlichen Abschluss. Ulrich Greiner (DIE ZEIT) widmete seine Rede dem Autor Böll: «Wer zum Mitleid in-stande ist, der kennt auch den Zorn und die Empörung. Der Ironiker weiß davon nichts. Warum sollte er sich empören? Er hat ja seine Ironie. Böll allerdings war zornig bis zuletzt, und auch dieser Zorn ist eine ästhetische Kategorie, eine Ka-tegorie der Wahrnehmung. Wir aber, wir Zeitgenossen sind abgebrüht, wir leben in ironischen Zeiten. Wir sind bestens informiert, und wir lächeln ironisch über das, was die Infor-mationen an Skandal enthalten.» Foto: Stephan Röhl

Stiftungsmanagement



Dr. Birgit Laubach, Geschäftsführerin
der Heinrich-Böll-Stiftung

Im Jahr 2010 konnte die Stiftung ihre entwicklungspolitische Arbeit aufgrund von höheren Einnahmen ausweiten. Auch hochbegabte und gesellschaftlich engagierte Student/innen und Promovierende konnten wir aufgrund höherer Mittelzusagen des zuständigen Ministeriums verstärkt fördern. Der gewachsenen politischen und gesellschaftlichen Verankerung von Bündnis 90/Die Grünen nach den Bundestagswahlen wurde bei der Stiftungsfinanzierung Rechnung getragen – die Zuwendungen stiegen leicht. Eine gesetzliche Grundlage für die Finanzierung der politischen Stiftungen lässt leider immer noch auf sich warten; ein Stiftungsfinanzierungsgesetz wäre hier ein wichtiger und erwünschter Schritt.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Heinrich-Böll-Stiftung e.V. finanziert sich fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Im Jahr 2010 standen insgesamt 45.647.213 € zur Verfügung. Mit ergänzenden EU-Mitteln in Höhe von 861.395 € konnten Projekte mit Partnerinnen und Partnern in vielen Ländern durchgeführt werden, u. a. in Kenia, Israel und im Südkaukasus. Die Zahl der Freundinnen und Freunde, die unsere gesellschaftspolitischen Anliegen unterstützen und kleine Projekte jenseits des Zuwendungsregimes ermöglichen, ist 2010 erfreulich gewachsen. Wir wünschen uns natürlich, dass die Arbeit der Stiftung noch mehr durch engagierte Menschen gefördert wird. Nach wie vor ist es problematisch, dass die Heinrich-Böll-Stiftung – im Unterschied zu allen anderen politischen Stiftungen – über ein äußerst geringes Eigenkapital verfügt und damit zu nahezu 99 Prozent zuwendungsfinanziert ist. Das schmälert die Möglichkeiten für gesellschaftspolitisches Engagement jenseits der Projektfinanzierung durch die Bundesministerien oder die Europäische Kommission erheblich. Darum wollen wir Menschen, die sich für die Ziele der Stiftung engagieren, ansprechen und um Unterstützung unserer Projekte bitten, sei es durch Spenden, Schenkungen oder Vermächtnisse.

Mit dem Angebot wachsen die Anforderungen

Im Jahr 2010 haben wir das bildungspolitische Angebot der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin mit mehr als 350 Abendveranstaltungen, Tagungen, Konferenzen oder Fachgesprächen wie auch durch gemeinsame Projekte mit den Landesstiftungen in anderen Teilen Deutschlands weiter aufgefächert. Das gute Feedback aus Befragungen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen unserer Veranstaltungen bestätigt, dass wir mit unseren Angeboten «richtig» liegen, also gesellschaftlich wichtige Themen aufgreifen. Auch die Weiterbildungsakademie GreenCampus hat sich mit einer nahezu 99-prozentigen Zustimmung zur Qualität ihrer Weiterbildungsangebote erfolgreich etabliert.

Nicht so vorangekommen wie geplant sind die Verbesserung der Geschäftsprozesse und die damit einhergehende Modernisierung unserer IT-Anwendungen. Die Anbindung der Auslandsbüros an das Stiftungsnetz wird noch einige Zeit dauern. Gleiches gilt für die geplante Onlinebewerbung künftiger Stipendiaten und ein modernes IT-gestütztes Veranstaltungsmanagement. Hier waren unsere Zeitpläne zu ambitioniert.

Die Stiftung ist in den letzten zehn Jahren stark gewachsen. Die damit verbundenen Herausforderungen sind hoch, weshalb wir uns in den nächsten Jahren verstärkt mit bestimmten Standardisierungen sowie der weiteren Stärkung von Verantwortung und Entscheidungsbefugnissen von unseren Beschäftigten auf allen Ebenen befassen wollen. Am wichtigsten für unseren Erfolg ist und bleibt das fortwährende Engagement und die Kreativität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Organe des Vereins:

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand
- der Aufsichtsrat
- der Frauenrat

Die **Mitgliederversammlung** ist das oberste Beschlussfassungsorgan der Stiftung. Sie setzt sich zusammen aus 49 Personen, davon je vier Personen aus der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 16 Personen aus den Landesstiftungen (eine Person je Landesstiftung) und 25 weitere Personen aus dem Kreis der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Wahlperiode für die Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Der **Vorstand** ist hauptamtlich tätig und umfasst aktuell zwei Personen. Jedes Vorstandsmitglied wird für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Aufsichtsrat zu. Mitglieder der Mitgliederversammlung können Vorschläge für die vom Aufsichtsrat zu erstellende Liste einreichen. Der Vorstand verantwortet die strategische Ausrichtung der Stiftung. Er beschließt über die Gesamtziele, Strategien, Visionen, übergreifenden Program-

me und Projekte sowie die Positionierung der Stiftung in der Öffentlichkeit und die Kommunikationsstrategie.

Für die Ausführung der Geschäfte und das Management ist die **Geschäftsführerin** verantwortlich. Sie gewährleistet die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen und stellt die für eine erfolgreiche Arbeit notwendigen Werkzeuge, Daten und Ressourcen zur Verfügung. Sie führt auch die Unternehmensdienste.

Der **Aufsichtsrat** führt die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstandes. Er besteht aus neun Personen (sieben aus den Reihen der Mitgliederversammlung und zwei hauptamtliche Mitarbeiter/innen), die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.

Der **Frauenrat** wird von der Mitgliederversammlung gewählt und ist ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Er setzt sich aktuell aus zehn Frauen zusammen, deren Amtszeit vier Jahre beträgt. Der Frauenrat unterstützt frauenpolitische Ziele der Stiftung und setzt die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie nach innen und außen um.

Eine einmalige Wiederwahl in die Mitgliederversammlung, den Aufsichtsrat und den Frauenrat ist möglich.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Heinrich-Böll-Stiftung e. V. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands des Vereins.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Ver-

eins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Jahresabschluss entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Vorläufige Gewinn- und Verlustrechnung (alle Zahlen in Euro)

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	Lfd. Jahr (2011) Planzahlen	Berichtsjahr (2010)**** Vorläufige Zahlen	Vorjahr (2009) Testierte Zahlen
Erträge Globalmittelhaushalt *	15.481.000	14.707.259	14.444.275
Erträge anderer Zuwendungsbereiche **	32.204.215	30.939.954	24.770.680
davon Zuwendungen für das Bauvorhaben: 0,00 Euro (Vj. 4.132.511 Euro)			
Erträge Auflösung des Sonderpostens	800.000	785.798	1.049.762
Summe der Erträge	48.485.215	46.433.011	40.264.717
Personalaufwand	11.410.000	11.196.504	11.232.075
Abschreibungen	800.000	785.798	1.046.884
Sächliche Verwaltungskosten ***	3.389.000	3.281.183	2.683.492
Investitionen	305.500	338.603	248.345
davon Investitionen in das Bauvorhaben: 0,00 Euro (Vj. 4.132.511 Euro)			
Fachausgaben bezogen auf die Globalmittel des BVA	1.542.500	1.520.523	1.402.221
Weiterleitung von Zuwendungen aus dem Globalmittelhaushalt	2.094.000	2.115.582	2.134.365
Fachausgaben bezogen auf die anderen Zuwendungen	11.314.215	8.438.076	7.806.544
Weiterleitung von BMZ-Projektmitteln	17.630.000	18.756.742	13.710.831
Summe der Aufwendungen	48.485.215	46.433.011	40.264.717
Zwischenergebnis	–	–	–
Vereinserträge	143.000	91.712	175.849
Vereinsaufwendungen	85.500	57.150	145.590
Abschreibungen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung des Vereins	–	–	–
Vereinsergebnis	57.500	34.562	30.259
Jahresfehlbetrag/Überschuss	57.500	34.562	30.259

* enthält die Erträge aus Globalmitteln des BVA, Verwaltungskostenzuschüssen anderer Zuwendungsgeber und die sonst. Einnahmen

** enthält Projektmittel des BMZ, des AA, der EU sowie die Mittel für die Studienförderung des BMBF und AA

*** einschl. der Rückstellungen für Risiken

**** ohne anteilige Konsolidierung der Auslandsbüros

BMI: Bundesministerium des Innern ■ BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ■ AA: Auswärtiges Amt

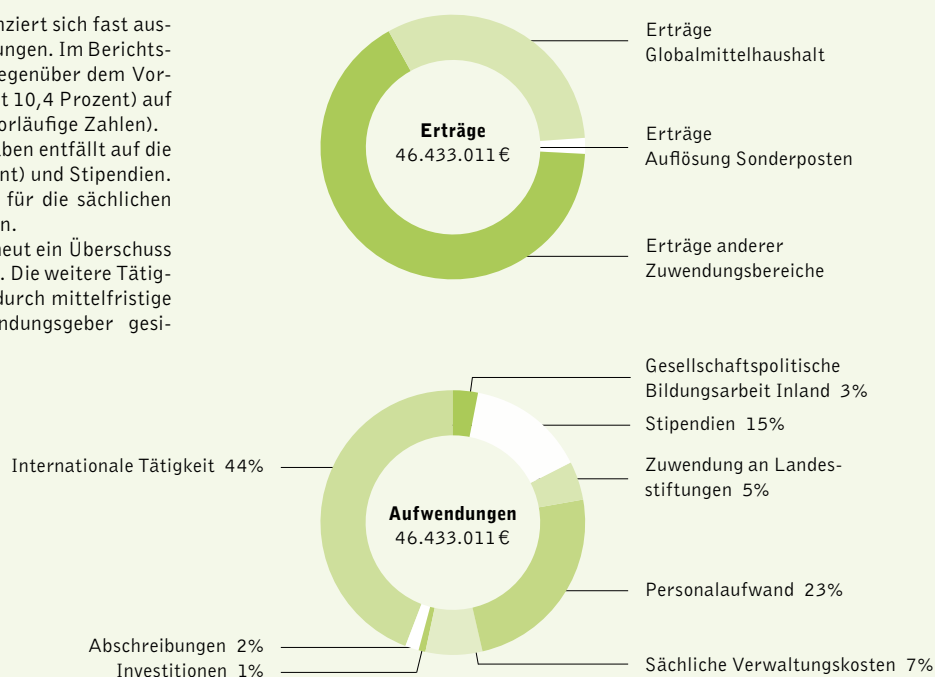
■ BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung ■ BVA: Bundesverwaltungsamt

Erträge und Aufwendungen 2010

Die Heinrich-Böll-Stiftung e.V. finanziert sich fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Im Berichtsjahr 2010 haben sich die Erträge gegenüber dem Vorjahr um rd. 4,4 Mio. Euro (entspricht 10,4 Prozent) auf rd. 46,5 Mio. Euro erhöht (jeweils vorläufige Zahlen).

Der größte Anstieg bei den Ausgaben entfällt auf die internationale Tätigkeit (11,7 Prozent) und Stipendien. Ebenfalls gestiegen sind Ausgaben für die sächlichen Verwaltungskosten und Investitionen.

Dem Vereinsvermögen konnte erneut ein Überschuss (rd. 35 Tsd. Euro) zugeführt werden. Die weitere Tätigkeit der Stiftung ist grundsätzlich durch mittelfristige Finanzzusagen seitens der Zuwendungsgeber gesichert.



Vorläufige Bilanz zum 31. Dezember 2010 (alle Zahlen in Euro)**Aktiva**

	Berichtsjahr 2010	Vorjahr 2009
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten, zuwendungsfinanziert	70.523	68.703
geleistete Anzahlungen, zuwendungsfinanziert	–	–
Sachanlagen		
Grundstücke, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken, zuwendungsfinanziert	16.686.943	17.500.984
Betriebs- und Geschäftsausstattung, zuwendungsfinanziert	1.512.601	2.108.550
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Verein	–	1
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, zuwendungsfinanziert	–	63
Finanzanlagen		
Kautionen	–	15.868
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.951.114	2.091.084
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.740.924	3.312.606
Rechnungsabgrenzungsposten	78.818	390.639
Summe	25.040.923	25.488.498

Passiva

Vereinsvermögen		
Rücklagen	179.368	101.591
Ergebnisertrag	34.562	77.778
Sonderposten aus Zuwendungen		
Sonderposten aus Zuwendungen zum Anlagevermögen	14.586.754	15.678.306
Sonderposten aus Zuwendungen zu Kautionen	–	3.132
Rückstellungen		
Steuerrückstellungen	26.000	22.800
Sonstige Rückstellungen	738.964	853.703
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	585.909	4.627.985
Verbindlichkeiten gegenüber Projektpartnern		
aus BMZ-Mitteln	–	175.144
aus AA-Mitteln	–	–
aus BVA-Mitteln	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern		
gegenüber der EU	–	–
gegenüber dem BMZ	6.274	220
gegenüber dem AA	–	38.196
Sonstige Verbindlichkeiten	3.753.367	66.497
Rechnungsabgrenzungsposten		
gegenüber der EU	–	53.589
gegenüber dem BVA	–	409.219
gegenüber dem BMZ	3.087.614	3.087.614
gegenüber dem BMBF	858.041	164.574
gegenüber Sonstigen	–	128.150
Summe	23.856.853	25.488.498

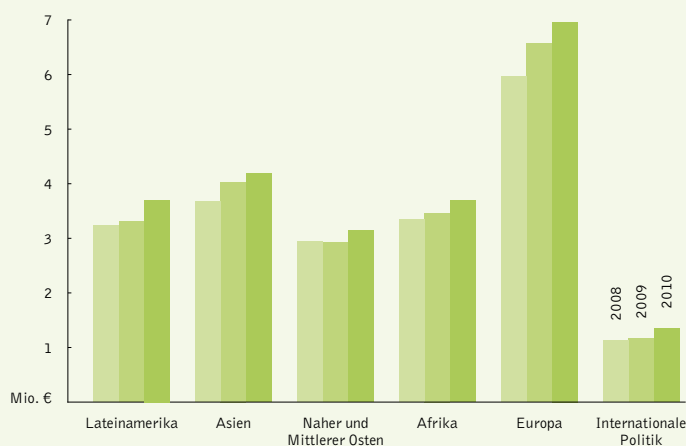
* ohne anteilige Konsolidierung der Auslandsbüros

Internationale Zusammenarbeit 2010

Die Projektmittel für Internationale Zusammenarbeit (insgesamt etwas mehr als 23 Mio. Euro) sind im Berichtsjahr um über zwei Millionen Euro gestiegen. Dieser Mittelanstieg ist politisch gewollt. Deutschland und andere Industrieländer verstärken weiter ihre Anstrengungen zur Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und zunehmend auch für Klimapolitik.

Der größte Mittelgeber der Heinrich-Böll-Stiftung in diesem Bereich ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit ca. 21,5 Mio. Euro. Bestandteil dieser Summe sind 566.000 Euro als einmalige Sondermittel für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungs- und Schwellenländern.

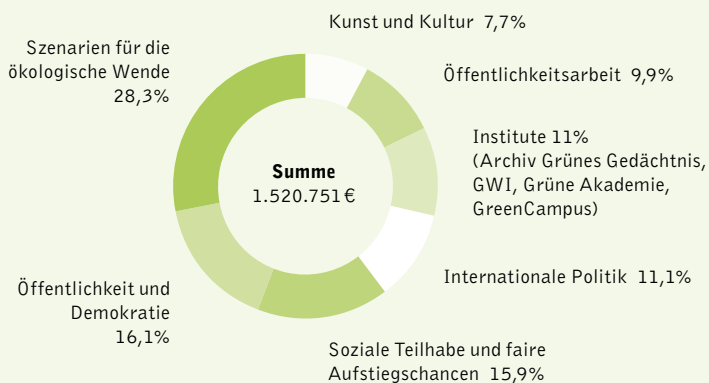
Weitere Projektmittel erhält die Stiftung vom Auswärtigen Amt (1,3 Mio. Euro) und von der Europäischen Union. Dabei konnten die akquirierten EU-Mittel in Höhe von 785.000 Euro für Projekte in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten sowie im Bereich der Internationalen Politik eingesetzt werden.



Politische Bildung Inland 2010

Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung 2010 rund 1,521 Mio. Euro verausgabt. Diese Mittel fließen in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Die prozentuale Verteilung der Mittel auf die Themen ist aus der Grafik ersichtlich.

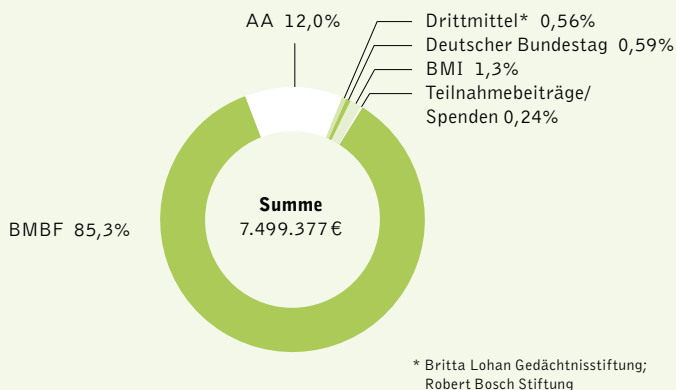
Zudem leitete die Stiftung im Jahr 2010 rund 2,116 Mio. Euro für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.

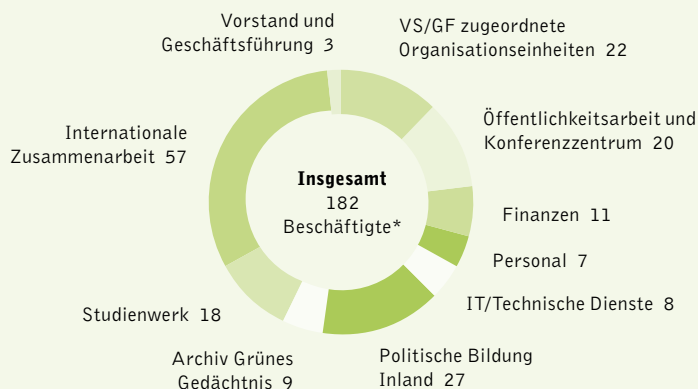


Stipendienmittel nach Mittelgebern

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), aus dem Auswärtigen Amt (AA), von der Britta Lohan Gedächtnisstiftung und von der Robert Bosch Stiftung.

Im Jahr 2010 konnten insgesamt 1.021 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden, davon 842 Studierende und 179 Promovierende. 206 deutsche und internationale Studierende und Promovierende konnten in 2010 neu in die Förderung aufgenommen werden. Darüber hinaus beteiligte sich die Stiftung auch wieder am «Internationalen Parlaments-Stipendium» des Deutschen Bundestages.



Personal Stiftungszentrale 2010 (in absoluten Zahlen)

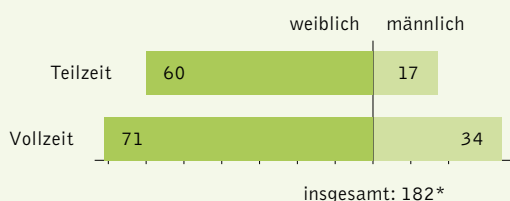
* einschließlich der studentischen Beschäftigten
ohne Praktikant/inn/en und Auszubildende

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung beschäftigt im Inland 182 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, hinzu kommen 27 ins Ausland entsandte Beschäftigte sowie ca. 170 Ortskräfte.

Aufgrund der Vielzahl an politisch interessanten, anspruchsvollen Projekten im In- und Ausland ist die Stiftung eine attraktive Arbeitgeberin und kann auf engagierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählen. 13 Prozent der Mitarbeiter/innen haben einen Migrationshintergrund.

Entwicklungsmöglichkeiten bietet die Stiftung auch durch die Entsendungen ins Ausland. Die Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen Abteilungen der Stiftungszentrale verdeutlicht die nebenstehende Grafik.

Personal Vollzeit/Teilzeit 2010 (in absoluten Zahlen)

* einschließlich der studentischen Beschäftigten
ohne Praktikant/inn/en und Auszubildende

Work-Life-Balance

Die Heinrich-Böll-Stiftung legt besonderes Gewicht auf das Thema Geschlechterdemokratie und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben:

- Mit 50% sind Frauen in den Führungspositionen im außertariflichen Bereich stark vertreten, in mittleren Führungspositionen sind es 65%.
- Telearbeitsplätze ermöglichen vielen Mitarbeiter/innen auch von zu Hause aus zu arbeiten, Teilzeitbeschäftigung bietet einen Weg, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.
- Gleitende und flexible Arbeitszeit trägt dazu bei, den Tagesablauf individueller zu gestalten.
- Es gibt Möglichkeit von Freistellungen, soweit dies mit den betrieblichen Belangen vereinbar ist

Personalentwicklung

Ein wesentlicher Bestandteil der Personalentwicklung innerhalb der Stiftung ist die Fort- und Weiterbildung mit folgenden thematischen Schwerpunkten:

- Vermittlung von Führungskompetenzen
- Förderung von Kreativität und Innovation, um die politische Bildungsarbeit kontinuierlich weiterzuentwickeln
- Vertiefung von Fremdsprachenkenntnissen, insbesondere Englisch
- Vermittlung von Basisqualifikationen (EDV-Schulungen, Zuwendungsrecht)
- Veranstaltungen und Trainings zur Wahrnehmung der Gemeinschaftsaufgaben Geschlechterdemokratie und Migration/Interkulturelle Demokratie sowie Qualifizierung im Organisationsmanagement (Projekt- und Qualitätsmanagement, Team-Entwicklung)
- Förderung individueller berufsbegleitender Weiterbildungen (z.B. Masterstudium)

Gender und Diversity

Gender-Diversity-Kompetenzen stärken

Die Stiftung führt unter Federführung des Gunda-Werner-Instituts z.B. zweimal jährlich ein Gender-Diversity-Basistraining mit allen neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch. Darauf aufbauend, können diese in halbtägigen Workshops (4-mal jährlich) Instrumente wie die genderorientierte Projekt- und Veranstaltungsplanung (GOPP) kennenlernen oder einzelne Themen vertiefen. Bei Bedarf ist es auch möglich, Einzelberatung in Anspruch zu nehmen und so Unterstützung «on the job» bei der Integration von Gender- und Diversity-Perspektiven zu erhalten.

Informationen zu den Gemeinschaftsaufgaben Geschlechterdemokratie und Diversity sind regelmäßig im hausinternen «Boelletin» für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügbar. Außerdem enthält das Intranet «Boellcity» Informationen über die Gemeinschaftsaufgaben und das Diversity-Konzept sowie Arbeitshilfen wie z.B. zur Gender-orientierten Projektplanung (GOPP).



Migrant/innen 23

Geschlechterpolitischer Ratschlag

Neben dem umfassenden Fortbildungs- und Beratungsangebot veranstaltet die Stiftung einmal pro Jahr für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den eintägigen «Geschlechterpolitischen Ratschlag». Dabei geht es um Impulse für die Integration von Gender- und Diversity-Aspekten in den eigenen Arbeitszusammenhang. Im Jahr 2010 stand das Thema geschlechtersensible Gesundheitsberichterstattung im Mittelpunkt. Fragen waren u.a.: Wie sieht eine geschlechtergerechte Gesundheitsförderung und Prävention aus? Was können die Mitarbeiter/innen der Heinrich-Böll-Stiftung für ihren eigenen Alltag lernen?

Im Mittelpunkt des Ratschlags standen die Vorträge von Dr. Petra Kolip, Professorin an der Universität Bielefeld, und Thomas Altgeld, Geschäftsführer der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V.



Gender Focal Points

Die Geschlechterverhältnisse sind weltweit ständig in Bewegung. Die globalen ökonomischen und kulturellen Umwälzungen verändern die Lebens- und Arbeitsbedingungen und damit auch Dominanzverhältnisse und Abhängigkeiten zwischen den Geschlechtern. Die Stiftung arbeitet hierzu in all ihren Auslandsbüros. Dass sie dabei schon recht erfolgreich ist, zeigen u. a. die positiven Reaktionen auf die vielen Projekte weltweit. Aber auch wenn es gut läuft, gibt es Optimierungsbedarf. Wir stehen vor der Herausforderung, die Gender-Aspekte in alle Programme der Stiftung zu integrieren. Für das Monitoring dieses Prozesses und für die Abbildung unserer Arbeit in den Regionen haben wir Gender-Kennungen eingeführt. Für diese Aufgaben wurden 2010 Mitarbeiterinnen als Gender Focal Points (gfp) in den Regionalreferaten benannt. Diese Ansprechpersonen unterstützen die Referent/innen in der Stiftungszentrale sowie die Büroleitungen und (Gender)-Koordinator/innen in den Auslandsbüros bei dieser wichtigen Qualitätsentwicklung.



Nutzung des umweltfreundlichen Stiftungshauses



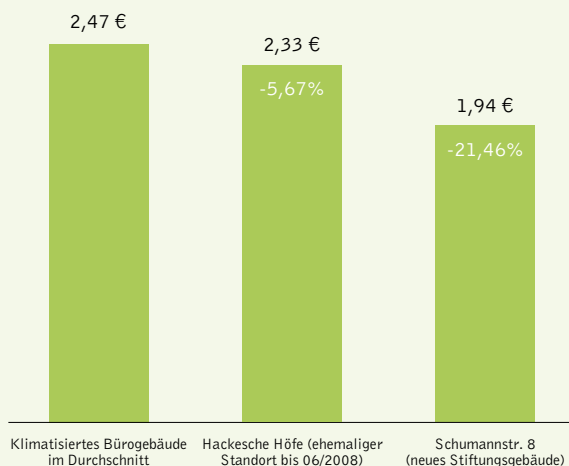
Klassische Moderne und Transparenz

Im Herzen der Hauptstadt, nahe an Politik und Kultur, eröffnete die Heinrich-Böll-Stiftung im September 2008 ihr neues Haus mit dem Konferenzzentrum Beletage. Die moderne Architektur des Hauses steht für nachhaltige Konzepte mit Zukunft.

Neben den rund 200 Arbeitsplätzen bietet unser Haus ein vielseitiges Raumangebot für Tagungen, Konferenzen, Seminare oder Empfänge. Unser Veranstaltungs- und Konferenzzentrum im EG und 1. OG – die Beletage – ist mittlerweile ein repräsentativer und bekannter Veranstaltungsort, der bis zu 300 Gäste gleichzeitig aufnehmen kann. Im Jahr 2010 fanden 623 Veranstaltungen (inkl. Vermietungen) in unserem Konferenzzentrum statt (2009: 574 Veranstaltungen).

www.boell.de/konferenzzentrum

Vergleich Nebenkosten Bürohäuser (pro m²/Monat)



Der aktuelle Energiebedarf im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt

Das neue Stiftungshaus gehört energetisch zur ökologischen Avantgarde: Wenig, aber hochinnovative Technik sorgt für den äußerst geringen Primärenergieverbrauch. Nach einer Einregulierungszeit liegt dieser Verbrauchswert bei ca. 49,1 kWh/m², wobei der ursprünglich projektierte Wert auf 55,7 kWh/m² berechnet wurde. Durchschnittlich werden drei Jahre für die Einregulierung der Gebäudetechnik benötigt, daraus resultierend kann mit einer Reduzierung des Primärenergieverbrauches in den Folgejahren gerechnet werden. Beeindruckend ist, dass die gesetzlich vorgeschriebene Grenze 2005 bei über 100 kWh/m² lag.

Unser innovatives Gebäude weckt bei der Fachöffentlichkeit reges Interesse an dem Energie- und Architekturkonzept. Interessierten bieten wir professionelle Hausführungen an. Die Teilnehmer/innen werden erst seit Ende 2009 erfasst. 2010 haben insgesamt 121 Personen das Gebäude besichtigt.

Verbrauchswerte

	2009	2010
Energie kWh	401.114	411.114
Wasser m ³	4.672	4.789
Wärme/Heizung kWh	234.216	255.369
Papier Blatt	1.709.928	1.746.710
Verbrauchsgüter €	11.030	11.681

Interne Kommunikation zum Stiftungshaus

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung haben insbesondere in dem heißen Sommer 2010 die Vorteile der Klimatisierung der Räume durch Nutzung von Verdunstungskälte erlebt. Es gibt verschiedene Broschüren für das «richtige» Lüften, die «richtige» Lichteinstellung und vieles mehr, die den Mitarbeitenden über das Intranet zur Verfügung gestellt werden.

In sog. Druckerschulungen lernen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie sie verantwortungsbewusst und sparsam mit Papier und Toner umgehen. Auch mit der etagenweisen Aufstellung von Kombikopiergeräten (Drucken, Faxen, Mailen, Kopieren, Scannen in einem Gerät) und der damit verbundenen weiteren Reduzierung von Arbeitsplatzdruckern können Ressourcen geschont werden.

Gremien

(Stand: 31. März 2011)

Mitgliederversammlung

Hartmut **Bäumer**
 Klaus **Baumgärtner**
 Birgitt **Bender**
 Franziska **Brantner**
 Kajo **Breuer**
 Gülay **Caglar**
 Dr. Carolin **Emcke**
 Gisela **Erlor**
 Ulrike **Gauderer**
 Prof. Dr. Joachim **Gessinger**
 Leonore **Gewessler**
 Martin **Grimm**
 Nebahat **Güclü**
 Dr. Robert **Habeck**
 Jürgen **Hambrink**
 Michael **Henke**
 Dr. Dietrich **Herrmann**
 Christiane **Howe**
 Michael **Hustedt**
 Mechthild M. **Jansen**
 Dr. Christa **Karras**
 Leo **Klotz**
 Ute **Koczy**
 Dr. Gerd **Koenen**
 Fritz **Kuhn**
 Undine **Kurth**
 Steffi **Lemke**
 Erik **Lohse**
 Christoph **Meertens**
 Prof. Dr. Dirk **Messner**
 Dr. Matias **Mieth**
 Daniel **Mittler**
 Klaus **Müller**
 Özcan **Mutlu**
 Friederike **Pokatis**
 Katrin **Rabus**
 Irene **Reifenhäuser**
 Astrid **Rothe-Beinlich**
 Stefanie **Schiffer**
 Heike **Schiller**
 Theresa **Schopper**
 Dr. Michael **Schreyer**
 Michael **Schwandt**
 Hilal **Sezgin**
 Malti **Taneja**
 Dr. Ellen **Ueberschär**
 Dr. Marita von **Bieberstein Koch-Weser**
 Michael **Wedell**
 Christoph **Zschocke**

Stipendiatische VertreterInnen

Gesa **Busche**
 Hannah C. **Franzki**
 Katharina **Nüßlein**
 Teresa Rojas **Lara**

Aufsichtsrat

Hartmut **Bäumer**
 Renate **Eisape**
 Joachim **Gessinger**
 Fritz **Kuhn**
 Steffi **Lemke**
 Christoph **Meertens**
 Michael **Schreyer**
 Malti **Taneja**
 Gabriele **Tellenbach**

Koordinationsgremium des Freundeskreises

Mechthild M. **Jansen**
 Helga **Metzner**

Frauenrat

Katrin **Bauer**
 Maren **Bock**
 Birgit **Dederichs-Bain**
 Marina **Grasse**

Judy **Gummich**
 Maria do Mar Castro **Varela**
 Birgit **Meyer**
 Katrin **Rönicke**
 Martina **Schott**
 Judith **Strom**

Mitglieder Grüne Akademie

Prof. Dr. Gabriele **Abels**
 Tarek **Al-Wazir**
 Birgitt **Bender**
 PD Dr. Mechthild **Bereswill**
 Marianne **Birthler**
 Dr. Ingolfur **Blühdorn**
 Prof. Dr. Angelo **Bolaffi**
 Prof. Dr. Christina von **Braun**
 Prof. Dr. Claudia von **Braunmühl**
 Prof. Dr. Hubertus **Buchstein**
 Reinhard **Bütikofer**
 Prof. Dr. Thomas **Christaller**
 Prof. Dr. Dr. h.c. Michael **Daxner**
 Prof. Dr. Simone **Dietz**
 Dr. Christine **Dörner**
 Dr. Thea **Dückert**
 Rainer **Emschermann**
 Anke **Erdmann**
 Prof. Dr. Adalbert **Evers**
 PD Dr. Rainer **Forst**
 Ralf **Fücks**
 Kai **Gehring**
 Karsten **Gerlof**
 Prof. Dr. Arnim von **Gleich**
 Adrienne **Goehler**
 Cristina Gómez **Barrio**
 Prof. Dr. Stefan **Gosepath**
 Dr. Sigrid **Graumann**
 Prof. Dr. L. Horst **Grimme**
 Melanie **Haas**
 Dr. Robert **Habeck**
 Rebecca **Harms**
 Dr. Dietrich **Herrmann**
 Imma **Hillerich**
 Dr. Jeanette **Hofmann**
 Dr. Rahel **Jaeggi**
 Pico **Jordan**
 PD Dr. Otto **Kallscheuer**
 Bertram **Keller**
 Sibylle **Knapp**
 Dr. Felix **Kolb**
 Dr. Regina **Kreide**
 PD Dr. Georg **Krücken**
 Prof. Dr. Rainer **Kuhlen**
 Prof. Dr. Bernd **Ladwig**
 Prof. Dr. Susanne **Lanwerd**
 Dr. Reinhard **Loske**
 Dr. Willfried **Maier**
 Nicole **Maisch**
 Christoph **Meertens**
 Prof. Dr. Christoph **Menke**
 Prof. Sigrid **Meuschel**
 Johannes **Moes**
 Dr. Gero **Neugebauer**
 Prof. Dr. Frank **Nullmeier**
 Dr. Ralph **Obermayer**
 Prof. Dr. Claus **Offe**
 Dr. Arnd **Pollmann**
 Dr. Andreas **Poltermann**
 Prof. Dr. Ulrich K. **Preuß**
 Prof. Dr. Lothar **Probst**
 Prof. Dr. Dr. Franz J. **Radermacher**
 Dieter **Rulff**
 Dr. Thomas **Rixen**
 Krista **Sager**
 Prof. Dr. Thomas **Saretzki**
 Manuel **Sarrazin**
 Prof. Dr. Birgit **Sauer**

Joscha **Schmierer**
 PD. Dr. Thomas **Schramme**
 Dr. Christine **Schwarz**
 Dr. Kirsten **Selbmann**
 Prof. Sandra **Seubert**
 Peter **Siller**
 PD Dr. Rudolf **Speth**
 Dr. Tine **Stein**
 PD Dr. Wolfgang **Strengmann-Kuhn**
 Prof. Dr. Richard **Stöss**
 Rena **Tangens**
 Dr. Ellen **Ueberschär**
 Sybille **Volkholz**
 Mathias **Wagner**
 Prof. em. Helmut **Wiesenthal**

Fachbeirat Nord-Süd

Muriel **Asseburg**
 Marianne **Braig**
 Achim **Brunnengräber**
 Ulf **Engel**
 Thilo **Hoppe**
 Ingrid-Gabriela **Hoven**
 Sebastian **Kasack**
 Lotte **Leicht**
 Sabine **Meyer**
 Melanie **Müller**
 Roger **Peltzer**
 Dirk **Scheelje**
 Wolfgang **Schmitt**
 Imme **Scholz**
 Anja **Senz**
 Karl-Heinz **Stecher**
 Kristina **Steenbock**

Fachbeirat Europa/Transatlantik

Eltje **Aderhold**
 Juan **Behrend**
 Franziska **Brantner**
 Reinhard **Bütikofer**
 Rainer **Emschermann**
 Ulrike **Guérot**
 Tom **Koenigs**
 Jost **Lagendijk**
 Sergey **Lagodinsky**
 Helmut **Lippelt**
 Brigitte **Luggin-Liška**
 Ludwig **Mehlhorn**
 Winfried **Nachtwei**
 Martin **Rocholl**
 Ulrich **Schneckener**
 Jaroslav **Šonka**
 Rainer **Steenblock**
 Viola von **Cramon**
 Elisabeth **Weber**

Fachbeirat Studienwerk

Theresia **Bauer**
 Timm **Beichelt**
 Frieder **Dittmar**
 Kai **Gehring**
 Ulrike **Gote**
 Uta **Klein**
 Gerhard **Kockläuner**
 Hans J. **Lietzmann**
 Andreas **Lob-Hüdepohl**
 Sigrid **Metz-Göckel**
 Mechthild **Oechsle**
 Peer **Pasternack**
 Michael **Schönhuth**
 Simone **Schwanitz**

Stipendiatische VertreterInnen

Veit **Larmann**
 Selina **Storm**

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Augsburg Dr. Stefan **Bösch**, Universität Augsburg

Bamberg Prof. Dr. Rainer **Drewello**, Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Bayreuth Prof. Dr. Erdmute **Alber**, Universität Bayreuth; Prof. Dr. Bernd **Müller-Jacquier**, Universität Bayreuth

Berlin Prof. Dr. Susanne **Baer**, LL.M., Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Beate **Binder**, Humboldt Universität zu Berlin; Dr. Sergio **Costa**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Hansjörg **Dilger**, Freie Universität Berlin; PD Dr. Angelika **Ebrecht-Laermann**, Sigmund-Freud-Institut; Prof. Dr. Barbara **Fritz**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Christian **Garhammer**, Beuth Hochschule für Technik Berlin; Dr. Katrin **Grüber**, Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft Berlin; Prof. Dr. Cilja **Harders**, Freie Universität Berlin; PD Dr. Susanne **Heim**, Institut für Zeitgeschichte Edition Judenverfolgung; Dr. Dagmar **Heymann***; Prof. Dr. Patrick **Hostert**, Humboldt-Universität zu Berlin; Dr. Michi **Knecht**, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Anne **König**, Beuth Hochschule für Technik; Dr. Marianne **Kriszio**, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Dorothea **Kübler**, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB); Prof. Dr. Bernd **Ladwig**, Freie Universität Berlin; Dr. Angela **Lammert**, Akademie der Künste; Dr. Corinna **Langelotz**, Charité-Universitätsmedizin Berlin; Prof. Dr. Birgit **Mahnkopf**, Fachhochschule für Wirtschaft Berlin; Dr. Jan Christoph **Minx**, Technische Universität Berlin; Prof. Dr. Romy **Morana**, Fachhochschule für Wirtschaft und Technik Berlin; Dr. Nazir **Peroz**, Technische Universität Berlin; PD Dr. Danyal **Reiche**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Elvira **Scheich**, Technische Universität Berlin; Prof. Dr. Dorothea **Schmidt**, Fachhochschule für Wirtschaft Berlin; Dr. habil. Annedore **Schulze***; Dr. Eva **Sternfeld**, Technische Universität Berlin; Mg. Elzbieta **Sternlicht**, Universität der Künste Berlin; Prof. Dr. Erhard **Stölting***; Prof. Dr. Sabine **Toppe**, Alice Salomon Hochschule; Prof. Dr. Christina **von Braun**, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Heike **Wiesner**, Hochschule für Wirtschaft und Recht; Dr. Gabriele **Wohlauf**, Deutsches Technikmuseum

Bernburg Prof. Dr. Birgit **Felinks**, Hochschule Anhalt

Bielefeld Prof. Dr. Klaus **Dammann**, Universität Bielefeld; Prof. Dr. Cornelia **Giebeler**, Fachhochschule Bielefeld; Dr. Marlene **Müller**, Universität Bielefeld

Bochum Prof. Dr. Anke **Fesenfeld**, Hochschule für Gesundheit Bochum; Prof. Dr. Ilse **Lenz**, Ruhr-Universität Bochum; Prof. Dr. Isabel **Richter**, Ruhr-Universität Bochum; Prof. Dr. Lieselotte **Steinbrügge**, Ruhr-Universität Bochum

Bonn Prof. Dr. Andreas **Pangritz**, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität

Brandenburg Prof. Dr. Uwe **Höft**, Fachhochschule Brandenburg

Braunschweig Dr. Corinna **Voigt-Kehlenbeck**, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften; Prof. Dr. Bettina **Wahrig**, Technische Universität Carolo-Wilhelmina Braunschweig

Breitenbrunn Dr. Christel **Walter**, Staatliche Studienakademie Breitenbrunn

Bremen Prof. Dr. Klaus **Boehnke**, Jacobs University Bremen; Prof. Dr. Juliane **Filser**, Universität Bremen; Prof. Dr. Karin **Gottschall**, Universität Bremen; Prof. Dr. Frank **Nullmeier**, Universität Bremen; Prof. Dr. Konstanze **Plett**, LL.M., Universität Bremen; Prof. Dr. Heinz-Peter **Preuber**, Universität Bremen; Prof. Dr. Lothar **Probst**, Universität Bremen

Chemnitz Prof. Dr. Cecile **Sandten**, Technische Universität Chemnitz; Prof. Dr. Günter **Voß**, Technische Universität Chemnitz

Coburg Prof. Dr. Gaby **Franger-Huhle**, Fachhochschule Coburg

Cottbus Prof. Dr. Marie-Theres **Albert**, Brandenburgische Technische Universität Cottbus

Dortmund Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**, Technische Universität Dortmund

Dresden Dr. Achim **Brunnengräber**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Johannes **Rohbeck**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Bernhard **Schlag**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Gerd **Schwerhoff**, Technische Universität Dresden; Dr. Johannes **Siemens**, Technische Universität Dresden

Düsseldorf Prof. Dr. Simone **Dietz**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Prof. Dr. Beate **Fieseler**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Dr. Michaela **Kuhnhenne**, Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf

Duisburg Prof. Dr. Thomas **Heberer**, Universität Duisburg-Essen; Dr. Karen **Jaehrling**, Universität Duisburg-Essen

Eberswalde Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt**, Fachhochschule Eberswalde; Prof. Dr. Pierre **Ibisch**, Fachhochschule Eberswalde

Erfurt Prof. Dr. André **Brodocz**, Universität Erfurt; Dr. Florian **Koch**, Fachhochschule Erfurt; Prof. Dr. Jamal **Malik**, Universität Erfurt

Erlangen Prof. Dr. Andrea **Pagni**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg; Prof. Dr. Christoph **Pflaum**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg; Dr. Gerd **Sebald**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Essen Prof. Dr. Anne **Schlüter**, Universität Duisburg-Essen

Esslingen Prof. Dr. Birgit **Meyer**, Hochschule Esslingen

Flensburg Prof. Dr. Gerd **Grözing**, Universität Flensburg; Dr. Christine **Thon**, Universität Flensburg

Frankfurt a. M. Prof. Dr. Ursula **Apitzsch**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Margrit **Brückner**, Fachhochschule Frankfurt am Main; Prof. Dr. Rainer **Forst**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Dr. Werner **Konitzer**, Fritz Bauer Institut, Frankfurt am Main; Dr. Regina **Kreide**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Helma **Lutz**, Johann Wolfgang Goethe Universität; Prof. Dr. Christoph **Menke**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Uta **Ruppert**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Susanne **Schröter**, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main; Prof. Dr. Martina **Weber**, Johann Wolfgang Goethe-Universität

Frankfurt/Oder Prof. Dr. Timm **Beichelt**, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Freiburg i. B. Prof. Dr. Elisabeth **Cheauré**, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau; Prof. Dr. med. Michael M. **Kochen***; Prof. Dr. Reinhard **Markowetz**, Katholische Fachhochschule Freiburg; Prof. Dr. Carla **Rosendahl***; Prof. Dr. Britta **Schinzel**, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau

Gießen PD Dr. Jörn **Ahrens**, Justus-Liebig-Universität Gießen; Prof. Dr. Marianne **Friese**, Justus-Liebig-Universität Gießen

Göttingen Dr. Sabine **Horn**, Georg-August-Universität Göttingen; Prof. Dr. Nicolai **Miosge**, Georg-August-Universität Göttingen; Prof. Dr. Ilo-na **Ostner**, Georg-August-Universität Göttingen; Dr. Ulrich **Schwardmann**, Georg-August-Universität Göttingen

Greifswald Prof. Dr. Mariacarla **Gadebusch Bondio**, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald; Prof. Dr. Konrad **Ott**, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald; Dr. Lena **Partzsch**, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Halle/Saale Prof. Dr. Thomas **Bremer**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Thomas **Hauschild**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Isabell **Hensen**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Frithjof **Meinel**, Hochschule für Kunst und Design Halle; Prof. Dr. Werner **Nell**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Thomas **Olk**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Ursula **Rabe-Kleberg**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Pia **Schmid**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Hamburg Prof. Dr. Andrea **Blunck**, Universität Hamburg; Dr. Nina **Feltz**, Universität Hamburg; Dr. Irmtraut **Gensewich**, Universität Hamburg; Dr. Karin **Hörner**, Universität Hamburg; Trudel **Karcher**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Yolanda M. **Koller-Tejeiro**, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg; Prof. Dr. Ursula **Neumann**, Universität Hamburg; Dr. Bettina **Paul**, Universität Hamburg; Dr. Kai-Uwe **Schnapp**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Louis Henri **Seukwa**, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg; Prof. Dr. Anke **Strüver**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Wolfram **Weiß**, Universität Hamburg

Hannover Prof. Dr. Heike **Dieball**, Fachhochschule Hannover; Susanne **Eser**, Büro für kulturelle Unvernunft. Kunst-Forschung-Wissenschaft; Prof. Dr. Christine **Hatzky**, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover; Prof. Dr. Bettina **Oppermann**, Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Universität Hannover; Prof. Dr. Brigitte **Reinwald**, Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Universität Hannover; Dr. Christine **Schwarz**, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

Heidelberg Dr. Hüseyin **Aguicenoğlu**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Prof. Dr. Susanne **Enderwitz**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Jun. Prof. Dr. Havva **Engin**, Pädagogische Hochschule Heidelberg; Dr. Dorothea **Fischer-Hornung**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Prof. Dr. Frauke **Gewecke**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Prof. Dr. Christiane **Schwieren**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Dr. Steffen **Sigmund**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Hildesheim Prof. Dr. Ursula **Bredel**, Stiftung Universität Hildesheim; Prof. Dr. Michael **Corsten**, Stiftung Universität Hildesheim; Dr. Heike **Kahlert**, Stiftung Universität Hildesheim

Holzminden Prof. Dr. Leonie **Wagner**, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst, Fachhochschule Holzminden

Hoppstädten Prof. Dr. Peter **Heck**, Fachhochschule Trier

Höxter Prof. Dr. Klaus **Maas**, Hochschule Ostwestfalen-Lippe

Ilmenau Prof. Dr. Johann **Reger**, Technische Universität Ilmenau

Iserlohn Prof. Dr. Thomas **Meuser**, BiTS Business and Information Technology School GmbH

Jena Prof. Dr. Wolfgang **Behlert**, Fachhochschule Jena; Dr. phil. Stephan **Lorenz**, Friedrich-Schiller-Universität Jena; Prof. Dr. Thomas **Sauer**, Fachhochschule Jena

Kaiserslautern Prof. Dr. Michael **Hassemer**, Technische Universität Kaiserslautern

Karlsruhe Prof. Dr. Norbert **Willenbacher**, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Kassel Dr. Manuela **Böhm**, Universität Kassel; Prof. Dr. Wolfgang **Jonas**, Universität Kassel; Dr. Renate **Ruhne**, Universität Kassel; Prof. Dr. Christoph **Scherrer**, Universität Kassel; Dr. Helen **Schwenken**, Universität Kassel

Kiel Prof. Dr. Uta **Klein**, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; Prof. Dr. Gerhard **Kockläuner**, Fachhochschule Kiel

Koblenz Dr. Stephan **Bundschuh**, Fachhochschule Koblenz

Köln Prof. Dr. Boris **Braun**, Universität zu Köln; Prof. Dr. Cornelius **Nestler**, Universität zu Köln; Dr. Gerda **Schüler**, Universität zu Köln

Konstanz Dr. Oliver **Trevisiol**, Universität Konstanz

Landau Dr. Florian **Bernstorff**, Universität Koblenz Landau; Heide **Gieseke**, Universität Koblenz Landau

Leipzig Prof. Dr. LL.M. M.A. Felix **Ekardt**, Forschungsgruppe Nachhaltigkeit und Klimapolitik; Dr. Christa **Grimm**, Universität Leipzig; Dr. Regina **Metze**, Universität Leipzig; Prof. Dr. Ilse **Nagelschmidt**, Universität Leipzig; Prof. Dr. Stefan **Troebst**, Universität Leipzig

Lüneburg Anne **Dudeck**, Leuphana Universität Lüneburg; Prof. Dr. Sabine **Hofmeister**, Leuphana Universität Lüneburg; Prof. Dr. Maria-Eleonora **Karsten**, Leuphana Universität Lüneburg; Prof. Dr. Gerda **Lischke**, Leuphana Universität Lüneburg

Magdeburg Prof. Dr. Thorsten **Unger**, Otto von Guericke Universität Magdeburg; Prof. Dr. Gerald **Warnecke**, Otto-von-Guericke Universität Magdeburg

Mainz Prof. Peter **Kiefer**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Prof. Dr. Harald **Schleicher**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Mannheim Prof. Dr. Bernhard **Ebbinghaus**, Universität Mannheim

Marburg Prof. Dr. Susanne **Maurer**, Philipps-Universität Marburg

Merseburg Prof. Dr. Wolfgang **Berg**, Hochschule Merseburg

Müncheberg Dr.-Ing. Aranka **Podhora**, Leibnitz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung

München Prof. Dr. Markus **Babo**, Katholische Stiftungsfachhochschule München; Prof. Dr. Helga **Bilden***; Prof. Dr. Constance **Engelfried**, Hochschule München; Dr. Gabriele **Hoffacker**, Stiftung Journalistenakademie

Münster Prof. Ph.D. Doris **Fuchs**, Westfälische Wilhelms-Universität Münster; Prof. Dr. Gabriele **Wilde**, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Neubiberg Prof. Dr. Franz **Kohout**, Universität der Bundeswehr Neubiberg

Nürnberg Dr. Heidi **Hofmann**, Ev. Fachhochschule Nürnberg; Walter **Sehrer** M.A.*

Oldenburg Prof. Dr. Gesa **Lindemann**, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Prof. Dr. Bernd **Siebenhüner**, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Prof. Dr. Silke **Wenk**, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Osnabrück Prof. Dr. Ulrich **Schneckener**, Universität Osnabrück

Paderborn Prof. Dr. Michael **Hofmann**, Universität Paderborn

Potsdam Prof. Dr. Joachim **Gessinger**, Universität Potsdam; Prof. Dr. Kerstin **Stutterheim**, Hochschule für Film und Fernsehen «Konrad Wolf» Potsdam-Babelsberg; Prof. Dr. Theresa **Wobbe**, Universität Potsdam

Rostock Prof. Dr. Peter A. **Berger**, Universität Rostock; Dr. Gudrun **Heinrich**, Universität Rostock; Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**, Universität Rostock

Saarbrücken Prof. Dr. Holger **Buck**, Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes; Prof. Dr. Klaus **Kraimer**, Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes

Starnberg Dipl.-Ing. Angela **Wagner***

Stendal Prof. Dr. Maureen Maisha **Eggers**, Hochschule Magdeburg-Stendal

Stuttgart Dr. Ralph O. **Schill**, Universität Stuttgart

Trier PD Dr. Michael **Schönhuth**, Universität Trier; Dr. Rita **Voltmer**, Universität Trier

Tübingen Prof. Dr. Gabriele **Abels**, Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Prof. Dr. Regine **Gildemeister**, Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Dr. Karin **Widmayer***

Ulm Prof. Dr. Franziska **Lamott**, Universität Ulm

Wiesbaden Prof. Dr. Oja Eleonore **Ploil**, Hochschule RheinMain

Wismar Prof. Dr. Jost **Kramer**, Hochschule Wismar, University of Technology, Business and Design

Witten Prof. Dr. Martin **Schnell**, Private Universität Witten/Herdecke

Wolfenbüttel Prof. Dr. Ludger **Kolhoff**, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften

Wuppertal Prof. Dr. Hans J. **Lietzmann**, Bergische Universität Wuppertal; Dr. Gertrud **Oelerich**, Bergische Universität Wuppertal

* keine Hochschulangaben

Im Ausland

Helsinki Prof. Dr. Rainer **Kuhlen***

Innsbruck Prof. Dr. Paul **Mecheril**, Universität Innsbruck

Jerusalem Prof. Yfaat **Weiss**, The Hebrew University of Jerusalem

Klagenfurt Prof. Dr. Ulrike **Loch**, Alpen Adria Universität Klagenfurt

Linz Dr. Waltraud **Ernst**, Johannes Kepler Universität Linz

Luzern Prof. Dr. Marlies **Fröse**, Hochschule Luzern

Utrecht Dr. Christoph **Baumgartner**, University of Utrecht

Wien PD Dr. Cornelia **Klinger**, Institut für die Wissenschaften vom Menschen

Zürich Dr. Sabine **Höhler**, ETH Zürich

Mitglieder der Auswahlkommission des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung

Prof. Dr. Gabriele **Abels**
Prof. Dr. Christine **Bauhardt**
Hartmut **Bäumer**
Prof. Dr. Timm **Beichelt**
Prof. Dr. Klaus **Boehnke**
Dr. des. Manuela **Böhm**
Paula **Bradish**
Prof. Dr. Margrit **Brückner**
Dr. Stephan **Bundschuh**
Dr. Christof **Cebulla**
Dr. Christian **Chua**
Prof. Dr. Hansjörg **Dilger**
Dr. Frieder **Dittmar**
Dipl. Psych. Sandra **Dümer**
Prof. Dr. Christel **Eckart**
Prof. Dr. Anke **Fesenfeld**
Prof. Dr. Juliane **Filser**
Dr. Gernot **Folkers**
Prof. Dr. Joachim **Gessinger**
Prof. Dr. Gerd **Grözingen**
Dr. Katrin **Grüber**
Dr. Ines **Hartwig**
Prof. Dr. Sabine **Hofmeister**
Dr. Gisela **Holfter**
Dr. Gabriele **Hooffacker**
Dr. Sabine **Horn**
Michael **Jainzik**
Prof. Dr. Uta **Klein**
Prof. Dr. Claudia **Kraft**
Prof. Dr. Dorothea **Kübler**
Prof. Dr. Margitta **Kunert-Zier**
Prof. Dr. Carmen **Leicht-Scholten**
Helmuth **Lohan**
Dr. Alexandra **Lübcke**
Prof. Dr. Margreth **Lünenborg**
Dr. Lilian **Marx-Stölting**
Prof. Dr. Paul **Mecheril**
Prof. Dr. Christoph **Menke**
Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**
Prof. Dr. Birgit **Meyer**
Dr. Birgit **Möller**
Prof. Dr. Bettina **Oppermann**
Dr. Lena **Partzsch**
Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**
Prof. Dr. Christoph **Scherrer**
Jörg **Schreiber**
Prof. Dr. Joachim **Schulze**
Dr. Christine **Schwarz**
Judith **Strohm**
Prof. Dr. Kerstin **Stutterheim**
Prof. Dr. Ulrike **Stutz**
Prof. Dr. Caja **Thimm**
Prof. Dr. Stefan **Troebst**
Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**
Prof. Dr. Wolf **Wagner**
Henriette **Wägerle**
Prof. Dr. Gerald **Warnecke**
Prof. Dr. Martina **Weber**
Prof. Yfaat **Weiss**
Dr. René **Wildangel**
Dr. Inga **Winkler**
Prof. Dr. Theresa **Wobbe**

Adressen

Stand: April 2011

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8

10117 Berlin

T 030-28 53 40 **F** 030-28 53 41 09

E info@boell.de **W** www.boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis

Eldenaer Straße 35

10247 Berlin

T 030-285 34-260 **F** 030-285 34-52 60

E archiv@boell.de

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg e.V.

Rieckestraße 26, 70190 Stuttgart

T 0711-26 33 94 10 **F** 0711-26 33 94 19

E info@boell-bw.de **W** www.boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung – Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in Bayern e.V.

Reichenbachstraße 3a, 80469 München

T 089-24 22 67 30 **F** 089-24 22 67 47

E info@petra-kelly-stiftung.de **W** www.petrakellystiftung.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin

T 030-612 60 74 **F** 030-618 30 11

E info@bildungswerk-boell.de **W** www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.

Dortusstraße 52, 14467 Potsdam

T 0331-200 57 80 **F** 0331-200 57 82 0

E organisation@boell-brandenburg.de

W www.boell-brandenburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung Bremen e.V.

Plantage 13, 28215 Bremen

T 0421-35 23 68 **F** 0421-35 23 89

E ruedel.boell@arcor.de **W** www.boell-bremen.de

Umdenken – Politisches Bildungswerk

Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V.

Kurze Straße 1, 20355 Hamburg

T 040-389 52 70 **F** 040-380 93 62

E info@umdenken-boell.de **W** www.umdenken-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V.

Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a. M.

T 069-23 10 90 **F** 069-23 94 78

E info@hbs-hessen.de **W** www.hbs-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Mühlenstraße 9, 18055 Rostock

T 0381-492 21 84 **F** 0381-492 21 56

E post@boell-mv.de **W** www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt

Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen e.V.

Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover

T 0511-301 85 70 **F** 0511-301 85 71 4

E info@slu-boell.de **W** www.slu-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen

Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf

T 0211-93 65 08 0 **F** 0211-93 65 08 25

E info@boell-nrw.de **W** www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz

Martinstraße 2, 55116 Mainz

T 06131-90 52 60 **F** 06131-90 52 69

E mainz@boell-rlp.de **W** www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar e.V.

Talstraße 56, 66119 Saarbrücken

T 0681-58 35 60 **F** 0681-58 35 36

E boell.stiftung@t-online.de **W** www.boell-saar.de

Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung

Schützengasse 18, 01067 Dresden

T 0351-494 33 11 **F** 0351-494 34 11

E info@weiterdenken.de **W** www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V.

Leipziger Straße 36, 06108 Halle (Saale)

T 0345-202 39 27 **F** 0345-202 39 28

E info@boell-sachsen-anhalt.de

W www.boell-sachsen-anhalt.de

Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V.

Medusastraße 16, 24143 Kiel

T 0431-906 61 30 **F** 0431-906 61 34

E info@boell-sh.de **W** www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V.

Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt

T 0361-555 32 57 **F** 0361-555 32 53

E info@boell-thueringen.de **W** www.boell-thueringen.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung**Afrika****Regionalbüro Ostafrika/Horn von Afrika**

Heinrich Böll Foundation, Forest Road
P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia
T +254-20-374 42 27/375 03 29 **F** +254-20-374 91 32
E nairobi@hbfha.com **W** www.hbfha.com

Landesbüro Nigeria

Heinrich Böll Foundation, 3rd Floor, Rukayat Plaza
93, Obafemi Awolowo Way, Jobi District Abuja
T +234-803 629 02 79
E info@ng.boell.org **W** www.boellnigeria.org

Regionalbüro Südliches Afrika

Heinrich Böll Foundation
The Avalon Building, 123 Hope Street Gardens,
8001 Cape Town, Südafrika
T +27-21-461 62 66 **F** +27-21-462 71 87
E info@boell.org.za **W** www.boell.org.za

Landesbüro Äthiopien

Heinrich Böll Foundation
Off Bole Medhanealem, House no 2264
P.O. Box Number 3174, Code 1250, Addis Abeba, Äthiopien
T +251-11-663 11 00 **F** +251-11-618 54 88
E info@et.boell.org **W** www.boell-ethiopia.org

Asien**Regionalbüro Pakistan/Afghanistan**

Heinrich Böll Foundation, Nisar Road, House 76-B
Lahore Cantt-54800, Pakistan
T +92-42-3666 63 22 **F** +92-42-3666 48 99
E lahoreoffice@hbfasia.org **W** www.boell-pakistan.org

Regionalbüro Südostasien

Heinrich Böll Foundation
75 Sukhumvit 53 Klongton Neua, Wattana
53 Sukkumvit, Bangkok 10110, Thailand
T +02-66 25 960 **F** +02-66 27 576
E office@th.boell.org **W** www.boell-southeastasia.org

Landesbüro Kambodscha

Heinrich Böll Foundation, Street 222, House No. 34
Sangkat Beung Raing, Khan Dann Penh
Phnom Penh, Kambodscha
T +855 23 210 535 **F** +855 23 216 482
E phnompenh@hbfasia.org **W** www.boell-cambodia.org

Landesbüro Indien

Heinrich Böll Foundation,
C – 20, 1st Floor, Qutub Institutional Area,
New Delhi 110016, Indien
T +91-11-2685 4405 **F** +91-11-26 96 28 40
E india@hbfasia.org **W** www.boell-india.org

Landesbüro Afghanistan

Heinrich Böll Foundation, Qala-e-Fathullah,
Street 1, House Nr. 1129, Kabul, Afghanistan
T +93-700-295 972 **F** +93-70-29 59 72
E officekabul@hbfasia.org **W** www.boell-afghanistan.org

Landesbüro China

Heinrich Böll Foundation
8, Xinzhong Xijie, Gongti Beilu
Asia Hotel, Office Building No. 309, 100027 Beijing, China
T +86-10-66 15 46 15-105 **F** +86-10-66 15 46 15-102
E info@boell-china.org **W** www.boell-china.org

Europa**Büro Europäische Union Brüssel**

Heinrich Böll Foundation, Rue d'Arlon 15,
B-1050 Bruxelles, Belgien
T +32-2-743 41 00 **F** +32-2-743 41 09
E brussels@boell.eu **W** www.boell.be

Regionalbüro Zentraleuropa (Warschau)

Fundacja Heinricha Bölla
ul. Zurawia 45, 00-680 Warszawa, Polen
T +48-22-594 23-33 **F** +48-22-594 23-37
E pl-info@pl.boell.org **W** www.boell.pl

Regionalbüro Tschechien/Slowakei (Prag)

Opatovická 28
CZ – 110 00 Praha 1, Tschechien
T +420-251 81 41 73 **F** +420-251 81 41 74
E info@cz.boell.org **W** www.boell.cz

Landesbüro Ukraine

Heinrich-Böll-Stiftung
wul. Antonowyschtscha (Gorkogo) 37/13, Büro 10
03150 Kiew, Ukraine
T +38044 390 70 78 **F** +38044 287 56 50
E info@boell.org.ua **W** www.boell.org.ua

Landesbüro Türkei

Heinrich-Böll-Stiftung
Inönü Caddesi, Hacı Hanım Sok 10/12+4
34439 Gümüşsuyu – Istanbul, Türkei
T +90-212-249 15 54 **F** +90-212-245 04 30
E info@boell-tr.org **W** www.boell-tr.org

Landesbüro Russland

Heinrich Böll Foundation, Grusinskij Pereulok 3-231,
RU 123056 Moskau, Russland
T +7-499-254 14 53 **F** +7-495-935 80 16
E info@boell.ru **W** www.boell.ru

Regionalbüro Südkaukasus

Heinrich Böll Foundation
38, Zovreti Str., 0160 Tbilissi, Georgien
T +995-32-380 467 **F** +995-32-91 28 97
E info@boell.ge **W** www.boell.ge

Regionalbüro Südosteuropa

Fondacija Heinrich Böll
Dobračina 43, 11 000 Belgrad, Serbien
T +381-11-30 33 833 **F** +381-11-2180049
E hbs-bgd@hbs.rs **W** www.boell.rs

Landesbüro Bosnien und Herzegowina

Fondacija Heinrich Böll, Čekaluša 2
71000 Sarajevo, Bosnien und Herzegowina
T +387-33-260 450 **F** +387-33-260 460
E h.boell@bih.net.ba **W** www.boell.ba

Landesbüro Kroatien

Fondacija Heinrich Böll, Berislaviceva 20
HR-10000 Zagreb, Kroatien
T +385-1-48 12 530 **F** +385-1-48 189 77
E hbs-hr@zamir.net **W** www.boell.hr

Lateinamerika**Landesbüro Brasilien**

Fundação Heinrich Böll, Rua da Glória 190, ap. 701
20241-180 Rio de Janeiro – Glória, Brasilien
T +55-21-32 21 99 00 **F** +55-21-32 21 99 22
E boell@boell.org.br **W** www.boell-latinoamerica.org

Regionalbüro Cono Sur

Fundación Heinrich Böll,
Avenida Francisco Bilbao 882
Providencia
752-0063 Santiago de Chile, Chile
T +56-2-584 01 72 **F** +56-2-584 01 72-101
E info@boell.cl **W** www.boell-latinoamerica.org

Regionalbüro Mittelamerika/Mexiko/Karibik (Mexiko-Stadt)

Fundación Heinrich Böll, Calle José Alvarado 12-B
Colonia Roma Norte, Delegación Cuauhtémoc,
CP 06760, México D.F., Mexiko
T +52-55-52 64 15 14 **F** +52-55-52 64 28 94
E asistente@boell-latinoamerica.org.mx
W www.boell-latinoamerica.org

Regionalbüro Mittelamerika/Mexiko/Karibik (San Salvador)

Fundación Heinrich Böll, Residencial Zanzibar,
Pasaje A-Oriente No. 24
San Salvador, El Salvador
T +503-22 74 68 12 **F** +503-22 74 69 32
E enlaces@boell.org.sv
W www.boell-latinoamerica.org

Naher Osten**Landesbüro Israel**

Heinrich Böll Foundation, Nahalat Binyamin 24,
65162 Tel Aviv, Israel
T +972-3-516 77 34 **F** +972-3-516 76 89
E info@il.boell.org **W** www.boell.org.il

Regionalbüro Mittlerer Osten

Heinrich Böll Foundation, 266, Rue Gouraud,
P.O. Box 175510, Gemmayzeh, Beirut, Libanon
T +961-1-56 29 26 **F** +961-1-56 29 78
E boell@terra.net.lb **W** www.boell-meo.org

Regionalbüro Arabischer Naher Osten

Heinrich Böll Foundation, Tal az-Zaatar St. 6
P.O. Box 2018 Ramallah, Palästina
T +972-2-296 11 21 **F** +972-2-296 11 22
E info@ps.boell.org **W** www.ps.boell.org

Nordamerika**Regionalbüro Nordamerika**

Heinrich Böll Foundation, Chelsea Gardens
1638 R Street, NW, Suite 120,
Washington, DC, 20009, USA
T +1-202-462 75 12 **F** +1-202-462 52 30
E info@boell.org **W** www.us.boell.org

Fördern und spenden

Viele Menschen unterstützen die Heinrich-Böll-Stiftung durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Auch durch ehrenamtliche Tätigkeiten als Referent/innen, als Vertrauensdozent/innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums helfen sie mit, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiter zu entwickeln.

So können auch Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis

Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von 92 Euro, ermäßigt 46 Euro und Schüler/Studierende 25 Euro. Sie erhalten den «Info-Brief» mit aktuellen Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen wie der Petra-Kelly-Preisverleihung. Unsere Mitglieder haben die Möglichkeit, jährlich an einer politischen Begegnungsreise zu unseren Projektpartnern ins Ausland teilzunehmen.

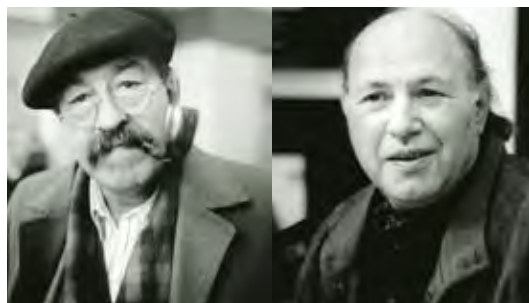
mit Ihrer Spende oder Patenschaft für Künstler/innen im Heinrich-Böll-Haus

Sie ermöglichen damit internationalen Autor/innen und Künstler/innen einen Aufenthalt im Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich, dem früheren Domizil des Schriftstellers. Dort können sie frei von ökonomischem oder politischem Druck ungestört arbeiten. Den Spendenaufruf für das Stipendienprogramm unterstützen die Literaturnobelpreisträger Günter Grass und Imre Kertész.

mit einer langfristigen Partnerschaft

In der Broschüre «Spuren hinterlassen» geben wir sachliche Informationen rund um die Themen Erben, Vererben, Stiften. Wir zeigen, wie Sie Partner oder Partnerin der Heinrich-Böll-Stiftung werden können. Gemeinsam mit uns können Sie Ihre demokratischen Ideale und Ihr politisches Engagement dauerhaft weiterführen und an die nächste Generation weiterreichen. Gerne schicken wir Ihnen die Broschüre zu und beantworten Ihre Fragen.

Werden Sie Pate oder Patin!



Günter Grass und Imre Kertész

Beitrittserklärung: Absender/in

Name:

Vorname:

Institution/
Organisation:

☐ dienstlich ☐ privat

Anschrift

Straße:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Telefon/Fax:

*Ihre Angaben werden gemäß dem Bundesdatenschutzgesetz streng vertraulich behandelt.

☐ Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum/
Unterschrift:

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Postkarte
bitte mit 45c
freimachen

Heinrich-Böll-Stiftung

Freundinnen und Freunde
Schumannstraße 8

10117 Berlin



Ulrike Cichon
Koordinatorin des Freundeskreises



Mechthild M. Jansen und Helga Metzner,
Koordinationsgremium des Freundeskreises



Begegnungsreise nach Kiew 2010

Freundinnen und Freunde

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung tragen dazu bei, die Selbständigkeit der Stiftung und die Qualität ihrer Arbeit langfristig zu sichern. Mit ihren Mitgliedsbeiträgen unterstützen sie Menschenrechtsaktivisten und -aktivistinnen sowie kleinere Kunst- und Kulturprojekte. Im Jahr 2010 gehörten 530 Personen dem Freundeskreis an, vom Studenten bis zur Ruheständlerin, vom Freiberufler bis zur Professorin.

Neben Einladungen zu exklusiven Veranstaltungen erhalten die Mitglieder regelmäßige Informationen über die aktuelle Stiftungsarbeit und die Aktivitäten des Freundeskreises. Eine Vielzahl weiterer Veranstaltungen bieten Gelegenheiten, miteinander ins Gespräch zu treten.

Bei den After-Work-Treffen 2010 z.B. standen mit China und Russland zwei Schwergewichte der internationalen Politik im Fokus. Die dortigen Büroleiter/innen berichteten von den politischen Entwicklungen und der Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen in Sachen Demokratieförderung, Klima- und Menschenrechtspolitik.

Die Begegnungsreise im Frühjahr führte wegen der großen Resonanz im Vorjahr erneut nach Israel und Palästina. Im Herbst führte eine weitere Begegnungsreise nach Kiew. Höhepunkt und zugleich Schreckensszenario der Folgen eines atomaren Super-GAU war der Besuch von Tschernobyl mit der Kernzone rund um das stillgelegte Atomkraftwerk und die verlassene Stadt Pripjat. Der ehemalige Liquidator des AKW begleitete die Gruppe und berichtete von den dramatischen Ereignissen vor 25 Jahren.

Ulrike Cichon
T 030-285 34-112 F -5112
E cichon@boell.de
W www.boell.de/freundeskreis

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied

- ☐ mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- ☐ mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von
- ☐ mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- ☐ mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- ☐ mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Zahlungsweise

☐ Bankeinzug

Bitte buchen Sie den angekreuzten Betrag von bei Fälligkeit bis auf Widerruf von meinem Konto ab.

Konto-Nr:

BLZ:

Geldinstitut:

Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist die Bank nicht verpflichtet, den Betrag abzubuchen.

☐ Überweisung

Den Betrag von habe ich auf das Konto bei der Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00 Konto-Nr. 307 67 02 überwiesen.

Datum/
Unterschrift:

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von

Immigranten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

Wir sind eine grüne Ideenagentur

- Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

- Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.

- Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.
- Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation.
- Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- Wir vermitteln das Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteure.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, teamorientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

Mitgliederversammlung

49 Mitglieder

Aufsichtsrat

9 Mitglieder

Vorstand		Geschäftsführung	Gremien und Fachbeiräte
Ralf Fücks Michael Walther Diana Zink-Röhe	Barbara Unmüßig Claudia Rolf Kathrin Klaua	Dr. Birgit Laubach Beate Fröhlich Jülide Arik Paulina Berndt	Freundinnen und Freunde Frauenrat Fachbeirat Studienwerk Fachbeirat Nord-Süd Fachbeirat Europa/Transatlantik

Gemeinschaftsaufgaben

Geschlechterdemokratie Henning von Barga Birgitta Hentschel Susanne Diehr	Interkulturelles Management/ Diversity Mekonnen Mesghena	Interne Revision Günther Öchsner Christa Drießen	Freundeskreis Ulrike Cichon (bis 2012) Dr. Janina Bach (ab 2012)
---	--	---	---

Politische Bildung Inland

Internationale Zusammenarbeit

Dr. Andreas Poltermann
Petra Stegemann

Steffen Heizmann
Halina Bogusz
Stephanie Mendes

Programm Szenarien für die ökologische Wende
Dorothee Landgrebe (Ökologie)
Ute Brümmer (Wirtschaft/Finanzen)
Sabine Drewes (Kommunalpolitik/Stadtentwicklung)
Rita Hoppe
Lisa Mareike Beier
Eike Botta
Andrea Meinecke

Programm Teilhabe und faire Aufstiegschancen
Stephan Ertner (Bildung und Wissenschaft)
Mekonnen Mesghena (Migrationspolitik)
Olga Drossou (Redaktion Migration-Integration-Diversity)
David Handwerker
Simonetta Neubert
Shira Tessmann

Programm Demokratie und Öffentlichkeit
Monika Steins (ab 9/2011) (Kunst & Literatur)
N.N. (ab 9/2011) (Kultur & Neue Medien)
Dr. Anne Ulrich (Grüne Akademie)
Wolfgang Pohl (Kommunalpol. Infothek)
Michael Stognienko (Gesellschaftspolitik)
Cristina Gómez Barrio
Karin Lenski
Andrea Mesch

Heinrich Böll – Leben und Werk
Dr. Jochen Schubert
Markus Schäfer

Haus Langenbroich
Sigrun Reckhaus

Archiv «Grünes Gedächtnis»
Dr. Christoph Becker-Schaum
Robert Camp, Anne Vechtel,
Steffi Rönnefarth, Gabriele Giwan, Laura Rost, Julia Bresgott

Internationale Politik
Heike Löschmann
Martina Hennies
Annette Kraus
Joanna Barelkowska (bis 5/11)
Simone Zühr (ab 6/11)

Internationale Ökologiepolitik
Lilia Fuhr, Georg Kössler
Björn Ecklundt
Norberto Toruño

Ecofair Trade Dialogue
Ute Straub, Christine Chemnitz
Sonja Kundler

Außen- und Sicherheitspolitik
Gregor Enste
Barbara Assheuer

Friedenspolitische Entwicklungszusammenarbeit
Jana Mittag
Lisa Eichhorn

Regionalreferat Afrika
Kirsten Maas-Albert, Sven Hilbig
Beate Adolf, Nicola Egelhof,
Angelika Rössler

Büro Kapstadt:
Dr. Antonie Nord
Büro Nairobi:
Katrin Seidel (ab 6/11)

Büro Abuja:
Christine Kueviakoe-Dieter

Büro Addis Abeba:
Patrick Berg

Regionalreferat Nahost
Bernd Asbach
Birgit Arnhold, Renate Eisape,
Marlies Rüster

Büro Tel Aviv:
Marc Berthold

Büro Ramallah:
Joachim Paul

Büro Beirut:
Layla Al-Zubaidi

Regionalreferat Asien
Thorsten Volberg (bis 8/11)
Petra Zimmermann
Dagmar Wöhlert

Büro Bangkok:
Jost Pachaly

Büro Lahore:
Britta Petersen

Büro Neu Delhi:
Dr. Axel Harneit-Sievers

Büro Phnom Peng:
Katrin Seidel (bis 5/11)
Manfred Hornung (ab 6/11)

Büro Kabul:
Bente Aika Scheller

Büro Peking:
Katrin Altmeyer (bis 7/11)
N.N. (ab 8/11)

**Regionalreferat Südosteuropa/
Osteuropa/Kaukasus**

Walter Kaufmann
Gudrun Fischer
Robert Sperfeld
Kerstin Nickig

Büro Belgrad:
Wolfgang Klotz

Büro Moskau:
Jens Siegert

Büro Tbilisi:
Dr. Iris Kempe

Büro Sarajevo:
Mirela Grünther-Decevic

Büro Zagreb:
Vedran Horvat

Regionalreferat Lateinamerika
Annette von Schönfeld

Petra Tapia
Iciar Quinena
Ana Kemlein
Evelyn Hartig

Büro Mexiko-Stadt:
Ingrid Spiller

Büro Rio de Janeiro:
Dr. David Bartelt

Büro Santiago de Chile
Michael Alvarez

Regionalreferat EU/Nordamerika

Bastian Hermisson
Dr. Christine Pütz
Ewa Peteja
Sandra Nenninger
Sigrid Lukoschus

Büro Brüssel:
Claude Weinber

Büro Warschau:
Wolfgang Templin

Büro Istanbul:
Dr. Ulrike Dufner

Büro Washington:
Klaus Linsenmeier

Büro Prag:
Eva van de Rakt

Büro Kiew:
Dr. Kyril Savin

Steuerung und Evaluierung

Kirsten Dagane
Margarete Tanzmann
Enilce Feikes
Jan Schmidt
Sabine Hämmerling
Murat Pekün

Qualitätsmanagement und Evaluierung
Christiane Dilger

			Heinrich-Böll-Stiftung T 0711-26 33 9410 Baden-Württemberg
			Petra-Kelly-Stiftung T 089-24 22 67 30 Bayern
			Bildungswerk Berlin T 030-6126074
			Heinrich-Böll-Stiftung T 0331-280 07 86 Brandenburg
			Bildungswerk Umwelt und Kultur T 0421-35 23 68 Bremen
			umdenken- Politisches Bildungswerk T 040-389 52 70 Hamburg
			Heinrich-Böll-Stiftung T 069-23 10 90 Hessen
			Bildungswerk M.V. T 0381-492 21 84 Mecklenburg- Vorpommern
			Stiftung Leben und Umwelt T 0511-301 85 70 Niedersachsen
			Heinrich-Böll-Stiftung T 0211-936 50 80 Nordrhein-Westfalen
			Heinrich-Böll-Stiftung T 06131-90 52 60 Rheinland-Pfalz
			Heinrich-Böll-Stiftung T 0681-58 35 60 Saarland
			Bildungswerk- Weiterdenken T 0351-494 33 11 Sachsen
			Heinrich-Böll-Stiftung T 0345-202 39 27 Sachsen-Anhalt
			Bildungswerk anders lernen T 0431-906 61 30 Schleswig-Holstein
			Heinrich-Böll-Stiftung T 0361-555 32 57 Thüringen
Programmteams (mit Koordinator/innen)			
Szenarien für die ökologische Wende Dorothee Landgrebe	Soziale Teilhabe und faire Aufstiegchancen Stephan Ertner	Öffentlichkeit und Demokratie Monika Steins (ab 9/2011)	
Globalisierung und Nachhaltigkeit Lilia Fuhr	Friedenspolitische Entwicklungs- zusammenarbeit Jana Mittag	Außen- und Sicherheitspolitik Gregor Enste	
Unternehmensdienste		Studienwerk	
Kommunikation und Medien	Haushalt und Finanzen		
Annette Maennel Morena Keckel	Christian Fronda	Dr. Ulla Siebert Kathrin Hohmann-Mehring, Bärbel Karger, Liette Thill	
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Karoline Hutter Vera Lorenz Arfasse Gamada (Besucher- dienst bis 12/11) Online-Redaktion/Internet Markus Reuter Peggy Marquardt Andre Meister Lektorat Bernd Rheinberg Susanne Dittrich Layout/Marketing Elke Paul Konferenzzentrum Gundula Fienbork Eva Klakl Julia Reiter Jens Groß Sabine König Soumicha El Homri Mamadou Lamine Hane	Bilanzbuchhaltung und Banken Karla Sieck Xiao-Yun Zhu Finanzbuchhaltung Miljka Müller Jutta Rickmann Valerian Rautenberg Marianne Brade Controlling Alexander Baasner Uta Kehr Ellen Deuse Silke Richter Richtlinien Dr. Gerd Frickenhelm Reisekosten Hans-Jörg Wilhelm	Auswahlverfahren Bettina Hermann Studienförderung Kerstin Simonis Gabriele Tellenbach Elsbeth Zylla Birgit Kahlau Anja Schleich Angelika Steinborn Malgorzata Lewandowska Promotionsförderung Dr. Justus Lentsch Wilma Weber Projekte <i>Chancengerechtigkeit</i> Nursemin Sönmez Christoph Heilmeier <i>FIONA / Intranet</i> Dr. Kristina Heße	
IT/Technische Dienste		Institute	
Bert Bloss	Personal		
Server- und Netzbetriebe Dietmar Grabbert Gabriele Holländer Simon Scheibner Technische Dienste Martina Kulla Dawina Gaebler	Personalbetreuung Marzena Matuschak Sabine Popielski Sylvia Spöhr Karin Schmidt	Gunda-Werner-Institut Henning von Barga Birgitta Hentschel Susanne Diehr Christiane Bornstedt Christine Weiß Francesca Schmidt Grüne Akademie Dr. Anne Ulrich Weiterbildungsakademie GreenCampus Christian Neuner-Duttenhofer Anita Roggen (interne Fortbildungen) Maria Pajonk	

■ Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte, gegenüber dem Deutschen Theater, ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern. ■ Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. ■ Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. ■ Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen

Bildungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. ■ Im Jahr 2010 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 206 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. ■ Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u.a. den Vorstand. ■ Den hauptamtlichen Vorstand bilden z.Zt. Ralf Fücks und Barbara Unmüßig. Die Geschäftsführung hat Dr. Birgit Laubach inne. ■ Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten vor. ■ Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Brüssel, in Polen, Tschechien, der Türkei, Russland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Kroatien, Israel, Libanon, dem Arabischen Nahen Osten, Äthiopien, Kenia, Nigeria, Südafrika, Thailand, Kambodscha, Pakistan, Indien, Afghanistan, China, Brasilien, Chile, Mexiko, El Salvador und in den USA. ■ Im Jahr 2010 standen der Stiftung rund 45,6 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.



Mit Acrobat / Reader kommentieren

Wenn umfangreiche Publikationen als PDF am Bildschirm gelesen und der Austausch über das Internet erfolgen soll, kann das Kommentarwerkzeug von Adobe Acrobat/Reader eine wertvolle Hilfe sein.

Mit dem **Kommentarwerkzeug** kann in PDF-Dateien ähnlich wie auf einer gedruckten Papiervorlage markiert, redigiert und kommentiert werden. Bei umfangreichen Dokumenten entsteht nebenbei im Kommentare-Fenster eine **persönliche Navigation im Kommentare-Fenster**



Das **Notizwerkzeug** ist am gebräuchlichsten. Geöffnet besteht es aus einem Fenster in das Text geschrieben oder über die Zwischenablage einkopiert werden kann. Solche Notizfenster gehören auch zu fast allen anderen Kommentar-Werkzeugen hinzu.



PDF-Kommentare können mit dem Button „**Kommentar senden**“ vom Dokument getrennt, per E-Mail verschickt und vom Empfänger in die eigene Fassung der Datei **importiert werden**

Wenn Sie einen solchen **Kommentar beantworten** wollen, benutzen Sie die Antwortfunktion: Mit der rechten Maustaste auf den Kommentar klicken, *Antworten* wählen.

Nebstehend ein Ausschnitt des Werkzeug-Fenster, mit dem man im Menü *>Werkzeuge >Werkzeugleiste anpassen* die Kommentartypen für den eigenen Bedarf auswählt. Die Haken zeigen eine Werkzeug - Auswahl.



Das **Hervorhebe-Werkzeug** eignet sich **wie auf dem Papier** für das Hervorheben kurzer Textstellen.



Mit dem **Rechteck-Werkzeug** kann man größere Abschnitte zum Austausch markieren. Bei Acrobat (nicht im Reader) kann man in den Grundeinstellungen festlegen (Strg+K, K), dass umrandete oder markierte Texte in das zugehörige Kommentarfeld kopiert werden. Mit Acrobat kann man so Textauszüge herstellen. (Im Kommentare-Fenster bei *> Optionen* mit der Funktion *Kommentare zusammenfassen*.)



Datei als Kommentar anhängen, ermöglicht das Einfügen einer extra Datei, z.B. eines gescannten Zeitungsausschnittes zum Thema.



Mit dem **Stempelwerkzeug** und der Auswahl **Bild aus der Zwischenablage als Stempel einfügen** können Bildinhalte eingefügt und anschließend mit einem zugehörigen Kommentar versehen werden.



Kommentieren und markieren-Werkzeugleiste

- ☒ Notiz
- ☒ Textbearbeitung
- ☒ Stempel-Werkzeug
- ☒ Hervorheben-Werkzeug
- ☒ Unterstreichen-Werkzeug
- ☒ Durchstreichen-Werkzeug
- ☒ Datei als Kommentar anhängen
- ☐ Audiokommentar aufzeichnen
- ☒ Legenden-Werkzeug
- ☒ Textfeld-Werkzeug
- ☐ Kommentarwolken-Werkzeug
- ☒ Pfeil-Werkzeug
- ☐ Linien-Werkzeug
- ☒ Rechteck-Werkzeug
- ☐ Kreis-Werkzeug
- ☐ Polygonlinien-Werkzeug
- ☐ Polygon-Werkzeug
- ☐ Bleistift-Werkzeug
- ☐ Radiergummi-Werkzeug
- ☒ Einblenden
- ☒ Kommentare senden
- ☒ Online-Verbindung wiederherstellen